Nr. 268. 16. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7820. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin"

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 15. November 1899. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Die Wiedereröffnung des Reichstages.

Der Reichstag trat am Dienstag sang- und klanglos zusammen, gerade als hätte er sich gestern getrennt und wäre es eine gewöhnliche Sitzung. Es war aber die erste Sitzung nach fünf Monate langer Unterbrechung, und es war eine Jubiläums-Sitzung — die hundertste seit Beginn der Session. Das einzige Außergewöhnliche war ein riesiger Chrysanthemum-Strauß, der neben einem prächtigen Bouquet gelber Theerosen auf dem Präsidententisch emporragte und den Herrn Präsidenten verdeckte, daß man ihn nur vollständig sah, wenn er sich erhob. Sonst nichts Feierliches. Auch nicht auf den Gesichtern. Nicht einmal mit einer Thronrede wurden wir bedacht — denn die Session, welche heute begann, ist ja formell gar keine neue Session, sondern nur die Fortsetzung der alten, die im Dezember des vorigen Jahres begonnen hat, und deren gesamte Geschäfts-Hinterlassenschaft wir übernommen und abzuwickeln haben.

Zahlreich haben die Reichsboten sich nicht eingestellt — die Tagesordnung war keine verlockende — morgen wird es schon voller sein. Ob Herr v. Stumm dann aber ein weniger mürrisches Gesicht machen wird als heute, das ist die Frage. Körperlich scheint er sich von seinem tragikomischen Fall übrigens erholt zu haben, was seinen zahlreichen Freunden eine erfreuliche Botschaft sein wird.

Nein — der Reichstag war in keiner feierlichen Stimmung; sie hätte wirklich etwas feierlicher sein können, als Herr v. Ballestrem der toten „Kollegen" erwähnte, die während der langen Ferien gestorben sind. Die Schuld lag freilich zum Teil an Herrn v. Ballestrem, der die Namen so mechanisch herunterlas, daß die meisten Abgeordneten es nicht hörten und viele ahnungslos sitzen blieben.

Die Tagesordnung umfaßte dreizehn Berichte der Petitions- und zwei der Wahlprüfungskommission, denen dann die Postgesetze folgten. Es war indes schon vor Beginn der Sitzung ein stillschweigendes Abkommen getroffen worden, erst morgen in die Verhandlung der Postgesetze einzutreten.

Die Petitionen sind „die Stiefkinder" des Reichstags genannt worden, und sie sind es. In den meisten Fällen sind es hoffnungslose Prozesse und sonstige „Sachen", die schon alle Instanzen durchgemacht haben — oder es sind mehr oder weniger berechtigte Wünsche, denen zu entsprechen der Reichstag gar nicht die Macht hat. Allein oft verdienen die Petitionen entschieden ein besseres Schicksal, als ihnen zu teil wird. Von den dreizehn Petitionsberichten wurden zehn in zusammen nicht weit mehr als ebensoviel Minuten besorgt und aufgehoben. Nur drei gaben zu einer Debatte Anlaß, in der auch unsere Genossen eingriffen: die Berichte über die Petitionen betreffend eines Reichs-Wohnungsgesetzes, die Petitionen betreffend Erlaß eines Trunksuchtgesetzes und endlich eine Petition betreffend eine Privatangelegenheit.

Ueber erstere Petitionen schlug die Kommission vor, zur Tagesordnung überzugehen; von dem Freisinnigen Schrader und von unserem Genossen Schmidt-Frankfurt wurde die Notwendigkeit eines Reichs-Wohnungsgesetzes aber so warm befürwortet, daß der Reichstag den Beschluß faßte, den Reichskanzler zur Niedersetzung einer Kommission aufzufordern, welche die Materie prüfen und Vorschläge zu einem Gesetz ausarbeiten soll. Bei dieser Gelegenheit war wiederholt die Rede von Herrn von Miquel, der „viel von Versöhnungsreform geredet, jedoch nichts gethan hat", wie Herr Schrader sich äußerte, und der, wie Genosse Schmidt erwähnte, im Jahre 1848 und später auf dem Lande die radikalste Lösung der Wohnungsfrage geplant hat: nämlich das Niederbrennen der Bauernhäuser, die natürlich von dem kommunistischen Nero neu hätten aufgebaut werden müssen, was gewiß eine „radikale" Wohnungsreform. Auch Hitze und Stöcker ließen in dieser Debatte ihr christliches Licht leuchten — der eine katholisch, der andere protestantisch. Nicht so viel Zeit nahm das Trunksucht-Gesetz in Anspruch. Gegen ein solches sprachen mit Nachdruck der Freisinnige Beckh und unser Genosse Wurm, die beide ausführten, daß die Trunksucht eine Erscheinung, der mit Polizei-Gesetzen nicht beizukommen sei, welche nur zur Chikanierung der Armen dienen würden. Sehr scharf betonte Wurm das sociale Moment. Aber vergebens — der Reichstag nahm gegen uns und die Freisinnigen den Antrag der Kommission auf „Ueberweisung an die Regierung zur Berücksichtigung" an.

Die dritte Petition betrifft ein eigentümliches, nicht völlig klares Geschäft, das die Militärintendantur in Straßburg mit zwei Privaten behufs Erbauung einer „Offiziers-Speiseanstalt" eingegangen. Man wollte still über den heiklen Gegenstand weggleiten, allein Bebel erhob Einspruch, zeigte, daß nicht alles in Ordnung war, und bewirkte, daß die Petition an die Budgetkommission verwiesen ward, vor die sie gehört.

Die zwei Wahlprüfungs-Berichte wurden ohne Debatte erledigt. Herr v. Kardorff hat wieder einmal das Vergnügen, „beanstandet" zu sein, woran er aber so gewöhnt, daß es ihn nicht mehr rührt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Postgesetze.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November.

Die Beweisführung der Zuchthausvorlage.

Wir haben vor einigen Tagen durch Vergleichung der socialdemokratischen Reichstagswahlstimmen mit den Roheitsvergehen gezeigt, wie unzulässig die Berufung der Zuchthausvorlage auf die Kriminalstatistik ist, wie gerade dort die Roheit grassiert, wo die Socialdemokratie, dank der geflissentlich konservierten Unwissenheit der Massen und dank dem die Aufklärungsarbeit gewaltsam verhindernden Polizeiknüppel, noch nicht genügenden Einfluß erlangt hat.

Zum Beweise für die Notwendigkeit der Knebelung der Arbeiterbewegung beruft sich die Zuchthausvorlage aber auch auf die Zahl der Verurteilungen wegen einfacher Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung und Hausfriedensbruch. Man kann zwar mit gutem Rechte sagen, daß auch nicht die Spur eines Nachweises dafür erbracht worden ist, daß die Vermehrung dieser Delikte hervorgerufen sei durch die Lohnkämpfe der Arbeiter. Man kann es als eine Leichtfertigkeit bezeichnen, ohne den Versuch eines näheren Nachweises zu behaupten, an der Vermehrung der Körperverletzungen, der Hausfriedensbrüche — warum nicht auch irgend eines anderen Delikts? — seien die streikenden Arbeiter schuld. Dann stände Behauptung gegen Behauptung und nach dem Grundsatze, daß dem Anschuldiger die Beweislast obliegt, könnte man sich daran genügen lassen.

Wir sind aber in der Lage, auch bei den hier in Rede stehenden Strafthaten zahlenmäßig nachzuweisen, daß der etwaige Zusammenhang zwischen Arbeiterbewegung und Kriminalität gerade das umgekehrte Bild dessen zeigt, was die Zuchthausvorlage der Oeffentlichkeit vorspiegelt.

Wegen Hausfriedensbruchs, einfacher Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung wurden im Jahre 1896 rechtskräftig verurteilt auf 100 000 strafmündige Civilpersonen im ganzen Reiche 161, in Preußen 188. Socialdemokratische Stimmen wurden abgegeben auf 10 000 eingeschriebene Wähler im Reiche 1841, in Preußen 1647. Schon in dieser groben Einteilung deutet sich das Verhältnis an, das dann bei Betrachtung einzelner Landesteile ganz klar hervortritt. Ganz ebenso wie bei den Roheitsverbrechen ist es auch hier: wo die Junker herrschen, da ist die höchste Kriminalitätsziffer zu finden; wo eine starke Arbeiterbewegung herrscht, da sinkt die Kriminalität unter den Durchschnitt. Die Provinzen Pommern, Posen, Schlesien, Westpreußen, Ostpreußen haben in dieser Reihenfolge Kriminalitätsziffern von 207 aufsteigend bis zu 264. Brandenburg, Hannover, Westfalen, Hessen-Nassau, Schleswig absteigend von 180 bis 127. Und in der socialistischen Stimmabgabe stehen die erstgenannten Landesteile bekanntlich weit unter dem Durchschnitt des Landes und die letztgenannten, mit Ausnahme Westfalens, erheblich über dem Durchschnitt.

Man blicke auf Sachsen: Kriminalität **60**, socialistische Stimmabgabe **3639**; Thüringische Staaten: Kriminalität 102, socialistische Stimmabgabe 3071; Norddeutsche Staaten: Kriminalität 137, socialistische Stimmabgabe 3137. Man vergleiche diese Zahlen mit Ostpreußen, das eine socialistische Stimmabgabe von 1175 zeigt, und mit Westpreußen, das 380 socialistische Stimmen auf 10 000 aufweist.

Noch drastischer wird das Verhältnis, wenn man den Hausfriedensbruch ausscheidet — was man mit demselben Rechte thun kann, wie ihn die Zuchthausvorlage beweislos gegen die organisierten Arbeiter ins Feld führt — und nur einfache Körperverletzung, Nötigung und Bedrohung berücksichtigt. Dann zeigt Sachsen **22**, Thüringen und Norddeutschland je 63, Posen, Schlesien, Ost- und Westpreußen aber **165** bis **176**.

Mit Fug und Recht kann man sagen: Es ist eine dreiste Irreführung der öffentlichen Meinung, aus den Zahlen der Kriminalstatistik beweisen zu wollen, daß die organisierten Arbeiter in besonders starkem Maße die Gesetze verletzten und deshalb unter besonders strenge Gesetze, unter Ausnahmegesetze gestellt werden müßten.

Eine polnische Arbeiter-Demonstration.

Warschau, den 12. November.

Am 9. ds. Mts., am Tage der Ankunft des Zaren mit seiner Familie in Sklerniewice (etwa 50 Kilometer von hier entfernt) zum Jagdaufenthalt, bewegte sich durch die Straßen von Warschau ein für hiesige Verhältnisse sonderbarer Leichenzug. Ohne Kreuz und ohne Geistlichen, ohne Lichter und ohne Kirchgesang trat der Zug, der aus einer tausendköpfigen Menge, hauptsächlich Arbeiter und Arbeiterinnen, bestand, aus einem der hiesigen Hospitale auf die Straße. Der Sarg von Arbeitern getragen und der Leichenwagen ganz mit Kränzen bedeckt, darunter mehrere mit roten Bändern, auf denen die Aufschriften zu lesen waren: „Dem Genossen — die socialistischen Arbeiter und Arbeiterinnen", „Die jüdischen Arbeiter — dem Kämpfer für die gemeinsame Sache", „Er ging den Samen der Menschenliebe säend", „An Januß Tanski — die Jugend", „An Januß — die Freunde" und noch andere mehr. Der Verstorbene, Januß Tanski, Ingenieur und Mathematiker, verdiente vollauf die ihm erwiesenen Ehren. Er war s. Z. einer der thätigsten Socialdemokraten in Polen; hat auch seine Thätigkeit mit Gefängnis und Verbannung abbüßen müssen. Bis zu seinem letzten Atemzuge blieb er seinen Ueberzeugungen treu, indem er unter anderm die hier in solchen Fällen sehr zudringliche Geistlichkeit von seinem Lager schroff abwies und ohne Sakramente zu empfangen verschied. Die Pfaffen versagten ihm auch deshalb eine kirchliche Beerdigung, um so zahlreicher dagegen waren die Arbeiter. Es wäre ja eigentlich nichts Sonderbares darin, daß die Arbeiterschaft einem ihrer Genossen das letzte Geleit gab. Der Schwerpunkt der Sache liegt anderswo.

Am selben Tage war die ganze Strecke der Warschau-Wiener Bahn, die der Zar passieren sollte, von einem ununterbrochenen Militärkordon bewacht; sämtliche hohen und höchsten Beamten der Polizei und der Gendarmerie in Warschau oder unweit von Warschau versammelt; aller Aufmerksamkeit in höchstem Maße angespannt und auf die Sicherstellung der heiligen Person des Zaren gerichtet, — und doch fand in unmittelbarer Nähe desselben eine Kundgebung statt, wie wir sie hier wohl noch nicht gesehen haben. Eine tausendköpfige Menge mit entblößten Häuptern zog durch die Straßen der Stadt und unweit vom Kirchhofe, jedoch noch in der Stadt wurden die Kränze vom Wagen heruntergeholt und trotz der heftigen Proteste der Polizei dem Sarge vorausgetragen; dann wurden die Kampfeslieder des Proletariats angestimmt, deren jedes Wort eine schwere Majestätsbeleidigung oder Staatsverrat bedeutet, die mit lebenslänglicher Verbannung und Zwangsarbeit bestraft werden. Dabei fand die Beerdigung an einem Wochentage statt, an welchem es den Arbeitern schwer fällt, sich frei zu machen, abgesehen davon, daß dies ein materielles Opfer nach sich zieht, welches bei den hiesigen Lohnverhältnissen nicht unbedeutend in die Wagschale fällt.

Diese Kundgebung, wie einige frühere — 1. Maifeier z. B. — beweisen deutlich, daß der Socialismus bei uns aufgehört hat der Traum der Jugend von einer besseren Zukunft zu sein, daß er tiefe Wurzeln im Bewußtsein der Arbeiterschaft gefaßt hat, und daß er eine Elementarmacht geworden, der auch die russische Regierung mit all ihrer Polizei- und Militärmacht auf die Dauer keinen Widerstand wird leisten können. Die Regierung kann durch Verbannung oder gar durch Vollstreckung von Todesurteilen (wie dies im Jahre 1886 im Prozeß des „Proletariat" geschehen) die Anführer von der Bewegung fernhalten und dadurch dieselbe vielleicht für eine kurze Spanne Zeit ins Stocken bringen; aber einen jeden solchen Aufenthalt auf ihrem Wege wird die Arbeiterschaft zur inneren Sammlung und Verbesserung der erkannten Fehler in der Organisation benutzen, um dann mit frischen Kräften den Kampf aufs neue aufzunehmen. Jetzt helfen keine Gewaltmaßregeln mehr. Die Bewegung wächst immer mehr und mehr an, und, unaufhaltsam wie eine Berglawine, alle ehrlichen oppositionellen Elemente mit sich fortreißend, ruht sie nicht eher, als bis sie alle Schranken der Knechtschaft, sei es politischer, sei es ökonomischer Art, niedergerissen haben wird. —

* * *

Deutsches Reich.

Der Seniorenkonvent des Reichstages trat am Dienstag unter Vorsitz des Präsidenten zu einer Beratung über die Geschäftseinteilung zusammen. Vor der Diskussion hierüber kam der Präsident auf die **Aenderung seines Stenogramms**, die vor der Vertagung stattgefunden hatte, zurück und erklärte, daß nach seiner Ansicht die Angelegenheit durch die von ihm erteilte Rüge für die unbefugte Aenderung und die nachfolgende Richtigstellung der Korrektur erledigt sei.

Dem Hause gegenüber trage er die Verantwortlichkeit für den Vorfall. Der Präsident fügte auf Anfrage des Abg. Bebel noch hinzu, daß die Aenderung des Stenogramms nicht etwa auf Anregung von außen her, sondern durch die allerdings unberechtigte, von dem Präsidenten nicht kontrollierte Initiative des Reichstags-Bureaus erfolgt sei.

Der Seniorenkonvent trat der Auffassung des Präsidenten bei und erklärte die Angelegenheit als erledigt.

Hierauf schlug der Präsident als Arbeitsstoff für die nächsten Wochen folgende Gegenstände vor: 1. Zweite Beratung der Postgesetze; 2. zweite Beratung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle; 3. zweite Beratung der Reichs-Schuldenordnung; 4. zweite Beratung des Gesetzes betr. Schutz der Arbeitswilligen.

Der Etat für 1900 ist noch nicht eingegangen, soll aber nach Ansicht des Präsidenten möglichst noch vor Weihnachten in erster Beratung erledigt werden.

Der Abg. Rintelen beantragte, die zweite Beratung der Aenderungen des Strafgesetzbuches vor der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vorzunehmen. Abg. Singer stellte den Antrag, nach den Postgesetzen die zweite Beratung des Arbeitswilligen-Gesetzes stattfinden zu lassen und motivierte diesen Antrag mit der Wichtigkeit des Gesetzes und der Aufregung, in die das Land durch die Vorlage versetzt ist. Dem Singerschen Antrage wurde allseitig zugestimmt und nur befürwortet, daß zuvor noch das Reichs-Schuldverschreibungs-Gesetz, welches zum 1. Januar fertig gestellt sein müsse und voraussichtlich für die Beratung sehr wenig Zeit in Anspruch nehmen werde, zur zweiten Beratung gelange. Diesem Wunsch schloß sich der Abg. Singer an, und wurde nunmehr seinem Antrage entsprechend beschlossen, nach der Beratung des Post- und des Schuldverschreibungs-Gesetzes in die zweite Beratung der „Zuchthausvorlage" einzutreten.

Ob und wann die erste Beratung des Etats noch vor Weihnachten stattfinden soll, wurde weiterer Beratung des Seniorenkonvents vorbehalten. —

Streng privat ist nach amtlichen Meldungen der Besuch des Kaisers in England. Wolffs Bureau verkündet geschäftig, welche Einladungen Wilhelm II. abgelehnt habe, um diesen Charakter der Reise zu wahren.

Der Enkel besucht die Großmutter — die Kannegießer sollten wirklich aufhören, sich in diese Familienangelegenheit mit ihren aufdringlichen politischen Kombinationen einzumengen. Daß der Enkel gerade das Bedürfnis fühlt, seine Großmutter in einer Zeit zu besuchen, wo sie durch ein provoziertes und arg mißglücktes Kriegsunternehmen schmerzlich getroffen sein muß, ist am Ende das natürlichste Ding der Welt. —

Centrum und Flottenvorlage. Die „Köln. Volksztg." stellt fest, daß kein Organ der Centrumspresse für die neuen Flottenpläne sich ausgesprochen hat. „Es wäre auch sehr verwunderlich, wenn es anders wäre, denn die Art und Weise, wie diese Pläne in die Erscheinung getreten sind, muß gerade im Centrum aufs peinlichste berühren, unter dessen ausschlaggebender Mitwirkung das erst seit 1½ Jahren in Kraft stehende Flottengesetz von 1898 zu stande gekommen ist."

Man darf mit einiger Neugier erwarten, in welcher Weise nun Herr Lieber diesmal den Centrums-Umfall arrangieren wird. Ganz leicht ist die Sache nicht, aber wozu wäre Herr Lieber Führer, Staatsmann und Diplomat! —

Centrum und Zuchthausvorlage. Zur Zuchthausvorlage wird in einer Uebersicht der „Germania" über das Reichstagspensum ausgeführt, daß seitens des Centrums **Abänderungs- und Verbesserungsanträge bereits vorbereitet sind.** Für die Centrumspartei liege „kein Grund vor, der Verhandlung über die Vorlage aus dem Wege zu gehen und der Regierung oder anderen Parteien den Gefallen zu erweisen, diese socialpolitische Frage in der Versenkung verschwinden zu lassen. Das Centrum wird seine Stellung zum Koalitionsrecht der Arbeiter und zu den damit in Verbindung stehenden Fragen, wie die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine, der Arbeitskammern und der Einigungsämter klar und bestimmt in positiven Anträgen zum Ausdruck zu bringen wissen. Ob damit bei dem Widerstreben einzelner Parteien und besonders der Regierung sogleich positive Erfolge zu erzielen sind, muß freilich dahingestellt bleiben. Jedenfalls kann das Centrum den weiteren Verhandlungen über die „Zuchthausvorlage" freien Lauf lassen, und es braucht sich selbst auch vor einer Auflösung des Reichstags wegen der „Zuchthausvorlage nicht zu fürchten, vorausgesetzt, daß die Regierung daran überhaupt noch denkt, was wir zu bezweifeln begründeten Anlaß haben." —

Die Münzgesetznovelle ist dem Reichstag zugegangen. Der Inhalt derselben ist schon vor längerer Zeit bekannt geworden. Danach werden die Reichs-Goldmünzen von 5 M. und die Zwanzigpfennigstücke von Silber und Nickel demnächst außer Kurs gesetzt. An die Stelle des Artikels 4 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 tritt folgende Bestimmung: Der Gesamtbetrag der Silbermünzen soll bis auf weiteres vierzehn Mark für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen. Bei Neuprägungen dieser Münzen sind Landes-Silbermünzen insoweit einzuziehen und zu veräußern, als die hierdurch entstehenden Verluste in dem aus den Neuprägungen sich ergebenden Münzgewinne Deckung finden. —

Leichtes Zusammenarbeiten. Die „Grenzboten" hatten in einem Artikel angedeutet, daß die Konservativen die Wiedereinstellung einiger gemaßregelten Beamten ermöglichen könnten, wenn sie sich der neuen Vorlage gegenüber freundlicher stellen würden. Die „Kreuz-Zeitung" nennt diesen Gedanken „gefährlich":

„Wenn damit gemeint ist, daß eine solche Wiederanstellung nach der mit Hilfe der Konservativen erfolgten Annahme der neuen Kanalvorlage ins Auge zu fassen sei, so ist die hierin liegende Zumutung für die Konservativen geradezu beleidigend. Wir können uns nicht denken, daß die Staatsregierung ihnen eine solche zu stellen gewillt ist. Diese möge doch nicht vergessen, daß die Stärke, in der die Konservativen in der Volksvertretung erscheinen, von der Stimmung der Wählerschaft abhängig ist. Mit dem Augenblicke, wo die parlamentarische Partei der Parole folgt, „Versöhnung mit der Staatsregierung um jeden Preis", ist es um ihre parlamentarische Zukunft vorläufig vorbei. Dann werden ihre Erbschaft andere Gruppen einnehmen, mit denen **die Staatsregierung weniger leicht wird arbeiten** können. Der Kampf für die Monarchie, für Sitte und Ordnung gegen den Umsturz wird aber dann nicht mehr viel Aussicht auf Erfolg haben."

Es ist unübertrefflich naiv, aber auch für die wirklichen Verhältnisse sehr bezeichnend, daß die Partei, die der Regierung die schwerste Niederlage bereitet hat, die sie jemals erlitten, darin eine wirksame Drohung sieht, wenn sie ihre parlamentarische Schwächung in Aussicht stellt. Jede Regierung kann keinen dringenderen Wunsch haben, als die Parteien in ihrem Einfluß zurückzudrängen, die ihre Pläne durchkreuzen. Die von dem Junkertum schmählich zu Boden geworfene Regierung aber läßt sich von ihren schlimmsten Feinden mit ihrem möglichen — Rückzug einschüchtern. Besiegte, die vor der Gefahr zittern, daß die Sieger ihr weitere Niederlagen ersparen könnten, — das sind, nach der „Kreuz-Zeitungs"-Anschauung, die dem Ministerium offenbar masochistische Neigungen, die Lust am Gepeinigt-Werden, zuschreibt, die Männer der preußischen Regierung. Und Leicht-Zusammen-Arbeiten nennt es das Blatt, wenn die Konservativen die Entwürfe der Regierung mitleidlos in den Papierkorb werfen.

Man kann bei solcher Auffassung von leichtem Zusammenarbeiten den anderen bürgerlichen Parteien in der That den Vorwurf nicht ersparen, daß das Zusammenarbeiten mit ihnen für die Regierung schwieriger ist; denn sie apportieren in der Regel heißhungrig die Vorlagen der Regierung. —

Verkehrte Junker. In der „Kreuz-Zeitung" macht ein Graf Reichenbach folgenden Hurra-Vorschlag:

„**In der Flottenfrage ist der beste Sachverständige Se. Majestät der Kaiser.** Deutschland ist also wohl beraten, wenn sein Reichstag der Regierung die **erforderlichen Mittel** zur Verfügung stellt, **ohne durch breite Besprechung des Flottenplanes in Kommission, Plenum und Presse diesen zur Kenntnis des gesamten Auslandes zu bringen.**"

Das hätte der Herr Graf seinen Leuten bei der Kanalfrage ans Herz legen sollen! —

Die „Kreuz-Zeitung", der das Gewissen schlug, weil sie die militärische Tüchtigkeit der Boeren zu sehr gelobt, hat jetzt entdeckt, daß die Boeren doch einen großen militärischen Fehler haben: nämlich schlecht organisierte „Stäbe" und „Stämme". Mit der Miliz sei es also doch nichts. Der „Kreuz-Zeitung" ist hierbei ein kleines Unglück passiert. Sie hat nämlich vergessen, daß die Boeren gar keine reguläre Miliz haben, und daß da, wo eine reguläre Miliz besteht, wie in der Schweiz, auch für „Stäbe" und „Stämme" gesorgt ist. Also militärisch neben die Scheibe geschossen! —

Ueber die Führung des Vereinsregisters, das nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche bei den Amtsgerichten anzulegen ist, sobald Meldungen auf Eintragung vorliegen, hat der preußische Justizminister eine allgemeine Anweisung erlassen. Danach erfolgt die Eintragung eines Vereins auf Grund einer Verfügung des Amtsgerichts. Es müssen eingetragen werden 1. der Tag der Errichtung der Satzung, 2. die Bestimmungen der Satzung, die den Umfang der Vertretungsvollmacht des Vorstandes beschränkten oder die Beschlußfassung des Vorstandes und der Liquidatoren abweichend von den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches regeln, 3. der Tag der Aenderung der Statuten und allgemeine Bezeichnung des Gegenstandes der Aenderung, genaue Angabe der Aenderung aber, wenn sie sich auf die unter 2 erwähnten Fälle bezieht, 4. die Mitglieder des Vorstandes nach Familiennamen, Vornamen und Wohnort und jede Aenderung im Vorstande, 5. Auflösung des Vereins, Entziehung der Rechtsfähigkeit, Eröffnung des Konkurses, Namen der Liquidatoren. Für jeden eingetragenen Verein sollen besondere Akten angelegt werden. Gehört ein Ort oder eine Gemeinde zu den Bezirken verschiedener Registergerichte, so hat jedes Registergericht die Namen der in dem Orte oder in der Gemeinde errichteten Vereine, die in das Vereinsregister eingetragen werden, sowie die Namensänderungen und Löschungen, die bei solchen Vereinen eingetragen werden, den anderen beteiligten Registergerichten unverzüglich mitzuteilen.

Harmlosigkeiten. Aus Wiesbaden meldet die „Frankfurter Zeitung": Zwei Träger bekannter Adelsnamen haben sich in einer Prosceniumsloge des hiesigen Residenztheaters während der Sonntagnachmittags-Vorstellung ungebührlich betragen. Nicht allein, daß ihre „Heiterkeit" die übrigen Theaterbesucher störte, sie begannen auch unter Mißachtung der Hausordnung in dem feuergefährlichen Raume zu rauchen und in bedenklicher Weise mit Streichhölzern zu operieren. Die polizeiliche Namensfeststellung ergab als Missethäter einen Herrn v. Bennigsen und den im „Harmlosen"-Prozeß unlängst vielgenannten Herrn v. Recum. Beide wurden aus dem Theater gewiesen und werden sich demnächst wegen Gefährdung eines öffentlichen Etablissements ꝛc. zu verantworten haben.

Führer der Nation! —

Eine albern-denunziatorische Notiz findet sich in der „Schleswigschen Grenzpost". Sie lautet:

Aus Dänemark wird soeben berichtet, der deutsche Reichstags-Abgeordnete Liebknecht habe seine dortigen socialdemokratischen Parteigenossen ersucht, ihm Mitteilungen über diejenigen Ausweisungen aus dem nördlichen Schleswig zu machen, die seit dem letzten Zusammensein des deutschen Reichstages vorgekommen seien. Als Zweck dieser Umfrage gebe Herr Liebknecht an, er beabsichtige aufs neue eine Erörterung der Ausweisungsangelegenheit im Reichstage herbeizuführen. — Ob ihm das gelingt, bleibt nun ja abzuwarten. Daß die beiden parlamentarischen Führer der dänischen Lostrennungsagitation im nördlichen Schleswig Fühlung mit der socialdemokratischen Partei des deutschen Reichstages besitzen, steht allerdings wohl außer Zweifel. Von Herrn H. P. Hanssen waren derartige Beziehungen schon längst bekannt. — Es dürfte sich empfehlen, den Herrn Liebknecht im Reichstage darüber zur Rede zu stellen, ob er wirklich in dieser Weise mit den Reichsfeinden im Auslande konspiriere.

Dies die alberne Notiz. Der Verfasser derselben ist sich wohl kaum der ganzen Niedrigkeit seines Handelns bewußt. „Mit Landesfeinden im Auslande konspirieren" ist Hoch- und Landesverrat. Hat er Liebknecht als Hoch- und Landesverräter denunzieren wollen? Nun — dann würde selbst Herr v. Köller, in dessen Nähe er sich zu befinden scheint, ihn auslachen. Und es bedarf gar keiner Anfrage im Reichstag, um zu erfahren, ob Liebknecht Nachforschungen über das Treiben der nordschleswigischen Ausweisungspolitiker — auch in Dänemark — angestellt hat. Das hat er selbstverständlich gethan und thut es noch, und es war und ist seine Pflicht, dies zu thun — seine Pflicht als Abgeordneter und als wirklicher „Patriot", der bemüht ist, den „Reichsfeinden" in Nordschleswig, die dem deutschen Namen Unehre machen, das Handwerk zu legen. —

Ein socialdemokratischer Schulvorsteher wurde wieder zurückgewiesen in Ricklingen in Hannover. Genosse Mensing war vom dortigen Gemeindeausschuß in die Schulkommission gewählt worden. Darauf erhielt der Ausschuß vom Landratsamte Linden ein Schriftstück, worin Mensings Wahl beanstandet und der Gemeindeausschuß veranlaßt wird, eine Ersatzwahl „für den nicht in die Schulkommission aufzunehmenden Mensing" vorzunehmen.

„Der Mensing" muß sich trösten mit dem Posse, dem Vater des betreffenden Erlasses, der ja unterdeß auch schon kaltgestellt worden ist. —

Aus Westpreußen. Die Bewohner der Grenzbezirke machen von der Erlaubnis, geringe Mengen Lebensmittel, hauptsächlich Schweinefleisch, **zollfrei über die Grenze zu holen,** ausgiebigen Gebrauch. Wie begreiflich, haben die Leute oft nicht nur Fleisch für den eignen Bedarf über die Grenze geholt, sondern auch für Bekannte, ferner ist auch Fleisch mit einem geringen Nutzen weiter verkauft worden. Der Regierungspräsident zu Marienwerder hat dem jetzt ein Ende gemacht. Er hat eine Verfügung erlassen, daß die zugelassene Einfuhr von Freimengen-Schweinefleisch aus Rußland nur unter der Bedingung stattfinden darf, daß die Einfuhr auf einer Zollstraße und innerhalb einer festgesetzten Tageszeit erfolgt. Ferner müssen die eingeführten Mengen lediglich **für den eigenen Haushalt** eines Bewohners des Grenzbezirks bestimmt sein, es darf für jeden Haushalt nicht mehr als die gesetzlich zulässige Höchstmenge an ein und demselben Tage eingeführt werden. Ein täglich mehrmaliges Ueberschreiten der Grenze, um Fleisch zu holen, darf nicht mehr stattfinden.

Die Verfügung ist natürlich von der Grenzbevölkerung mit nichts weniger wie freudigen Gefühlen begrüßt worden und wird sicher dazu beitragen, die schon vorhandene Unzufriedenheit noch zu steigern. Die Maßregel bedeutet ein Entgegenkommen gegenüber den Agrariern, die es am liebsten sähen, wenn es überhaupt verboten würde, daß Freimengen über die Grenze gebracht werden. —

Dresden, 14. November. (Eig. Ber.) **Landtag.** Für den Nichteingeweihten ganz unvermittelt wurde in der heutigen Sitzung der zweiten Kammer nach Erledigung der regulären, weiterhin nicht besonders interessierenden Tagesordnung in Form einer Interpellation eine wichtige Frage angeschnitten. Der nationalliberale Abgeordnete Dr. Schill-Leipzig brachte folgende Interpellation ein: Ist die hohe Staatsregierung geneigt, in Verhandlung über eine Abänderung der diesbezüglichen Bestimmungen der Revidierten Städte-Ordnung, sowie der Städte-Ordnung für mittlere und kleine Städte einzutreten nach der Richtung hin, daß gerichtliche Untersuchung gegen einen Stadtverordneten nicht den Verlust, sondern nur Suspension vom Amte zur Folge hat.

Die fraglichen gesetzlichen Bestimmungen enthalten thatsächlich offenbar ungerechte Bestimmungen, von denen besonders auch socialdemokratische Vertreter getroffen wurden. Die Veranlassung zu der Interpellation ist natürlich nicht hierauf, sondern auf einige Fälle zurückzuführen, in denen bürgerliche Gemeindevertreter davon betroffen wurden. Die Interpellation wird am Freitag zur Verhandlung kommen und sicher Anlaß zu eingehender Diskussion geben. — Bei der Gelegenheit sei bemerkt, daß der konservative Abgeordnete Dr. Schober-Leipzig in Rücksicht eines gegen seine „Wahl" erhobenen Protestes sein Mandat niedergelegt hat. —

Heiteres im Wahlkampf. Im Wahlkreise Schlettstedt, wo am letzten Sonntag die Reichstags-Ersatzwahl stattfand, waren neben den beiden ausgesprochenen Parteikandidaturen Bouderscheer (klerikal) und Brustewicz (Soc.) noch zwei Bewerber in der Wahlarena erschienen, die ganz auf eigene Faust in den Kampf zogen, zwei richtige Wahlfreibeuter, deren ganze Agitationsarbeit in der möglichst prononcierten Herausstaffierung der eigenen Persönlichkeit bestand, ohne eigentliches Wahlprogramm und ohne Anlehnung an eine bestimmte politische Parteirichtung. Welcher Art diese sonderbaren Schwärmer waren, deren Auftauchen auf dem Kampffeld einer politischen Wahl nur möglich war unter den ganz besonders rückständigen politischen Verhältnissen eines Teiles des zur Neuwahl berufenen Kreises, das geht am deutlichsten aus den Wahlaufrufen hervor, mit denen sie vor die Wählerschaft traten. Der eine, Pflugfabrikant Kornmann in Barr, leitet sein Mandat für die Bewerberschaft um das Ehrenamt eines Volksvertreters im Reichsparlament von einem vermeintlich schweren Unrecht her, das ihm jüngst in einer Gerichtsverhandlung seines Wohnortes widerfahren. Sein Wahlaufruf läßt sich darüber folgendermaßen aus:

„. . . Wenn ein Bürger bei einer politischen Wahl von seinem Wahlrecht Gebrauch macht, so hat kein Gendarm und kein Beamter die Befugnis, sich da hereinzumischen. Wenn ein Bürger, wie mir dies vor kurzem vor dem Barrer Civilgericht passierte, aus Versehen seinen Hut im Gerichtssaale, unmittelbar an der Thüre, anstatt außerhalb des Gerichtssaales aufsetzt, so sollte man einen solchen Bürger nicht sofort verhaften und in das Gefängnis abführen, wie man mir das that.

Landwirte! Ich habe Euch seit 15 Jahren redlich bedient. Ihr werdet nicht billigen können, daß redliche Arbeit unnötigerweise ins Gefängnis gesteckt wird. Ja, ich appelliere an Euren Mut, unsere Landesehre zu verteidigen, indem Ihr in geschlossenen Reihen an die Urne geht und mir wie ein Mann Eure Stimme gebt.

Die Justiz muß mit dem Volksbewußtsein in Uebereinstimmung bleiben. Ich bin daher gegen jeden diktatorischen Geist in der Rechtspflege, gegen unberechtigte Beamtenübergriffe. Es giebt wohl eine Beleidigung der Beamten. Aber es giebt leider keine Strafe für die Beleidigung des Volkes, durch die Beamten. Diese Strafe sollte es für Beamte geben, welche sich einer Beleidigung der Bevölkerung schuldig machen. Die Beamten sind der Bevölkerung wegen da, nicht die Bevölkerung der Beamten wegen. Ich werde meine Stimme dagegen erheben, daß man einen Beamten, welcher seine Befugnisse überschritten, auf einen höheren Posten versetzt . . ."

Noch weit reicher an echten Perlen unfreiwilligen Humors ist die Selbstempfehlung, mit welcher der Lederfabrikant Diriong, Mitglied des Gemeinderates in Schlettstadt, sich um die Gunst der Wählerschaft bewarb. Sein kurzer, mit erfrischender Naivetät abgefaßter Appell an die Wähler hat folgenden Wortlaut:

An meine Wähler!

Der wichtige Tag naht heran, wo ich Eure Interessen im Reichstage mit bekanntem Ehrgefühl und Offenherzigkeit zu vertreten gedenke. Deswegen nehmet meine Worte in Schutz, denn dieselben kommen von einem Ehrenmanne, welcher bei den meisten Wählern unseres Kreises persönlich bekannt ist. Als armer Junge in Barr erzogen, habe ich es soweit gebracht, daß ich heute als **wichtiger Lederfabrikant und Reichstags-Kandidat** auftrete.

Ein Beweis der Ehrlich-, Fähig- und Thätigkeit. Wie ich im stande war, bis daher meine Interessen und Vorteile zu suchen und zu schützen, werde ich auch, wenn immer möglich, die Eurigen schützen und zu Herzen nehmen. Sei es Ackersmann, Rebmann oder Geschäftsmann, vom kleinsten bis zum größten, stehe ich für alle. Ich bitte Euch, werte Wähler, laßt Euch nur diesmal kein Sand in die Augen streuen und wählet den praktischen Mann, welcher alles vom kleinsten bis zum größten aus eigener Erfahrung kennt. Mein Prinzip ist: wenig versprechen, aber wenn möglich viel halten. Daß ich das Wohl unseres Kreises suche, ist selbstverständlich. Zum Beweise, daß ich die Arbeitsklasse unterstütze, diene der Umstand, daß ich während einer Geschäftskrisis im Jahre 1898 einen Monat und 4 Tage lang meinen Arbeitern 2 M. pro Tag auszahlte, obschon die Verhältnisse es nicht gestatteten, die Arbeiter damals zu beschäftigen. Nun, liebe Wähler, wer Ehrgefühl besitzt, stimme nun den liberalen Kandidaten

Karl Diriong,

Lederfabrikant und Gemeinderatsmitglied in Schlettstadt.

Bis dahin wäre nun alles recht schön und gut; denn es ist gewiß ein unveräußerliches Menschenrecht jedes wahlmündigen Staatsbürgers, sich um ein Mandat zum Reichstag zu bewerben und die Mittel der Agitation dabei ganz nach eigenem Belieben und Geschmack auszusuchen. Was aber der Schlettstadter Wahl ihren charakteristischen Stempel aufdrückt, das ist die Thatsache, daß sich im Kreise mehr als 2800 Wähler fanden, die auf die Kornmann-Diriongschen Hanswurstiaden hereinfielen: etwa 2100 Stimmen wurden auf den Namen des „wichtigen Lederfabrikanten", gegen 800 auf denjenigen des „unnötigerweise ins Gefängnis gesteckten" Kornmann abgegeben. Daß derartiges heutzutage nur noch in Elsaß-Lothringen passieren kann, kommt auf das Konto der Diktatur- und Entrechtungsmaßregeln, mit denen man in Elsaß dem Volke die ernstliche Beschäftigung mit seinen staatsbürgerlichen Angelegenheiten vereckelt und seine politische Erziehung nach Kräften erschwert.

Die Leutenot auf dem Lande soll in Elsaß-Lothringen jetzt durch gesetzliche Mittel bekämpft werden, die dem preußischen Osten entlehnt sind, wo die Landflucht der Arbeiter bekanntlich eine mindestens ebenso große ist, wie im kleinbäuerlichen Süden. Im reichsländischen Landwirtschaftsrat stand die Regelung des ländlichen Arbeitsvertrages kürzlich zur Verhandlung, nachdem die Agrarier des Landesausschusses im Laufe der beendigten Session des öftern ihre beweglichen Klagelieder über den „Drang nach den Städten" hatten ertönen lassen. Es entspricht durchaus dem reaktionären Zug, durch den gegenwärtig die innere Politik der Reichslande bestimmt wird, wenn man das Heilmittel für den erwähnten socialen Mißstand nicht etwa in der ökonomischen Besserstellung des ländlichen Arbeiters, in der Erweiterung und dem erhöhten Schutze seiner Rechte erblickte, sondern zu Zwangsmitteln glaubte greifen zu müssen, um den ländlichen Arbeiter an seine Arbeitsstelle zu fesseln. Als solche wurden die Einrichtung einer Gesinde-Ordnung nach preußischem Muster, die obligatorische Führung von Arbeitsbüchern und die strenge Bestrafung des Kontraktbruches in Vorschlag gebracht. Zwar fehlte es nicht an Stimmen, die vor einer Ueberschätzung der Wirkung dieser Zwangsmittel warnten und darauf hinwiesen, daß sie sich auch als zweischneidiges Schwert erweisen und, anstatt den ländlichen Arbeiter festzuhalten, ihm das Leben auf dem Lande noch mehr vereckeln und die Flucht in die Städte noch verstärken könnten. Auch der reichsländische Landwirtschaftsminister, Unterstaatssekretär Zorn v. Bulach, goß etwas Wasser in den agrarischen Wein, indem er durch den Hinweis auf die weit günstigeren Lohn-, Arbeits- und allgemeinen Lebensbedingungen des industriellen Arbeiters der Leutenot auf dem Lande eine natürliche Erklärung zu geben versucht und die ländlichen Arbeitgeber an die erhöhten Pflichten erinnerte, die ihnen aus den gegen frühere Zeiten total veränderten Verhältnissen erwüchsen. Schließlich gelangte der Landwirtschaftsrat trotz alledem zu dem einstimmigen Beschluß, sich für die obligatorische Einführung von Arbeitsbüchern und den Erlaß einer allgemeinen Gesinde-Ordnung auszusprechen. —

Bayrischer Landtag.

München, 13. November.

In der heutigen Generaldiskussion zum **Justiz-Etat** kamen eine Reihe von Dingen zur Sprache, die schon seit geraumer Zeit die Oeffentlichkeit lebhaft beschäftigen, so der ambulante Gerichtsstand der Presse, der Grobe Unfugparagraph, die Verschleppung von Prozessen, die Thätigkeit der Amtsanwälte, die Belehrung der Geschworenen durch die Schwurgerichtspräsidenten, die Verwendung von Rechtspraktikanten als Offizialverteidiger, die Wiedereinführung der Berufung usw.

Unser Genosse Oertel erhob zunächst die principielle Forderung unserer Partei nach einer Verbilligung der gesamten Rechtspflege, da es unter den heutigen Verhältnissen vielen geradezu unmöglich sei, zu ihrem Rechte zu kommen, da sie nicht über die nötigen Mittel verfügen. Der Grobe Unfugparagraph gelte heute als Mädchen für alles. Die Verurteilung einiger Versammlungsredner, welche die Zuchthausvorlage als ein Schandgesetz bezeichneten, wegen groben Unfugs bilde keineswegs das Ideal einer Rechtsprechung. Durch den Ausdruck „Schandgesetz" sei keine Erregung und Beunruhigung hervorgerufen worden, im Gegenteil: der Inhalt der Zuchthausvorlage habe bei Hunderttausenden bis tief in die weitesten bürgerlichen Kreise hinein die größte Erregung und Beunruhigung erzeugt, so daß man eigentlich den Urheber der Vorlage wegen groben Unfugs bestrafen müßte. Auf dem bisherigen Wege dieser Art von Rechtsprechung könne nicht mehr weiter gegangen werden. Bezüglich des ambulanten Gerichtsstandes der Presse seien ja in Bayern allerdings schon verschiedene Urteile gefällt worden, der Redacteur könne gerechterweise doch nur an seinem Wohnort verantwortlich gemacht werden, nicht aber an jedem Orte, wo seine Zeitung hinkommt, da er ja mit der Verbreitung nichts zu thun hat. Solche Zustände führen notwendig zur vollen Rechtlosigkeit der Presse. Es wäre höchste Zeit, daß diese Dinge endlich auch einmal im Bundesrate besprochen würden. An der Hand einer Reihe von Urteilen führte unser Redner den schlagenden Beweis, daß man sich nicht darüber wundern dürfe, wenn das Volk zu der Ueberzeugung komme, daß eine Klassenjustiz geübt werde. Das zeige allein schon die Zusammensetzung der Geschworenen- und Schöffengerichte, bei denen die Arbeiter von der Mitwirkung gänzlich ausgeschlossen sind. Weiter kritisierte unser Freund noch die militärische Schneidigkeit mancher Richter und forderte zum Schlusse die endliche Abstellung des Mißstandes, daß in Nürnberg die Gefangenen durch die belebtesten Straßen geführt werden.

Minister **v. Leonrod** verwahrte sich natürlich gegen den Vorwurf der Klassenjustiz, die von vornherein eine Verdächtigung der Richter in sich berge. Bezüglich des ambulanten Gerichtsstandes der Presse und des Groben Unfugparagraphen wünsche auch er, daß etwas geschehe, doch sei das nicht so leicht wie man glaube. Für die Wiedereinführung der Berufung in Strafsachen sei die bayrische Regierung stets eingetreten, allein so rasch lasse sich die Sache nicht machen. —

Unruhen in Schantung. Ein aus Peking eingegangenes amtliches Telegramm behandelt die augenblickliche Lage in den deutschen Missionsgebieten in Schantung. Danach befinden sich in jener Provinz die Anhänger der „roten Faust-Sekte" und der „großen Messer-Sekte" **in Aufruhr** gegen Beamte und Volk und plündern und rauben an vielen Orten. „Darunter litten die einheimischen Christen nicht minder als die übrige Bevölkerung. Meist wurde von ihnen Geld erpreßt, auch wurden ihre Häuser vielfach geplündert oder zerstört. In dem benachbarten Gebiet der italienischen Mission, wo eben erst eine Kapelle niedergebrannt wurde, ging es nicht besser. Nachdem jedoch infolge des unablässigen Drängens des deutschen Gesandten die chinesische Regierung einige Sektierer durch die Lokalbehörden hat einkerkern lassen und weiter in der Richtung vorgeht, ist es ruhiger geworden. An einzelnen Orten haben die Christen zusammen mit ihren andersgläubigen Landsleuten die Rebellen mit Waffengewalt vertrieben. Von dem Provinzialgouverneur ist der Missionsleitung voller Ersatz des der Mission wie auch den Christen erwachsenen Schadens versprochen, auch sind bereits mehrere Zahlungen geleistet worden. Bischof v. Anzer macht zur Zeit auf Grund besonderer, von dem Gesandten ihm ausgewirkter Schutzbefehle der chinesischen Regierung eine Rundreise durch das Missionsgebiet."

Ausland.

Das Rätsel von Polna.

—st— **Wien,** 13. November.

An demselben Tage, an dem der verrückte Mechaniker Schneider im Abgeordnetenhause seine Hetzrede gegen die Juden hielt, ist die Broschüre des Professors Masaryk erschienen, worin der bekannte Gelehrte mit zwingenden Gründen die Notwendigkeit der Revision des Unkulturprozesses von Polna beweist. Masaryks Broschüre, die vom Prager Staatsanwalte konfisciert wurde, durch eine Interpellation des Abg. Kronawetter aber nun auch dem deutschen Publikum zugänglich gemacht worden ist, enthält absolut keine „Enthüllungen"; im Gegenteil, es ist darin nicht ein einziges neues Faktum angeführt. Sie ist lediglich eine scharfsinnige Kritik der Ergebnisse des Beweisverfahrens des Prozesses selbst; als solche aber von vernichtender Wirkung. Professor Masaryk kommt auf Grund einer Analyse des Prozeßmaterials zu dem verblüffenden Schluß, daß der Mord nicht an dem angenommenen Orte, wo der Leichnam gefunden worden war: in dem Walde Grezina, sondern am wahrscheinlichsten in einer Wohnung verübt wurde, in den Wald aber erst der Leichnam überführt worden ist. Folgendes sind die Gründe für diesen Aufsehen erregenden Schluß: Erstens die Lage, in der das ermordete Mädchen aufgefunden war. Wie aus dem Verhör der Sachverständigen in dem Prozesse gegen Hilsner hervorgeht, wurde die Tote so aufgefunden, daß beide Füße des auf dem Bauche mit dem Gesicht zur Erde liegenden Leichnams „neben einander liegend, in den Knien im scharfen Winkel umgebogen" waren. Da die Erstarrung eines Leichnams nicht sofort eintritt, sondern es mehrere Stunden dauert, bevor der Körper erstarrt, so ist durch die Lage der Leiche mit großer Sicherheit bewiesen, daß mit dem Leichnam mehrere Stunden nach der Ermordung noch manipuliert worden ist, wodurch die Füße in einem Winkel erstarrten. Die Leiche wurde, so folgert Masaryk, während der Starre in die Lage gebracht, in der sie aufgefunden wurde, und zwar mehrere Stunden nach dem Tode. Masaryk unterstützt diesen Schluß durch weitere an der Leiche wahrgenommene Thatsachen, die alle zu der Annahme drängen, daß in den Wald die erstarrte Leiche gebracht worden ist.

Dafür, daß der Mord in einem Zimmer verübt wurde, voraussichtlich als das Mädchen beim Entkleiden war, spricht vor allem der Umstand, daß das Jäckchen, mit dem bekleidet die Ermordete aufgefunden wurde und das nach der Anklage „an beiden Armen über die Ellenbogen hinaufgestreift" war, zugeknöpft war. Danach hätten ihr die Mörder das Jäckchen ausziehen, es dann zuknöpfen und auf die Arme streifen müssen! Ueberdies war das Hemd nicht zerrissen, sondern zerschnitten! Ebenso anfechtbar sind die Angaben über die Art, wie der Mord vollführt worden ist; Masaryk weist nach, daß der Ermordeten der Hals nicht durchschnitten ward, sondern daß sie erstochen wurde. Damit schon wäre einer der stärksten „Stützpunkte" für die verbrecherische Annahme eines Ritualmordes aus der Welt geschafft.

Professor Masaryk sagt nicht, wen er für den Mörder hält, aber zwischen den Zeilen kann man es lesen, daß der bei vielen rege gewordene Verdacht: der Bruder der Ermordeten wäre der Verüber jenes scheußlichen Verbrechens, auch bei ihm Fuß gefaßt hat. Es ist in Wien ein öffentliches Geheimnis, daß der Untersuchungsrichter in Kuttenberg die Nachforschungen auch auf diese Spur erstreckt hatte, daß aber der Staatsanwalt diese Untersuchung beharrlich durchkreuzt hat. In der Verhandlung vor den Geschworenen ist der Person des Bruders nur flüchtig gedacht worden. Obwohl es bekannt war, daß er der Schwester binnen kurzer Zeit ihr väterliches Erbteil auszuzahlen hatte und trotzdem es erwiesen war, daß er in der Zeit der Auffindung der Leiche von Polna abwesend war, wurde sein Alibi nur nebenbei erwähnt. Allerdings läge, wenn die Leiche in den Wald geschafft und der Anschein eines „Ritualmordes" künstlich erweckt worden wäre, ein so ausgemachter Schurkenstreich vor, daß sich das menschliche Bewußtsein gegen seine Annahme schaudernd sträubt.

Das Urteil gegen Leopold Hilsner, der von dem Kuttenberger Gericht des Mordes an der Anna Hruza schuldig erkannt und zum Tode verurteilt wurde, liegt dem Kassationshofe zur Revision vor. Die Zeiten, wo sich die östreichischen Gerichte nur vom Gesetze leiten ließen, sind längst dahin; jetzt spielt bei Auslegung und Anwendung der Gesetze die politische Opportunität keine kleine Rolle. Und daß es in Oestreich nicht opportun ist, den Antisemiten unrecht zu geben, das zeigen viele Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens mit abschreckender Deutlichkeit. So ist also auch die Hoffnung gering, daß das Rätsel von Polna seine volle Aufklärung jemals finden werde. Es wird dem Aberglauben als unveräußerliche Legende einverleibt werden, denn das Schreckliche war der Phantasie der Ungebildeten allezeit das Glaubwürdigste.

* * *

Prag, 13. November. Studenten wollten heute im Hörsaale des Professors der czechischen Universität Masaryk, dessen Broschüre über die Notwendigkeit der Revision des Polnaer Prozesses konfisziert worden ist, eine Kundgebung veranstalten. Da aber der Professor nicht erschien, zogen sie nach dem Hof vor dessen Wohnhause und lärmten dort, bis die Polizei sie zerstreute. —

Oestreich-Ungarn.

Wien, 14. November. Der **Ausschuß für die Revision des § 14** hielt heute vormittag eine Sitzung ab. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Im **Abgeordnetenhaus** beantragt bei Beginn der heutigen Sitzung Jaworski, alle Ausgleichsvorlagen einem Ausschusse von 48 Mitgliedern zu überweisen. Der Präsident erklärt, da kein Einwand erhoben wurde, werde er diesem Antrag nachkommen. Hierauf geht das Haus zur Tagesordnung über, deren erster Punkt Fortsetzung der Beratung **über die Ausschreitungen in Mähren** ist. Socialdemokrat **Verkauf** erklärt, seine Partei ändere ihren Dringlichkeitsantrag dahin ab, daß die Vorgänge in Graßlitz gleichfalls dem zu wählenden Ausschuß zur Untersuchung überwiesen werden sollen. Zwischen den Vorgängen in Graßlitz und in Mähren bestehe ein großer Unterschied. In Graßlitz sei nicht geplündert worden, auch sei es zu keinen antisemitischen Ausschreitungen gekommen; es sei gegen die von der damaligen Regierung begangene Verletzung des Rechtes und der Verfassung demonstriert worden. —

Schweiz.

Bern, 13. November. (Eig. Ber.) Ueber die Wahl des Genossen Triquet in Genf zum Nationalrat wurde schon telegraphisch berichtet. Mit Triquet sind nun vier socialdemokratische Nationalräte gewählt, und zwar außer ihm Wullschleger-Basel, Vogelsanger-Zürich und Gschwind-Basel-Land. In Basel unterlag gestern Genosse Schweizer mit 2246 gegen 3439 Stimmen, mit denen der Konservative Tholin gewählt wurde. In Bern wurde mit 5894 gegen 4280 Stimmen der Konservative Wyß gewählt; letztere Stimmenzahl fiel auf Sourbeck, dessen wohlverdienten Durchfall die Socialdemokraten herbeiführten, indem sie ihre eigene Kandidatur zurückzogen und für Wyß stimmten. Hoffentlich ist dieser Vorgang eine Warnung für alle charakterlosen Drehscheiben-Politiker und Streber. Die anderen Wahlen haben für uns kein Interesse.

Dem türkischen Sultan genügt das vor Jahresfrist in Genf errichtete Generalkonsulat nicht für die polizeiliche Ueberwachung und Bespitzelung der Jungtürken, er errichtet nun in Bern eine Gesandtschaft und der Bundesrat mußte dazu aus internationaler Höflichkeit seine Zustimmung geben, obwohl zweifellos auch ihm gut bekannt ist, daß es sich hierbei in der Hauptsache nur um Polizeispitzelei handelt. Als neuer Gesandter sei der gegenwärtig in gleicher Eigenschaft in Brüssel amtierende Karatheodori Effendi in Aussicht genommen.

Die Föderalisten im Kanton Waadt haben beschlossen, in Sachen des Kranken- und Unfallversicherungs-Gesetzes das Referendum zu ergreifen. Die Referendumsfrist läuft bis zum 9. Januar 1900, bis zu welchem Termine die erforderlichen 30 000 Unterschriften aufgebracht sein müssen, wenn es zur Volksabstimmung kommen soll. —

Basel, 13. November. (Eig. Ber.) Der Große Rat hat mit 78 gegen 30 Stimmen beschlossen, auf die Detailberatung des von der betreffenden großrätlichen Kommission bereits vorberatenen Gesetzentwurfes betreffend die staatliche Arbeitslosen-Versicherung einzutreten. Der Führer der Ultramontanen, der Advokat Dr. Fingerhuter, hatte den Entwurf bekämpft und dessen Ablehnung beantragt. Katholische Socialpolitik! —

Frankreich.

Picquart fordert in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Waldeck-Rousseau, vor Gericht gestellt zu werden; es heißt darin: „Es ist bald ein Jahr her, daß ein Befehl des Pariser Militärgouverneurs mich wegen Fälschung, Gebrauchs einer Fälschung und verschiedener Uebertretungen des Spionagegesetzes in Anklagestand versetzte. Das Höchste Gericht hat allerdings den größten Teil der Folgen dieses Befehls vernichtet, es bleiben jedoch zwei angebliche Vergehen: die Mitteilung der Sachschriften des Falles Boullot und der Brieftauben-Angelegenheit an Maitre Leblois. Dieser ist bereits vom bürgerlichen Gericht außer Verfolgung gesetzt, das Militärgericht aber hat dieses Beispiel mir gegenüber nicht befolgt. Es kann nicht geduldet werden, daß ich endlos unter einem Anklagebefehl bleibe, dessen Absichten durch die Ereignisse der letzten Monate eigentümlich beleuchtet werden. Ich fordere Richter! Ich fordere dringend, daß mir gestattet sei, öffentlich nachzuweisen, **daß die Beschuldigungen gegen mich auf Betrug und Lüge beruhen.** Zwei der Zeugen gegen mich, Gonse und Gribelin, sind noch unangefochten in ihren militärischen Stellungen, keine Untersuchung hat noch Gonses verdächtige Rolle in der Henrysschen Fälschungssache aufgedeckt, kein Gericht hat ihn noch für seine Ränke gegen mich zur Verantwortung gezogen, namentlich für seine Machenschaften mit der Speranza-Fälschung. Auch Gribelin ist weder verurteilt noch selbst verfolgt. Henrys Zeugnis ist hinfällig geworden. Es ist unabweisbar, daß auch Gonses und Gribelins Rolle klar festgestellt werde. Ich bitte also um die Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung. Halbamtliche Gerüchte sprechen von einer Amnestie, die alle Untersuchungen gegen in der Dreyfussache bloßgestellte Personen niederschlagen würde. Ich stoße jeden Amnestiegedanken mit allen Kräften zurück. Beschwichtigung ist nur durch regelmäßiges unparteiisches Walten der Gerechtigkeit zu erlangen. Einen ungerecht angeklagten Mann amnestieren heißt, ihm die sittliche Genugthuung vorenthalten, die zu fordern sein Recht ist, heißt, das Unbehagen und die Unzufriedenheit endlos verlängern." —

Paris, 13. November. Der **Staatsgerichtshof** hat die Anträge des Generalberichterstatters unter Ablehnung der Anträge des Advokaten Dévin mit 212 gegen 31 Stimmen angenommen.

Spanien.

Madrid, 14. November. **Deputiertenkammer.** In der Besprechung der Politik der Regierung verlangen der Führer der Republikaner Py i Margall und Sagasta, der Führer der Liberalen, die **Aufhebung des Belagerungszustandes in Barcelona.** Ministerpräsident Silvela setzt auseinander, die Regierung habe alles gethan, um Spanien zahlungsfähig zu machen. Die Vorkommnisse in Barcelona zielten darauf ab, die Regierung zu zwingen, der finanziellen Autonomie zuzustimmen. Wenn die Steuerverweigerung in Barcelona andauern werde, werde die Regierung Geduld zeigen; wenn der Widerstand in Gewaltthätigkeiten ausarten sollte, werde die Regierung mit Anwendung von Gewalt antworten, aber sie könne den Belagerungszustand in Barcelona nicht aufheben. —

Italien.

Das Parlament wurde am Dienstagvormittag eröffnet. In der vom König verlesenen Thronrede steht geschrieben, daß der Monarch wieder „freudigen Herzens und voll Vertrauen sei", daß das Parlament die Zwangsgesetze doch annehmen möge, und daß einige kleine Härten des Kriegszustandes, z. B. der Zwangswohnsitz, beseitigt werden solle. Nota bene, wenn ganz Italien durch das Knebelgesetz zu einem großen Zwangswohnsitz gemacht ist. Ferner, daß der König die Beschlüsse der Haager Friedens-Konferenz angenommen habe und eine größere Kriegsflotte brauche, und endlich, daß das Land in eine Periode „wirtschaftlicher Erholung" eingetreten sei — wovon das Land bisher leider nichts verspürt hat.

Eine solche arm- und trübselige Thronrede ist mit lächelndem Gesicht selbst in Italien noch nicht gehalten worden. An einigen Stellen soll sie mit „Beifall" begrüßt worden sein — meldet der Telegraph und der Telegraph lügt bekanntlich nicht. —

Dänemark.

Fortsetzung der Beratung des Altersversicherungs-Gesetzes im Folkething. Auch diesmal wurde die Debatte nicht zu Ende geführt und mußte wieder vertagt werden. Aus dem einen Tag, den der Präsident für diese Anträge in Aussicht genommen hatte, dürfte eine Woche werden.

Diesmal kam zuerst ein Vertreter der Rechten zum Wort, Soavenius und später Ellinger. Der erstere meinte, der Antrag wäre recht schön, wenn nur in der Staatskasse das nötige Geld vorhanden wäre und wenn er der Bevölkerung soviel Gutes brächte, wie behauptet wird. Das Verlangen sei nicht zu erfüllen, wenn man nicht neue Steuern einführen will. Und da wäre nur die Branntweinsteuer, die aber so wie so durchgeführt werden müsse, aber nicht genug einbringt, sodann die progressive Einkommensteuer, die der Landtag nie annehmen wird. Nutzen wird der Antrag auch nicht stiften, sondern die Leute vom Sparen abhalten, da sie ihre alten Tage für gesichert halten werden. Ein Gesetz, dem er zustimmen könne, dürfe nur die Invaliden umfassen, aber nicht alle alten Leute, die noch arbeiten können.

Ellinger, der später sprach, erklärte, das bisherige Gesetz habe viel genützt. Er wäre allenfalls für einen Prämienzuschuß des Staates bei einer freiwilligen Versicherungskasse. Der Minister des Innern, Bramsen, hat auch finanzielle Bedenken und glaubt nicht, daß jetzt schon eine Aenderung angebracht sei, jedenfalls keine so weitgehende. Der Antrag sollte einem Ausschuß überwiesen werden, der vielleicht etwas Brauchbares zu stande bringen könnte. Auch er meint, daß solche Gesetze den Drang zur Selbsthilfe vernichten, das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern beeinträchtigen. Bald würden alle alten Leute die Unterstützung verlangen.

Aus der Partei der Moderaten sprach man sich auch gegen den Antrag aus; wenigstens sei vorläufig jede Reform überflüssig. Es wäre sinnlos, einem Mann 75 Kronen zu geben, wenn er nu um etwas Brot oder Holz bittet.

Zum Schluß sprach unser Genosse Borljänz. Er freut sich, daß auch der Minister eine Reformbedürftigkeit anerkenne. Die ganze Linke stände auf ihrer Seite. Und er wies nach, daß durch das Gesetz die Landgemeinden nahezu so viel an Armenhilfe sparen, als ihr Beitrag ausmacht. Er hofft, daß der Folkething den Antrag annehmen wird. Widersetzt sich der Landesthing, dann würde eine Volksbewegung entstehen, die gegen diese reaktionäre Körperschaft Front machen würde. —

Der Komplottprozeß.

Paris, 12. November.

Was an dem Komplottprozeß am meisten auffällt, ist die fast eisige Gleichgültigkeit des Publikums gegenüber den Prozeßverhandlungen. Die geräuschvollen Auftritte der Entlastungs„zeugen" im und um das Palais Luxemburg — Auftritte, die übrigens nur durch kopflose Anordnungen und die gemütvolle Waschlappigkeit des Hochgerichtsvorsitzenden ermöglicht wurden — waren ein mißlungener Versuch, die Quantität durch die Qualität der Schreihälse zu ersetzen. Die „Zeugen" sind ja in der großen Mehrzahl die Kerntruppen und die Werkzeuge der auf der Anklagebank sitzenden Staatsstreichler. Daß die arbeitende Bevölkerung zu Hause bleibt, wie sie auch in den erregtesten Tagen des Zola-Prozesses zu Hause blieb, ist selbstverständlich. An ihre Werkeltagsarbeit gebunden, hat sie überhaupt keine Zeit zu verlieren, solange ihr Interesse nicht bis zu einer revolutionären Stimmung gesteigert ist. Aber auch dasjenige Publikum, welches jeden Tag über Mußestunden verfügt, bleibt kühl zu Hause oder anderswo.

Dementsprechend ist auch die Haltung der Presse. Nur die nationalistischen, die weiland generalstäblerischen Organe bemühen sich im Schweiße des Angesichts, beim Lesepublikum eine tragische Stimmung zu erzeugen, Gefühle des Zornes wider die böse gesetzesverachtende republikanische Regierung wachzurufen, die so dreist war, die Feinde der Republik unter das Gesetz zu beugen, und Gefühle des Mitleids für die armen Opfer von Staatsstreichlern, die ja nur im Falle des Widerstandes eine Massenmetzelei veranstaltet, sonst aber sich mit der Beseitigung der socialistischen und republikanischen Führer begnügt hätten. Und nun sollen diese Unschuldslämmer von ihren „politischen Feinden" zu einigen Jahren Gefängnis verurteilt werden! . . . Was die republikanische Presse betrifft, so bewahrt sie ihre ruhige Haltung. Sie reagiert nicht einmal mit gebührender Schärfe auf das heuchlerische Gezeter der Staatsstreichsfreunde.

In diesen Stimmungen kommt wohl nicht nur die allgemeine Müdigkeit nach den zweijährigen Kämpfen zum Ausdruck. Noch entscheidender ist der Umstand, daß der Komplottprozeß nur mehr ein Nachspiel ist, ein Nachklang nach beendeten Kämpfen und keine Kraftprobe. Die Kraftprobe war an dem Tage zu Gunsten der Republik entschieden, als sich eine Regierung fand, die den an sich sehr billigen, aber in den gegebenen Umständen zu einer heroischen Seltenheit gewordenen Mut hatte, den Staatsstreichlern das offen und straflos betriebene Handwerk zu legen. Die Kraft der Déroulède und Konsorten bestand allezeit lediglich aus der Schwäche bezw. aus der wohlwollenden und verräterischen Neutralität der offiziellen Hüter der Republik.

Nur volksbedrückende Staatsformen, deren Prestige auf der mehr oder minder nackten materiellen Gewalt beruht, sind dazu verurteilt, auch den besiegten Feind mit blutiger Rache zu verfolgen. Eine auf dem Volkswillen beruhende Republik kann großmütig sein, und sie muß es, wenn sich ihre Feinde so total ohnmächtig, lächerlich-ohnmächtig gezeigt haben, wie die schwindelhaften Nachäffer des Schwindelgenerals Boulanger. Wahrlich, dieser Talmi-Diktator wächst zu einer achtungswerten historischen Gestalt empor im Vergleich mit seinen Nachäffern von heute.

Aber freilich darf die Republik die Großmut nicht so weit treiben, von der Anwendung bestehender Gesetze auf unschädlich gemachte Feinde abzusehen. Um diesen Punkt drehten sich die bisherigen Verhandlungen des Staatsgerichtshofes. Die tapferen Angeklagten, einschließlich des „ritterlichen" Déroulède, ließen die Unzuständigkeit des ihnen unbequemen Gerichtshofes plädieren. Ministerpräsident Dupuy hatte den Amtsfrevel begangen, das Attentat Déroulède—General Roget als ein Preßvergehen vor ein chauvinistisches Schwurgericht zu verweisen, welches denn auch unter der Mithilfe der Staatsanwaltschaft die Putschmacher freisprach. Um den Freispruch vollständig zu sichern, hatte Dupuy den weiteren Amtsfrevel begangen, die bündigsten Schuldbeweise in seinem Ministerpult zu behalten. Diese Beweise wurden erst von Waldeck-Rousseau an den Tag gefördert und der Untersuchungskommission des Staatsgerichtshofes übermittelt. Dazu kamen noch die eigenen Ermittelungen der Kommission. Trotzdem wurde die Attentatsanklage aus formal-juristischen Skrupeln von der Kommission fallen gelassen, weil das Verbrechen bereits einmal abgeurteilt worden sein soll. Diese übertriebenen Rechtsskrupeln boten nur den Angeklagten die Handhabe zum Aufwerfen der Unzuständigkeits-Frage, indem sie dem Senat das Recht abstritten, über die einzig beibehaltene Komplott-Anklage zu urteilen.

Hätte der Senat ihren Wunsch erfüllt, so wäre — bei der Zusammensetzung der französischen Jury — nicht nur ihre Freisprechung sicher, sondern auch die Regierung hätte eine schwere Niederlage erlitten, und das am Vorabend der Wiedereröffnung der Deputiertenkammer. Die abgekarteten Skandalscenen in der Freitagsitzung waren vor allem darauf berechnet, die Senatoren einzuschüchtern, wie denn die physische Einschüchterungsmache stets die beliebteste Kampfmethode der reaktionären Demagogen war.

Zum Glück ist der nette juristisch-politische Plan an den republikanischen Gefühlen der senatorischen Mehrheit gescheitert. Weder die rabulistischen Haarspaltereien des Verteidigers, noch das Gebrüll der Entlastungs„zeugen" haben den Senat von seiner Pflicht abgelenkt. Es erübrigt sich, auf die juristische Frage einzugehen. Es genügt die Erwähnung, daß der Senat 1889 im Prozeß Boulanger und Konsorten, wo von vornherein und thatsächlich nur eine Komplott-Anklage erhoben werden konnte, sich für zuständig erklärt hatte.

Daß der Zuständigkeitsbeschluß diesmal mit 157 gegen 91 Stimmen gefaßt wurde, während im Prozeß Boulanger — von der demonstrativ sich der Abstimmung enthaltenden klerical-monarchistischen Rechten abgesehen — die Minderheit nur 9 Stimmen betrug, zeigt lediglich, wie weit der reaktionäre Mauserungsprozeß des rechten Flügels der Bourgeoisrepublikaner vorgeschritten ist. Die Meline-schen Senatoren machten nämlich gemeinsame Sache mit den Klerical-Monarchisten. Bemerkenswert ist ferner, daß die paar „radikalen" Senatoren, die in der Dreyfus-Sache mit den Generalstäblern gingen, auch mit der reaktionären Minderheit gegen die Zuständigkeit votierten.

Im übrigen kann es nur anekeln, wenn dieselben Leute, die zu Gunsten des verbrecherischen Generalstabes den beispiellosen Rechtsbruch gegen die Kriminalkammer des Kassationshofes durchgesetzt hatten, nunmehr sich auf die strengen Wächter der juristischen Form hinausspielen, wo es sich um die Anwendung eines bestehenden und bereits in einem gleichen Falle angewendeten Gesetzes handelt. Hinter den angeblichen juristischen Skrupeln steckte einfach die politische Absicht, die Aktion des Ministeriums gegen die Verschwörer zu vereiteln und damit einem reaktionären Kabinett die Wege zu ebnen.

Jetzt heißt es natürlich in der Justizmord- und Staatsstreichspresse, der Senat hätte die Justiz der Politik geopfert. In Wirklichkeit wäre Frankreich die zweijährige Krise erspart geblieben, wenn die ordentlichen Justizorgane in der Dreyfussache auch nur halb so viel Unparteilichkeit gezeigt hätten, wie das politische Senatsgericht im Komplottprozeß. Noch nie hat ein politisches Gericht so rücksichtsvoll die Rechte der Angeklagten gewahrt, weil noch nie ein politischer Prozeß sich in einer so ruhigen Atmosphäre und unter einer so friedlichen Stimmung der siegreichen Parteien abgespielt hat.

Es mag auch freilich sein, daß diese Parteien friedlich gestimmt sind, weil sie sich mit wenigem zufrieden geben müssen, d. h.

weil sie kein übermäßiges Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft besitzen. Doch das gehört in ein anderes Kapitel. Der Ausgang des Komplottprozesses wird jedenfalls ausschließlich vom juristischen Beweismaterial abhängen. Und der Senat kann nichts dafür, daß die erdrückenden Schuldbeweise eine Freisprechung unmöglich machen.

Partei-Nachrichten.

In den Verhandlungen des Parteitages nahmen Stellung Parteiversammlungen in Barmbeck, Einbeck, Brackwede, Vegesack, Marburg, Münden und im 1. sächsischen Kreise. Teils durch Beschluß, teils auch ohne solchen wurde in allen Versammlungen das Einverständnis mit dem Parteitage festgestellt.

Ein socialdemokratischer Bürgermeister. Wie wir gestern nach der „Frankf. Ztg." berichteten und heute bestätigen können, wurden in dem Arbeiterdorfe Höchberg bei Würzburg die socialdemokratischen Gemeinderats-Kandidaten glatt gewählt. Sie erhielten 131 Stimmen gegen 106, die auf die Centrumsliste fielen. Damit ist die ganze Gemeindeverwaltung socialdemokratisch, und da auch die Wahl des Bürgermeisters gleichzeitig damit vorgenommen wird, so wurde als Bürgermeister der Schuhmachermeister Genosse Adam Langhirt gewählt.

Gemeindewahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Weißenfels wurden in der dritten Klasse die vier socialdemokratischen Kandidaten gewählt. Sie erhielten 283 Stimmen, die absolute Mehrheit beträgt 255. In Oberursel (Hessen) kommen unsere beiden Kandidaten in die Stichwahl.

In Rathenow errangen wir in der dritten Klasse von vier freien Mandaten eins.

Die sächsische Parteileitung erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, angesichts der beginnenden Reichstags-Verhandlungen den Kampf gegen die Zuchthausvorlage nochmals energisch aufzunehmen und bittet außerdem noch um die Einsendung von aktenmäßigem Material gegen die Vorlage.

Eine Kreiskonferenz für den bremischen Wahlkreis beschäftigte sich unter anderem auch mit der Frage der Agitation gegen die Zuchthausvorlage. Sämtliche Redner bemängelten die bisherige Agitation und bedauerten, daß der Parteivorstand die Agitation der Generalkommission überlassen habe. Es wurde folgender Beschluß gefaßt:

Die Wahlkreis-Konferenz beschließt, daß die Agitation gegen die Zuchthausvorlage in der nächsten Zeit vom Kartell nur in Gemeinschaft mit der Parteileitung betrieben werden soll.

Eine Konferenz socialdemokratischer Gemeindevertreter wurde am Sonntag in Stuttgart abgehalten. Sie stellte einen programmatischen Leitfaden für die Gemeindewahlen auf. Ein ausführlicher Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse liegt noch nicht vor.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gewerkschaften Berlins! Von den Listen, die für die ausgesperrten **dänischen Arbeiter** von der Berliner Gewerkschaftskommission herausgegeben worden sind, stehen noch folgende Nummern aus: 16, 19, 21, 29, 44, 59, 61, 63, 67, 74, 75, 223, 284, 482, 574, 584, 688, 689, 694, 751, 834, 835, 838, 843, 848, 854, 856, 858, 871, 903, 930, 952, 1023, 1025, 1026, 1028, 1029, 1030, 1031, 1119, 1263, 1271, 1282, 1308, 1425, 1553, 1554, 1658, 1662, 1679, 1706, 1709, 1711, 1744, 1783, 1850, 1851, 1852, 1854, 1862, 1894.

Die Inhaber werden hierdurch ersucht, dieselben unverzüglich an das Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission, Annenstr 16 I, abzuliefern, widrigenfalls in acht Tagen die Namen der Restanten veröffentlicht werden müssen. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission. J. A.: Rud. Millarg

Deutsches Reich.

An die Parkettleger Deutschlands! Da in unserem Berufe die Arbeit nur eine periodische ist, welche durch verschiedene Umstände an verschiedenen Orten nicht zu gleicher Zeit stattfindet, haben die Dresdener Parkettleger beschlossen, einen Arbeitsnachweis zu errichten. Wir ersuchen die Kollegen allerorts, diesem Beispiel zu folgen. Bekanntlich werden, während des sogenannten Drucks, immer Kollegen eingerichtet, welche dann nicht mehr am Orte beschäftigt werden können. Diesem abzuhelfen ist das Ziel der Dresdener Parkettleger. Wir hoffen, daß die Kollegen aller Orts uns unterstützen und wenn sie Arbeitskräfte brauchen, sich an den unterzeichneten Arbeitsnachweis zu wenden. Wir versichern im Bedarfsfalle dasselbe als Gegenleistung. Der Arbeitsnachweis befindet sich Kaulbachstraße 16, Adams Restaurant.

Die Kommission.

Der christliche Bergarbeiter-Verein für Oberschlesien richtete an die königliche Centralverwaltung in Zaborze eine Eingabe um Erhöhung der Löhne für die fiskalischen Bergarbeiter. Der Vorsitzende der Centralverwaltung hat sofort geantwortet, er müsse aufs bestimmteste alle Verhandlungen, mündlich wie schriftlich, über die Löhne der bergfiskalischen Arbeiter ablehnen. Jede weitere Frage werde unbeantwortet bleiben.

Das ist gewiß sehr schneidig; ob es klug ist, das ist eine andere Frage. Uns kann es aber recht sein, wenn die „christlichen" Arbeiter auf diese Weise darüber aufgeklärt werden, daß sie durch Bitten nichts erreichen werden, daß sie jede, auch die geringste Verbesserung ihrer elenden Lage erkämpfen müssen.

Der Streik bei der Firma Mantz u. Gerstenberger (Möbelfabrik) in Frankfurt a. O. dauert noch unverändert fort. Ein großer Teil der jüngeren Kollegen ist bereits abgereist. Zuzug von außerhalb war fast nicht aufzuweisen und haben die wenigen Zugereisten, nachdem sie von der Sachlage unterrichtet, Frankfurt wieder verlassen. Arbeitswillige aus den eigenen Reihen sind nicht zu verzeichnen. Der Geist der Kollegen ist ein guter. In die Wohnung unserer Kollegen sandte der Chef seine Getreuen ohne Erfolg, weshalb auch die Aussichten günstig. Die Kommission.

Abgeblitzt. Von seiten der Hannoverschen Staatsanwaltschaft war beantragt worden, gegen vier Parkettbodenleger wegen Verrufserklärung auf Grund des § 360 11 das Verfahren einzuleiten; sie sollten in einer Versammlung eine Firma in Verruf erklärt haben. Das Amtsgericht hat jedoch diesen Antrag abgelehnt mit der sehr vernünftigen Begründung, daß eine Störung der öffentlichen Ordnung oder eine Beunruhigung der Allgemeinheit nicht erfolgt und auch nicht zu erwarten gewesen sei.

Schutz den Arbeitswilligen. Der Maler R. aus Giebichenstein war vom Schöffengericht in Halle von der Anklage, gegen den § 153 gesündigt zu haben, freigesprochen worden. Er sollte an einem Neubau am Harz einem arbeitswilligen Maurer beleidigende Worte zugerufen haben. Wegen Beleidigung war aber kein Strafantrag gestellt, so daß das Gericht zu einem Freispruch gelangte. In der Berufungsinstanz wurde R. jedoch zu einem Monat Gefängnis verurteilt. In den ausgestoßenen Worten wurde eine Drohung und Ehrverletzung des Arbeitswilligen gefunden.

Die Ehre der Arbeitswilligen. Um die Ehre des Arbeiters pflegt sich die bürgerliche Gesellschaft sonst herzlich wenig zu kümmern. Wenn dagegen das Ehrgefühl des „Arbeitswilligen", der „besten Stützen des Staates", verletzt oder angeblich verletzt ist, sofort rühren sich Unternehmer, Polizei und Staatsanwalt, dieselbe zu reparieren. Der Mechaniker E. in Leipzig sollte den Mechaniker H. dadurch beleidigt haben, daß er zu ihm gesagt haben soll: „Sie begehen einen Streikbruch, wenn Sie weiter arbeiten! Sie sollten sich vor den Mädchen in der Fabrik schämen!" Der Direktor der Lochmannschen Musikwerke erfuhr von dieser Aeußerung und machte der Polizei davon Mitteilung. Diese bestellte H. und nun stellte dieser gegen E. Strafantrag wegen Beleidigung. In der Verhandlung konnte der Zeuge den ersten inkriminierten Satz überhaupt nicht bestätigen, sondern es wurde festgestellt, daß E., als er mit seiner Frau am 11. September spazieren ging, den Zeugen H. traf. Sie fingen in ganz freundschaftlicher Weise vom Streik an zu reden und im Laufe der Unterhaltung meinte E., er (H.) wisse ja von dem ersten Streik, daß er nicht estimiert worden sei; in 14 Tagen sei der Streik beendet und dann würden die entlassen, die während des Streiks arbeiten, und dann müßten wir uns ja auch vor den Mädchen schämen, die in den Streik mit eingetreten waren. Zum Schluß meinte er, er wolle ihn nicht aufhetzen, er solle thun, was er wolle, aber er schneide sich ins eigene Fleisch. Die ganze Unterhaltung war in freundschaftlichstem Tone gehalten und in gleicher Weise erfolgte der Abschied. Der Angeklagte bestritt entschieden, daß er die Absicht gehabt, H. zu beleidigen; er habe lediglich in dessen Interesse gesprochen. Der Amtsanwalt stellte die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts; der Verteidiger beantragte Freisprechung. Das Gericht erkannte wegen Beleidigung auf fünfzehn Mark Geldstrafe oder eine Woche Haft. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß man die Beleidigung in der Aeußerung gefunden habe, man müsse sich vor den Mädchen schämen. Das sei zweifellos ein Angriff auf die Ehre des Zeugen. Bei der Strafausmessung habe man berücksichtigt, daß die Aeußerung nahe an ein Vergehen nach § 153 der Gewerbe-Ordnung streife.

Der Streik in der Nürnberger Pinselfabrik von Rosenfeld dauert noch immer fort. 90 Personen des ausständigen Personals sind nunmehr in Konkurrenzbetrieben beschäftigt. — Der Streik bei Drechslermeister Pröschel dauert fort. — Auch in der Reißzeug-Industrie ist der Ausstand noch nicht beigelegt. — Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen der genannten Branchen nach Nürnberg ist strenger denn je fern zu halten.

Ausland.

Die Tarifverhandlungen zwischen den östreichischen Prinzipal- und Gehilfenvereinigungen im Buchdruckgewerbe sind durch Vermittelung des deutschen Tarifamts wieder angeknüpft worden. Die Vorverhandlungen sollen vom 15. bis 19. November, eine allgemeine Delegiertenkonferenz soll am 26. November stattfinden.

Streik am Simplon. Aus Zürich wird uns geschrieben: „Nachdem vorige Woche 500 Erd- und Bauarbeiter beim Simplontunnel wegen Lohndifferenzen die Arbeit einstellten, ist es infolge der schroffen ablehnenden Haltung der Unternehmer zum Generalstreik gekommen. Die Forderungen lauten: 1. Abschaffung der Accordarbeit. 2. Lohnerhöhung um 50 Cts. für den Tag gegenüber den in den vergangenen Monaten gezahlten Löhnen und zwar für alle Arbeiter. 3. Verminderung der täglichen Arbeitszeit von acht auf sechs Stunden für alle im Förderstollen Arbeitenden. 4. Reduktion des Arbeitstages von acht auf vier Stunden für die im Wasser arbeitenden Leute. 5. Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von zwölf auf acht Stunden für alle außerhalb des Tunnels Beschäftigten. 6. Beseitigung der im Tunnelinnern errichteten Sprengstofflager. — Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 2000. Der italienische socialistische Kammerdeputierte Morgari, der Genfer Arbeitersekretär Sigg und der Sekretär des schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Calame, sind bei den Streikenden.

Bürgerlichen Blättermeldungen zufolge ist die Zahl der Streikenden auf 2000 gestiegen; in dieser Zahl sind die Streikenden der Nebenunternehmungen mit einbegriffen. In den letzten Tagen soll es zu erheblichen Ausschreitungen gekommen sein; die Streikorte sind von Truppen besetzt worden.

Der Krieg.

Bedeutende englische Truppenmassen versammeln sich nun in Kapstadt und Durban. Vom 13. November wird aus Kapstadt gemeldet, daß die Transportschiffe „Oriental", „Armenian" und „Nubia" mit 3500 Mann und 600 Pferden eingetroffen seien. Uebertrieben aber erscheinen die Meldungen der Londoner „Daily Mail", welche versichert, daß spätestens Donnerstag 11000 Mann britischer und Kolonialtruppen unter Lord Methuen in Estcourt versammelt sein werden, um sofort zum Entsatz von Ladysmith vorzurücken. Sollte Ladysmith indes nicht in ernster Gefahr schweben, so dürfte der Vorstoß verschoben werden, bis Kavallerie, reitende Artillerie und mehr Infanterie angekommen sein werden.

Aus Estcourt

wird gemeldet, daß ein Panzerzug eine halbe Meile von Colenso gesehen wurde; derselbe konnte nicht weiter fahren, weil die Schienen aufgerissen waren. Eine Abteilung Truppen verließ den Zug und begab sich nach Grollershill. Da eine Abteilung Boeren vordrang, eröffneten die Engländer ein Salvenfeuer in einer Entfernung von 1300 Metern auf die Boeren und begaben sich dann wieder nach Estcourt.

Aus Durban

berichten die „Times": Das Panzerschiff „Terrible" ist hier eingetroffen. Die Mannschaften haben Tag und Nacht gearbeitet, um die schweren Geschütze zur Verteidigung von Durban ans Land zu bringen. Andere Verteidigungsarbeiten sind ebenfalls ausgeführt worden. Eine Abteilung von 100 Mann wurde ausgeschifft.

An sonstigen Nachrichten liegen nur folgende vor:

Kimberley, 7. November. Der Feind schleudert jetzt Geschosse in die Wasserwerke.

Tuli (Rhodesia), 31. Oktober. Die Boeren haben die Nordgrenze Transvaals mit Ausnahme eines in Pontsdrift zurückgebliebenen Kommandos verlassen.

Masern, 8. November. Es sind Anzeichen vorhanden, daß der Basutohäuptling Joel sich den Boeren anschließen wird. Die andern Häuptlinge verhalten sich den Engländern gegenüber loyal.

London, 14. November. Der Boerenführer Nathan Marks wurde in Ladysmith **als Spion verhaftet.** Der Präsident Krüger hat gedroht, **6 gefangene englische Offiziere erschießen** zu lassen, **wenn Marks hingerichtet wird.**

London, 14. November. Das Kriegsministerium bezeichnet die Blättermeldung, daß Präsident Krüger gedroht habe, in **Prätoria gefangene britische Offiziere erschießen zu lassen,** falls die Engländer einen gefangenen Spion der Boeren erschießen würden, **als absurd.** Zum Kommandeur der fünften Division, welche jetzt für den Dienst in Südafrika mobil gemacht wird, ist General Sir Charles Warren ernannt worden, welcher bereits Erfahrungen in der Kriegführung in Südafrika besitzt.

London, 14. November. Das **Transportschiff „Britannic"** ist heute in Kapstadt eingetroffen, somit sind seit Donnerstag zwölf Transportschiffe mit insgesamt etwa 15 000 Mann Verstärkungen am Kap angekommen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Oestreichisches Parlament.

Wien, 14. November. (W. T. B.) Abgeordnetenhaus. (Forts.) Verlauf schließt mit der Erklärung, es müsse Rache genommen werden für die begangene Ungesetzlichkeit, um solche für die Zukunft zu verhindern. (Beifall bei den Socialdemokraten.) Hierauf wird die Debatte geschlossen. Der Generalredner contra Abg. Dr. Silenty führt aus, Oestreich gehe der Herrschaft durch Minoritäten sowie der Germanisation entgegen. Die Beamten in Mähren seien hauptsächlich bestrebt, das Land zu germanisieren, zahlreiche Beamte verständen nicht czechisch, was gesetzwidrig sei. Außer der Bureaukratie seien es in Mähren hauptsächlich die Juden, welche dem Germanisationswerke dienen, man hasse dieselben in Mähren als Feinde des Czechentums, nicht als Juden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede bespricht der Generalredner contra Dr. Silenty die Sprachenfrage und betont, daß die Gleichberechtigung beider Sprachen in Mähren auch von hervorragenden deutschen Politikern anerkannt worden sei. Alle Germanisationsbestrebungen würden nichts nützen. Die Deutschen hätten einen preußischen Bischof zu Hilfe gerufen. Redner behauptet, es seien Fälle vorgekommen, wo die Deutschen sich selbst die Fenster eingeschlagen und es dann den Czechen zur Last gelegt hätten. (Gelächter, Widerspruch bei den Deutschen.) Silenty schließt seine 4½stündige Rede mit einem Appell an die Deutschen, sich mit den Czechen zu einigen zum Wohle des Volkes und Oestreichs. (Beifall bei den Czechen.) Der Generalredner pro Dr. Menger weist zunächst die Angriffe Dr. Silentys gegen den Kardinal Fürstbischof Kopp zurück, und widerlegt sodann die Behauptung, daß die czechischen Bürgermeister überall bestrebt gewesen seien, die Ruhe und die Ordnung wiederherzustellen. Dr. Menger schließt unter dem Beifall der Linken mit den Worten: „Einigen wir uns in zwölfter Stunde, um ein Staatswesen zu schaffen, welches trotz großer Hindernisse und Schwierigkeiten hier in Mitteleuropa im Bündnis mit Deutschland und Italien seine großen Kulturaufgaben erfüllt." Die Verhandlung wird sodann um 9 Uhr abgebrochen und die nächste Sitzung auf Donnerstag angesetzt.

Die französische Deputiertenkammer

wurde am Dienstag unter großem Andrang des Publikums wieder eröffnet. Der Vorsitzende Deschanel verliest zunächst zahlreiche Interpellationsanträge. Ministerpräsident Waldeck-Rousseau verlangt, daß alle Interpellationen bezüglich der allgemeinen Politik der Regierung in eine einzige zusammengezogen und daß mit der Debatte darüber sofort begonnen werde. Die Kammer giebt ihre Zustimmung. Als erster Redner nimmt dann Cochin das Wort. —

Paris, 14. November. (W. T. B.) Cochin wirft der Regierung vor, sie habe, indem sie Millerand sich als Mitglied erwählt, den Socialisten Thor und Thüre zur Macht geöffnet. Grandmaison (Rechte) tadelt den Kriegsminister Galliffet, weil er es nicht verstanden habe, das Heer zu verteidigen und wendet sich gegen die Maßregeln, welche Galliffet gegen die Generäle ergriff. Zévaès (Socialist) verlangt, die Regierung solle die Machenschaften des Klerikalismus und Militarismus unterdrücken; er fordert Trennung der Kirche vom Staat und Stellung der Krankenhäuser unter Laienverwaltung. Ferner solle an die Stelle des gegenwärtigen Heeres ein aus Milizen bestehendes Volksheer treten. (Widerspruch auf verschiedenen Seiten.) Darauf ergreift Lasies (Nationalist) das Wort.

Paris, 14. November. (W. T. B.) Lasies tadelt lebhaft die gegen verschiedene Offiziere ergriffenen Maßregeln und fügt hinzu, die Offiziere wären sehr im Recht, wenn sie sagten: „Diese Regierung ist die Schande." (Widerspruch auf mehreren Seiten; Lasies wird zur Ordnung gerufen.) Lasies fährt fort: Seit zwei Jahren wird das Heer angegriffen, jedoch nicht verteidigt. **Einer solchen Regierung gegenüber ist Disciplinlosigkeit Pflicht!** (Widerspruch von verschiedenen Seiten; die Censur wird über Lasies verhängt.)

Kriegsminister Galliffet erhebt gegen die Ausführungen Lasies schärfsten Widerspruch. Er sagt, das Heer habe gar nicht das Recht, zu sprechen (Wiederholter Beifall auf der Linken); er bedauere keines seiner Worte und keine seiner Amtshandlungen. Unter Unterbrechungen seitens der Rechten und der Nationalisten rechtfertigt Galliffet die Maßregeln, welche gegen verschiedene Offiziere ergriffen wurden und sagt, General Roget habe zuviel geredet. (Beifall links.) Was General Régrier betreffe, so habe derselbe vor den Offizieren die Aeußerung gethan, die Regierung lasse Angriffe auf das Heer zu; wenn aber das Maß dieser Angriffe voll wäre, würden andere seine Verteidigung in die Hand zu nehmen wissen. (Rufe rechts: „Hoch Régrier!") Er, Galliffet, habe seine Schuldigkeit gethan, als er gegen Régrier vorging. (Wiederholter Beifall auf der Linken.) Galliffet schließt seine Ausführungen mit den Worten: „Ich bin für die Manneszucht im Heere verantwortlich, wenn ich auch mit den innersten Gedanken jedes Einzelnen mich nicht zu befassen habe." (Wiederholter Beifall links, Lärm auf der Rechten und bei den Nationalisten.)

Darauf besteigt Cassagnac die Rednertribüne. Er führt aus, **die Begnadigung Dreyfus' sei für das Heer ein Schlag ins Gesicht gewesen.** Die Regierung nehme das Heer, welches verleumdet und beleidigt werde, nicht in Schutz.

Viviani (Socialist) äußert, seine Partei sei bereit, die Regierung zu unterstützen, deren Vorgehen sie als das Minimum ihrer Forderungen acceptierten.

Darauf wird die Sitzung aufgehoben; nächste Sitzung: Donnerstag.

Frankfurt a. M., 14. November. (B. H.) Die „Frankfurter Ztg." berichtet aus Madrid: Gestern ist ein Franzose unter dem Verdacht, in die Entwendung des Wechselbriefes aus Berlin verwickelt zu sein, verhaftet worden.

Stuttgart, 14. November. (W. T. B.) Die **Kammer der Abgeordneten** hat ihre Beratungen wieder aufgenommen und das Gesetz über die Wandergewerbesteuer einstimmig angenommen. Das Centrum hat einen Antrag auf Einführung einer Umsatzsteuer für Warenhäuser eingebracht.

Wien, 14. November. (W. T. B.) Der zur Untersuchung des **pestverdächtigen Todesfalles** nach Triest entsandte Professor Weichselbaum ist hierher zurückgekehrt. Wie die „Hochschul-Korrespondenz" meldet, liegt für die Bevölkerung nicht der geringste Anlaß zur Beunruhigung vor.

Anläßlich dieses Falles ist jedoch in Aussicht genommen, alle aus dem Mittelmeer kommenden Schiffe einer gesundheitlichen Beobachtung zu unterziehen. — An Bord der auf der Fahrt von Santos nach Triest begriffenen „Berenice" ist nach telegraphischen Meldungen ein vierter Pestfall vorgekommen.

Budapest, 14. November. (W. T. B.) Nach einer **Versammlung von Arbeitslosen** versuchten mehrere hundert Personen, welche an derselben teilgenommen hatten, auf der Straße Kundgebungen zu veranstalten, wurden aber von der Polizei zerstreut. Eine Person wurde verhaftet.

Triest, 14. November. (W. H.) Ein weiterer **Pestfall** ist auf dem Lloyddampfer „Berenice", welcher sich an den Kap Verde-Inseln befindet, festgestellt worden.

Antwerpen, 14. November. (W. T. B.) Di Schiffsbesatzung des belgischen Dampfers „La Belgique", welcher auf den Needles strandete, gilt nunmehr bis auf die acht als gerettet Gemeldeten verloren.

Brüssel 14. November. (W. H.) Bei der heutigen Parlamentseröffnung wurde in der Kammer Bernhardt und im Senat der Herzog von Uwel zu Präsidenten gewählt.

Petersburg, 14. November. (W. H.) Die Gerüchte, daß russische Truppen Herat besetzt haben, werden als erfunden bezeichnet. In Regierungskreisen wird erklärt, daß eine derartige Absicht auch nicht bestehe.

Washington, 14. November. (W. T. B.) Ein Kabeltelegramm des Generals Otis übermittelt den **Bericht des Generals Wheaton über ein Gefecht,** das am 12. d. M. bei San Juacinto zwischen dem 33. Freiwilligen-Regiment und 1200 Filipinos stattfand. Die letzteren hatten eine verschanzte Stellung inne und wurden in die Flucht geschlagen. Auf seiten der Amerikaner fielen ein Offizier und sechs Mann; ein Offizier und elf Mann wurden verwundet. Der Feind ließ einundachtzig Tote in den Verschanzungen zurück; man glaubt, daß sein Gesamtverlust 300 Mann betrug.

Washington, 14. November. (W. T. B.) Admiral Watson telegraphiert, der amerikanische **Kreuzer „Charleston"** sei am 2. November früh auf einem nicht auf den Schiffskarten verzeichneten Korallen-Riff drei Meilen nordwestlich von den Guinapak-Felsen **im Nordosten von Luzon aufgelaufen.** Die an Bord befindlichen Mannschaften seien, mit Gewehren bewaffnet, wohlbehalten auf der Camiguin-Insel gelandet. Die Eingeborenen seien ihnen freundlich entgegen gekommen. Infolge des zur Zeit wehenden Nordost-Monsuns und der infolge dessen hochgehenden See sei der Heizraum des „Charleston" völlig unter Wasser gesetzt. Das Schiff liege hinten fest, sei aber vorn aus dem Bereich des Wassers. Vorräte seien für zehn Tage ans Land geschafft worden. Das Kanonenboot „Helena" sei nach der Camiguin-Insel abgegangen. Erl (Watson) habe in Hongkong auf telegraphischem Wege Hilfe bestellt.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen und Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

100. Sitzung vom 14. November 1899, 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Der Sitz des Präsidiums ist mit Blumen geschmückt.

Präsident Graf **Ballestrem**: Nach der längeren Unterbrechung der Sitzungen erlaube ich mir, die Herren Kollegen hier wieder aufs herzlichste zu begrüßen. (Beifall.) Der schöne Blumenschmuck auf diesem Platz zeigt uns an, daß heute eine bedeutungsvolle Sitzung ist; vielleicht nicht so bedeutungsvoll nach der Tagesordnung, als nach der Zahl der Sitzungen. Wir halten heute die 100. Sitzung in dieser Session ab, und die Herren Schriftführer haben daraus Anlaß genommen, das Bureau so schön zu schmücken. (Bravo!)

Der Abg. **Gander** (natl.) ist gestorben. Sein Andenken wird in der üblichen Weise geehrt.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Zunächst stehen **Berichte der Petitionskommission** zur Beratung.

Eine Petition betreffend Abänderung der **Gewerbe-Ordnung** und eine weitere betreffend Abänderung des **Krankenversicherungs-Gesetzes** wird dem Reichskanzler als Material überwiesen.

Durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt wird eine Petition, betreffend die **Reform des Irrenwesens** und des Entmündigungsverfahrens.

Eine weitere Petition geht aus von dem Pfarrer v. Bodelschwingh-Bielefeld für den deutschen Verein „Arbeiterheim" und Pfarrer Lic. Weber-München-Gladbach als Vorsitzenden des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands und verlangt Erlaß eines **Reichs-Wohnungs-Gesetzes**.

Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung, weil die Regelung dieser Angelegenheit Sache der einzelnen Bundesstaaten sei. Daß Reformen auf diesem Gebiete durchaus notwendig seien, hat die Kommission anerkannt.

Abg. Dr. **Hasse** (natl.):

Meine politischen Freunde haben den lebhaften Wunsch, auf diesem Gebiete baldigst zu Reformen zu gelangen, und bedauern daher den Beschluß der Kommission. Wir beantragen heute in dieser Sache keinen Beschluß zu fassen, um so Zeit zu gewinnen, der Regierung besser vorbereitetes Material vorzulegen. Ein Reichsgesetz ist hier jedenfalls notwendig, da die landesgesetzliche Regelung zu lange auf sich warten lassen würde.

Abg. **Schrader** (fr. Vg.):

Die Regelung der Wohnungsfrage muß Sache der Einzelstaaten bleiben; das Reich kann höchstens gewisse allgemeine Grundsätze festlegen. Vor allem fehlt es an dem nötigen Interesse der Arbeitgeber selbst. Nur einige große Unternehmer sorgen für Arbeiterwohnungen, weil sie sich nur so einen Stamm von Arbeitern erhalten können. Um zuverlässiges Material zu erhalten, dürfen wir nicht auf weitere Petitionen warten, sondern müssen die Sache selbst in die Hand nehmen. Ich beantrage daher in einer Resolution an den Reichskanzler das Ersuchen zu richten, eine Kommission zum Zwecke von Erhebungen in dieser Sache einzusetzen, an der auch Mitglieder des Reichstags beteiligt sind.

Abg. Dr. **Hitze** (C.)

schließt sich dem Antrage der Kommission an. Daß von Reichswegen große Kapitalien zur Beseitigung der Wohnungsnot flüssig gemacht werden, halte ich für unpraktisch und unmöglich. Das ist Sache der Einzelstaaten. Im preußischen Abgeordnetenhause hat man sich auch schon eingehend mit dieser Frage beschäftigt. Dem Herrn Abgeordneten Hasse gebe ich darin recht, daß es nicht den Anschein haben darf, als ob der Reichstag eine so wichtige Frage obenhin behandelt.

Abg. **Schmidt**-Frankfurt (Soc.):

So gut wie wir ein Reichs-Seuchengesetz haben, so gut können wir auch ein Reichs-Wohnungsgesetz machen. Wie arg es überall mit den Wohnungsverhältnissen und nicht nur in den großen Städten bestellt ist, beweist das Material, das speciell von Arbeitervereinen gesammelt ist. Namentlich in den Industriedörfern findet sich oft derselbe Wohnungsmangel wie in den großen Städten. Vor allem läßt auch die Beschaffenheit der Wohnungen sehr viel zu wünschen übrig. Vielfach sind die Leute zusammengepfercht mit nicht zur Familie gehörigen Abmietern. Auch in Bezug auf die Sittlichkeit ergeben sich hieraus die größten Nachteile für die Bevölkerung. Sogar Herr Dr. Miquel hat im Jahre 1888 darauf hingewiesen, daß für das Bauwesen Normativbestimmungen seitens des Reichs geschaffen werden müßten, denn, sagte er, in den Kommunen, von denen die Bauordnungen erlassen werden, sind nicht alle Klassen der Bevölkerung vertreten. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Vertretung der Bevölkerungsklassen in den Einzellandtagen. Vor allem in Preußen ist es **bei dem herrschenden Dreiklassen-Wahlsystem** unmöglich, alle Klassen im Landtag zur Vertretung zu bringen. Weiter hat Herr v. Miquel darauf hingewiesen, daß auch in Bezug auf das Mietsrecht die Reichsgesetzgebung zuständig sei. Inzwischen ist ja durch die Schaffung des Bürgerlichen Gesetzbuchs hier teilweise Wandel geschaffen worden. Auf einen Punkt muß ich noch besonders hinweisen, eines der größten Krebsschäden, der bei diesen Reformbestrebungen zu Tage getreten ist. Herr Schrader befürwortete das Bauen von Arbeiterwohnungen durch die Unternehmer. Hier besteht nun der Mißstand, daß die **Arbeiter** durch diese Wohnungen **direkt zu Sklaven der Unternehmer** werden. Sie müssen die Wohnungen verlassen, sobald sie aus der Arbeit entlassen werden, meist innerhalb 14 Tagen, manchmal sogar sofort. Der Arbeiter ist **vollkommen an die Scholle gebunden** und muß alles thun, was ihm der Unternehmer vorschreibt, um nach Jahren in den Besitz eines Häuschens zu gelangen.

Jedenfalls werden wir bald ein reiches Material zur Wohnungsfrage zusammen haben, auch der Verein für Reichs-Wohnungsreform in Frankfurt wird in kurzem solches Material einsenden. Doch alle diese Untersuchungen von Privaten und Vereinen können nur Stückwerk bleiben; eine umfassende Untersuchung, wie sie Herr Schrader empfahl, ist durchaus notwendig.

Wie gesagt, Herr Miquel ist gewissermaßen Bahnbrecher auf diesem Gebiete. Heute wird er ja wohl als Freund der Agrarier — auch der Hansagrarier — anderer Meinung sein. Früher war er ganz radikal, er wollte das thun, was aller Wohnungsnot ein Ende macht, er wollte die Bauern organisieren, damit sie sich bessere Existenzbedingungen verschafften. Das ist in der That das einzige Mittel zur Beseitigung der Wohnungsnot, **die Hebung der untersten Klassen.** (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Franken** (natl.)

hält auch eine reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage für dringend notwendig. Er ist mit dem Abg. Schrader einverstanden, fürchtet aber die Ablehnung seines Antrages und wird deshalb für den Antrag Hasse stimmen.

Abg. **Stöcker** (wildk.):

Es geschieht gegenüber dem Wohnungsnotstand nicht genug, weder von den Einzelregierungen noch von Privaten. Deshalb ist die Errichtung eines Reichs-Wohnungsamts und reichsgesetzliche Regelung der Materie notwendig. Der Notstand besteht darin, daß der Arbeiter den vierten, ja oft den dritten Teil seines Lohnes für die Wohnung zahlen muß. Dabei sind die Wohnungen noch nicht einmal reichlich. Der Arbeiter muß Aftermieter aufnehmen und damit wird die Wohnung moralisch verseucht, oft auch hygienisch. In den Arbeiterwohnungen entstehen die verheerenden Seuchen. Die Privatwohlthätigkeit kann nicht helfen, die Erfahrung haben wir bei der Stadtmission gemacht. Das Reich muß helfen, wir dürfen die Sache nicht auf die lange Bank schieben. Der Nationalökonom Schäffle, der doch auch eine Zeitlang Minister war, und auch Herr v. Miquel haben das erkannt. Uebergang zur Tagesordnung darf hier nicht beschlossen werden. Ich bin bereit, für den Antrag Hasse oder den Antrag Schrader zu stimmen. Die Arbeiter verlangen vom Reich sociale Hilfe. Wenn wir ihnen diese Hilfe gewähren, tragen wir zur Erhaltung des vielbesungenen deutschen Hauses, des deutschen Familienlebens, wesentlich bei.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Ich möchte nochmals darum bitten, dem Antrag Schrader auf Einsetzung einer Kommission zustimmen zu wollen. Es sind nicht sanitäre Rücksichten allein, welche für eine baldige reichsgesetzliche Regelung der Wohnungsfrage sprechen. Es kommen auch nicht allein die Bestrebungen in Betracht, welche, wie es beim Invalidengesetz geschehen, darin gipfeln, den Arbeitern ein eigenes Heim zu schaffen. Es ist noch ein anderer Grund vorhanden. Wir beschäftigen uns in dieser Session mit gesetzgeberischen Vorschlägen auf Einschränkung bezw. Beseitigung der Hausindustrie. **Wie will man die Hausindustrie beseitigen ohne gleichzeitige Regelung der Wohnungsfrage.** Ich halte deshalb die Einsetzung einer Kommission für dringend notwendig.

Daß Mißstände vorhanden sind, ist überall anerkannt worden. Die Herren rechts haben geschwiegen, wohl weil ihnen die industriellen Verhältnisse nicht so genau bekannt sind, aber auch für sie giebt es in dieser Frage ein weites Bethätigungsfeld. Ich meine die Arbeiterwohnungen auf dem Lande. Es wird ferner in der Kommission die Frage zu erörtern sein, wie der Verteuerung vom Grund und Boden entgegengewirkt werden kann, wenn die Kommunen sich daran machen, neue Straßen anzulegen. Es wird sich fragen, ob die **Kommunen** nicht selbst vorgehen müssen, um sich **größere Bodenstrecken rechtzeitig zu sichern.**

Ad 2 ist zu beachten, daß die Wohnungen den Arbeiter nicht fesseln. Mein Kollege Schmidt hat bereits darauf hingewiesen. Es war wirklich keine willkürliche Annahme von ihm, daß die Arbeiter durch die Wohnungen oft an Händen und Füßen gefesselt sind. Selbst wenn sie die Wohnungen nicht sofort räumen müssen, so macht sie doch der Hang am Heim, das sie doch früher oder später verlassen müssen, den Wünschen des Unternehmers gefügiger. Aber es giebt Kontrakte, die eine sofortige Räumung der Wohnung vorsehen. Und ein Unternehmer, von dem man es eigentlich nicht erwarten sollte, hat solche Kontrakte gehabt: der **preußische Staat**; die Bergwerksverwaltung des preußischen Staates hat bei dem letzten großen Streik im Saarrevier die Arbeiter — ich glaube noch dazu mitten im Winter — **glatt auf die Straße gesetzt.** Das ist **inhuman**, das ist **grausam.** (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie sehen, welche Gefahren für den Arbeiter darin liegen, wenn der Arbeitgeber in irgend welchen Beziehungen zur Arbeiterwohnung steht.

Drittens muß darauf Bedacht genommen werden, daß der Arbeiter nicht ausschließlicher Besitzer eines eigenen Hauses wird. Der Arbeiter muß frei sein, darf nicht an die Scholle gefesselt sein, wenn er seine Ware Arbeitskraft so gut wie möglich verkaufen soll. Wir haben das größte Interesse an gesunden Wohnungen, da wir sowohl geistig wie körperlich den Arbeiterstand heben wollen. Nur ein körperlich und geistig gesunder Arbeiter kann sich bessere Lebensbedingungen erringen. Wir unterstützen deshalb den Antrag Schrader und hoffen, daß er angenommen wird. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Geh. Oberregierungsrat **Gruner**

(auf der Tribüne sehr schwer verständlich) wiederholt die schon in der Kommission vorgebrachten Bedenken gegen eine Regelung der Materie von Reichswegen. Es herrsche wohl auf allen Seiten Sympathie für Abhilfe bei den Wohnungsmißständen, aber konkret sei man sich noch nicht über die Wege der Abhilfe im klaren. Je mehr man dieser wichtigen Frage auf den Leib rücke, desto größere Schwierigkeiten stellten sich für eine reichsgesetzliche Regelung heraus. Hand in Hand mit einer Wohnungsreform müsse eine Regelung der Wohnungspolizei und der Baupolizei gehen. Beide aber unterlägen der gesetzlichen Regelung durch die Einzelstaaten. Ohne Aufwendung vieler Millionen sei eine Lösung der Wohnungsfrage überhaupt nicht möglich und es müsse schon deshalb genau geprüft werden, ob es sich nicht empfehle, die Regelung anderen Faktoren als dem Reiche zu überlassen. Der Antrag Schrader sei wohl verfrüht, denn ehe man eine Kommission einsetze, müsse man sich doch über Wege und Mittel zur Reform einigermaßen klar sein.

Abg. **Fischbeck** (frs. Vp.):

Wir stehen auf dem Standpunkt des Professors v. Liszt, der in seiner Antrittsvorlesung neulich gesagt hat, **eine verständige Wohnungsreform ist besser,** als ein **Dutzend neuer Strafparagraphen.** Wir treten deshalb gern auf den Boden der Anträge Schrader oder Hasse. Der Regierungskommissar bezweifelte heute die Möglichkeit der Regelung von Reichswegen. Bei Beratung der Gewerbe-Novelle kam die Reichsregierung mit dem Vorschlage, das Vermieten von möblierten Zimmern ꝛc. unter Polizei-Aufsicht zu stellen. Ich meine, wenn die Reichsregierung ganz abrupt zu einem solchen Vorschlag kommt, könnte sie auch die Regelung der ganzen Wohnungsmaterie in Angriff nehmen. Der Regierungskommissar meinte, ehe man die Kommission einsetzt, müßte man sich über die Wege klar sein, die man einschlagen will. Gerade umgekehrt meine ich, es wird Sache einer solchen Kommission sein, solche Wege zu finden. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen.

Unter Ablehnung des Antrages Hasse wird der Antrag Schrader auf Einsetzung einer besonderen Enquetekommission mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der Kommissionsantrag gefallen.

Eine Anzahl Petitionen, die ein Gesetz zur

Bekämpfung der Trunksucht

fordern, beantragt die Kommission als Material oder zur Berücksichtigung dem Reichskanzler zu überweisen.

Abg. **Beckh**-Koburg (frs. Vp.):

Ich leugne nicht die Notwendigkeit einer Bekämpfung des Alkoholismus, aber die Strafgesetzgebung kann gegen die Trunksucht nichts ausrichten. Es wäre ein Unglück, wenn Strafrichter und Polizei gegen die Trunksucht mobil gemacht würden. Wie milde die Trunksucht in höheren Kreisen beurteilt würde, dafür ein Beispiel: Im Herrenhause hat Herr v. Beelow-Saleske gesagt: Ein kräftiger Trunk gilt auf beiden Seiten des Rheins als männliche That. Ein Gesetz gegen die Trunksucht würde ein Klassengesetz der schlimmsten Art werden. Schwankende hohe Herren würden von den Schutzleuten sorgsam zum Wagen geleitet. (Heiterkeit.) Ein derartiges Gesetz würde auf das schlimmste nach unten und gar nicht nach oben angewendet werden. Die Annahme des Kommissionsantrages würde großen Mißmut im Volke erregen, weil er einem solchen Klassengesetz die Wege zu ebnen geeignet ist. Deshalb schlage ich vor, den Kommissionsantrag abzulehnen und über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. **Stephan**-Beuthen (C.):

Ich stehe auf einem ganz anderen Standpunkt als der Vorredner. Die Petitionskommission wollte durch ihren Antrag der Regierung begreiflich machen, daß endlich zu gesetzgeberischen Maßnahmen gegriffen werden muß. In der Petition wird verlangt, daß die Trunksucht bestraft wird, wenn sie an öffentlichen Orten Aergernis erregt. Ich gebe zu, daß man über eine solche Bestimmung geteilter Meinung sein kann. Der Regierungsentwurf eines Gesetzes gegen die Trunksucht im Jahre 1891 enthielt aber noch eine ganze Reihe weiterer Bestimmungen, z. B. gegen Gastwirte, die die Völlerei fördern, an Minderjährige berauschende Getränke verkaufen usw. Der Kampf gegen den Alkohol ist dringender meiner Ansicht nach, als eine neue Flotten- oder Militärvorlage. Auch andere Länder haben den Kampf gegen den Volksverderber Alkohol aufgenommen. Folgen wir ihrem Beispiel! Der Beschluß der Petitions-Kommission drückt die Mißstimmung darüber aus, daß die Regierung noch immer nichts zur Bekämpfung der Trunksucht unternimmt, wie es im Interesse unserer Arbeiterbevölkerung geboten wäre. Ich bitte Sie, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Abg. **Wurm** (Soc.):

Ein Gesetz gegen die Trunksucht, wie es in den Petitionen verlangt wird, würde nicht den geringsten socialen Nutzen stiften, sondern nur dazu dienen, **einzelne Personen zu chikanieren** oder zu bestrafen, ohne daß das furchtbare Uebel der Trunksucht, das auch wir als solches anerkennen, dadurch eingedämmt oder gar beseitigt würde. Die Trunksucht tritt überall da am stärksten auf, wo die **socialen Verhältnisse** die Bevölkerung veranlassen, sich durch betäubende Mittel über ihr Elend hinwegzuhelfen. (Widerspruch im Centrum.) Nehmen Sie eine Landkarte von Europa zur Hand, dann werden Sie finden, daß die Gegenden, wo am meisten getrunken wird, gerade die Gegenden sind, wo die Arbeiter auf der tiefsten socialen Stufe stehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich erinnere gerade an Oberschlesien, das meinem Herrn Vorredner ja besonders gut bekannt ist. Denken Sie an die Lage der Arbeiter, der armen Bergarbeiter dort, an die kärglichen Löhne, die sie beziehen und an ihre traurigen Werkstätten, wenn Sie wissen wollen, was die Leute dazu treibt, zum Schnaps zu greifen. (Sehr richtig! links.) **Bessern Sie die sociale Lage der Arbeiter, dann schwindet die Trunksucht von selbst.**

Wenn der Arbeiter auskömmlichen Verdienst hat, dann ist er kein Trinker mehr. Vor 30—40 Jahren war die Zahl der Schnapsdestillen in Berlin weit größer als heute im Verhältnis zur Bevölkerung. Ihre Verminderung ist nur dadurch zu erklären, daß die sociale Lage der Arbeiter dank ihrem Kampf um bessere Lebenshaltung sich gehoben hat. Auch die Wohnungsfrage spielt bei der Bekämpfung der Trunksucht eine große Rolle.

Wenn der industrielle Arbeiter gegen Ausbeutung geschützt wird, so hilft das mehr als alle Strafgesetze gegen die Trunksucht. Gewiß wird die Trunksucht auch durch den Mangel an Selbsterziehung mitverschuldet; wer aber ist schuld daran, wenn der jugendliche Arbeiter vorzeitig industriell thätig sein muß und sich geistig nicht ausbilden kann? Wer ist schuld daran, wenn ihm die Hilfsmittel zur Weiterbildung nicht leicht zugänglich gemacht werden? Wer schafft denn die schlechten Schulen und wer läßt die Schüler Formelkram sinnlos auswendig lernen? Die Verbesserung der Volksbildung, die weitere Ausbildung der Volksschule sind notwendig, um diesen Mangel an Selbsterziehung zu beseitigen, nicht aber ein neues Polizeigesetz.

Merkwürdig, daß die Herren **Agrarier** sich als solche Gegner des Alkohols aufspielen. Schnapstrinken ist ein Verbrechen, wer aber **Schnaps brennt,** bekommt **Staatsprämien.** (Große Heiterkeit.) Viel wäre schon gewonnen, wenn an Stelle des Schnapses ein anderes anregendes Getränk treten würde, das zum Ausgleich der übernervösen Anspannung, die die moderne Industrie hervorruft, benutzt werden könnte: das **Bier.**

Im Princip hält jeder vernünftige Mensch den Alkohol in jeder Gestalt für einen überflüssigen Luxus: die notwendige Anregung kann in idealerer Form gewonnen werden. In der Praxis aber sollten wir darauf achten, daß an Stelle des absolut verderblichen Schnapses das harmlosere Bier tritt. Das ist aber nur bei socialer Besserstellung des arbeitenden Volkes möglich. Andrerseits sollten Sie mit uns dafür sorgen, daß die **Biersteuer** abgeschafft wird. (Sehr richtig! links.) Bier-Trunksucht ist in Arbeiterkreisen nicht vorhanden, dazu ist das Bier viel zu teuer.

Ein Polizeigesetz gegen die Trunksucht würde der Polizeibehörde nur noch größere Möglichkeit geben, einzelne Gastwirte zu chikanieren und die **Arbeiterlokale** noch ungünstiger als bisher zu behandeln.

Schon jetzt sind die Arbeitslokale auf Polizeistunde gesetzt, obwohl keine Exzesse dort passieren, während solche Beschränkungen für die Lokale, in denen andere Bevölkerungkreise verkehren, nicht vorhanden sind, obwohl in manchen dieser bürgerlichen Lokale neben dem Bacchus und Gambrinus noch anderen Gottheiten gehuldigt wird. (Heiterkeit.) Der Gastwirt aber, bei dem Arbeiter verkehren, hat den Spitzel vor der Thür, der aufpaßt, ob das Lokal nicht etwa noch eine Minute nach 11 Uhr offen ist. Die Polizeistunde existiert z. B. nicht für die **Cylinderdestillen** (Heiterkeit), die doch auch nichts besseres als Branntweinschänken sind, wenn der Schnaps dort auch 50 Pf. oder 1 M. pro Glas kostet. Nur das Publikum, das dort verkehrt, ist ein anderes.

Das Uebel der Trunksucht kann mit solchen scheinbaren socialen Gesetzen nicht erfolgreich bekämpft werden. Das vermag allein die sociale Besserstellung der Arbeiterklasse. Ein Polizeigesetz muß versagen einem Mißstand gegenüber, der in der socialen Konstruktion der Gesellschaft begründet ist.

(Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. **Quentin** (natl.):

Ich bin vollkommen der Ansicht meines Herrn Vorredners, daß die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Arbeiter wesentlich geeignet ist, die Trunksucht zu beseitigen. Wenn die Lebensverhältnisse schlecht sind, steigert sich der Verbrauch an Alkohol. Ich habe aber die Beobachtung gemacht, daß wenn die Löhne plötzlich besser wurden, die Leute trotzdem einen großen Teil ihres Arbeitsverdienstes in Alkohol anlegten. Wir müssen also auch auf anderen Wegen dem Ziele der Bekämpfung der Trunksucht zustreben. Vor allem ist ein einheitlicher Ausbau der Schankgesetze notwendig.

Abg. Dr. **Stephan** (C.):

Meine Partei ist durchaus nicht der Ansicht, daß lediglich mit Polizeigesetzen die Trunksucht bekämpft werden könne. — Ich gebe dem Herrn Kollegen Wurm zu, daß auf dem Gebiet der Wohnungsfrage noch viel zu thun ist. Er exemplificierte aber namentlich auf **Oberschlesien** und erweckte gewissermaßen den Anschein, als ob dort besondere Mißstände im Wohnungswesen beständen. **Viele Millionen** sind ausgegeben worden, um die **Arbeiter durch gute Wohnungen den Unternehmern zu erhalten.** — Ich mache Herrn Wurm darauf aufmerksam, daß auch z. B. in den Bestimmungen über die Sonntagsruhe der Polizei große Befugnisse eingeräumt werden, für die jedenfalls auch Herr Wurm eintreten wird. Es ist aber falsch, von vornherein jedes Gesetz abzulehnen, das den Polizeibehörden die Entscheidung in die Hand giebt. — Die große Gefahr, welche in dem Ueberhandnehmen der Trunksucht liegt, kann doch nicht geleugnet werden. Nach einer Enquete vom Jahre 1876 waren von 348 wegen Totschlags Verurteilten 63,2 Proz. Trinker, von 773 wegen Körperverletzung Verurteilten 74 Proz. Trinker, von 954 wegen Not- und Unzucht Verurteilten 60,2 Proz. Trinker. Da sehe ich wirklich nicht ein, weshalb wir nicht dem Beispiel so vieler Völker folgen und ein energisches Gesetz gegen die Trunksucht erlassen sollen.

Abg. **Beckh**-Coburg (frs. Vp.):

Maßnahmen gegen die Trunksucht sind natürlich nötig, aber nicht in dem Sinne der Petition. Lesehallen, Wärmestuben, das sind die geeigneten Mittel, um die Trunksucht zu beseitigen. Gegen die Trunksucht können Sie auch gar nichts mit Strafen machen. Die Trunksucht ist eine Eigenschaft, die der Mensch an sich hat. (Große Heiterkeit.) Strafen können Sie nur wegen der Trunkenheit, und auch nur, wenn sie sich öffentlich zeigt. Aber es giebt auch Leute, die sich zu Hause bezechen und darunter leidet die Familie oft weit mehr. Denken Sie doch auch daran, wie verschieden die trunkenen Leute behandelt werden je nachdem es Arbeiter oder Leute aus den

besseren Ständen sind. Je nach der Klassenangehörigkeit des Trunkenen wird das Gesetz zur Anwendung kommen und gegen eine solche Klassengesetzgebung verwahre ich mich auf das entschiedenste. Außerdem verwahre ich mich auch dagegen, daß wir etwa überhaupt keine Maßregeln zur Bekämpfung der Trunksucht wollen; nur auf diesem Wege kann nichts erreicht werden.

Der Antrag **Beckh** wird hierauf gegen die Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen **abgelehnt** und der Kommissionsantrag angenommen.

Es folgt eine Petition betreffend **Einführung eines Zolles auf Feld- und Gartenfrüchte, Heu usw.**

Der Berichterstatter Abg. **v. Oneis** beantragt Ueberweisung als Material.

Abg. **Brömel** (frs. Vg.)

giebt namens seiner politischen Freunde die Erklärung ab, daß sie mit der Zustimmung zu dem Antrag der Kommission keineswegs die Frage, ob die Einführung eines Zolles auf Feld- und Gartenfrüchte zu empfehlen sei oder nicht, sachlich entschieden wissen wollten.

Die Ueberweisung als Material wird beschlossen.

Eine Petition betreffend die Abänderung eines Antrages über die **Ausführung eines militärfiskalischen Gebäudes** beantragt die Petitionskommission der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Berichterstatter Abg. **Jacobskötter** (f.) verzichtet aufs Wort.

Abg. **Bebel** (Soc.):

Es ist sehr bedauerlich, daß der Herr Berichterstatter auf das Wort verzichtet hat, denn die Angelegenheit, um die es sich hier handelt, ist immerhin wichtig genug, um ihr einige Worte zu widmen. Es handelt sich um eine Summe von 99 900 M., die der Petent von der Intendantur des 15. Armeecorps in Straßburg nicht erhalten kann. Diese Intendantur hat nämlich mit dem Petenten einen Vertrag geschlossen, wonach er auf einem dem Militärfiskus gehörigen Grundstück ein Gebäude für ein Offizierskasino gegen Mietsentschädigung und Ueberlassung des Bauplatzes nach 30jähriger Miete entrichten sollte. Der Petent ist bei dem Bau in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da er für sein Gebäude, das auf einem ihm nicht gehörigen Grund und Boden errichtet war, keine Hypotheken bekam. Vom Kriegsministerium ist sein Gesuch, ihm den Bauplatz zu verkaufen oder das Gebäude abzukaufen, abgelehnt worden. Ich meine, es liegen hier sehr starke etatsrechtliche Bedenken vor. Es fragt sich, ob die Intendantur überhaupt berechtigt war, einen derartigen Vertrag zu schließen, und ich beantrage, die Petition zur weiteren Aufklärung noch einmal an die Kommission zurück zu verweisen.

Abg. **Jacobskötter** (f.):

Ich habe einen schriftlichen Bericht erstattet und deshalb auf mündlichen Bericht verzichtet. In der Kommission ist von etatsrechtlichen Bedenken keine Rede gewesen, dort ist nur die Notlage des Petenten erörtert worden und die Kommission war einstimmig der Ansicht, daß hier irgendwo ein Fehler begangen worden ist, der in irgend einer Weise wieder gut zu machen ist. Deshalb hat die Kommission die Ueberweisung der Petition der Regierung zur Berücksichtigung empfohlen.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.):

Mir ist immer noch nicht klar, was die Kommission mit ihrem Antrag will; sollen wir bezahlen oder nicht? Ich meine, der Herr Abg. Bebel hat mit seinen Bedenken vollkommen recht. Schon der Umstand, daß in dem Vertrage die Bedingung enthalten ist, daß die Summe von 99 900 nicht überschritten werden darf, legt den Verdacht nahe, daß man die Angelegenheit der Beschlußfassung des Reichstags entziehen wollte, denn bekanntlich müssen Ausgaben in Höhe von 100 000 Mark dem Reichstag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Am besten wäre es gewesen, wenn sich die Petitionskommission Rat bei der Budgetkommission geholt hätte. Ich schließe mich dem Antrag Bebel auf Zurückweisung an die Petitionskommission an.

Geheimer Kriegsrat **Rasch**

hat gegen den Antrag auf Rückverweisung an die Kommission nichts einzuwenden.

Abg. **Bebel** (Soc.):

Herr Kollege Dr. Sattler hat recht, die Sache kann gründlich nur in der Budgetkommission erörtert werden. Der hier in Rede stehende Fall legt die Vermutung nahe, daß noch mehr solcher Verträge geschlossen worden sind, ohne daß wir gefragt worden sind. Darüber soll die Militärverwaltung Aufklärung geben. Ich will dem Kriegsministerium vorläufig keine Vorwürfe machen. Ich möchte aber heute schon der Intendantur eines Armeecorps das Recht bestreiten, solche Verträge ohne Einwilligung des Kriegsministeriums einzugehen. Dies scheint mir aber nach der ganzen Sachlage hier der Fall gewesen zu sein. Ich beantrage jetzt ausdrücklich, die Sache der Budgetkommission zu überweisen.

Abg. Dr. **Sattler** (natl.) erklärt sich mit dem Antrage Bebel einverstanden.

Der Antrag Bebel-Sattler wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Es folgen **Wahlprüfungen.**

Die Wahl des Abg. v. Kardorff (Rp.) wird nach dem Antrage der Kommission beanstandet und Beweiserhebung über einige Protestpunkte beschlossen.

Die Wahl des Abg. Smalakys (1. Königsberg, Littauer) wird für gültig erklärt.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Postgesetz-Novelle, Fernsprech-Gebührenordnung, beides in zweiter Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

Ministerial-Socialismus.

Von dem unterzeichneten französischen Genossen wird uns geschrieben:

Die Umfrage, welche die „Petite République" soeben beendet hat, hat drei verschiedene Resultate gehabt, und unter den Antworten, die einliefen, findet wie in einem russischen Salat jeder Geschmack seine Rechnung. Zwei Fragen waren gestellt; die Mehrheit der Socialisten hat auf die erste mit ja geantwortet, auf die zweite mit nein, aber unter Zubilligung mildernder Umstände, wie in Rennes — ein Urteil, welches so wenig befriedigend wie nur möglich für diejenigen ist, welche eine Streitfrage endgültig entschieden sehen wollten: nämlich die, ob in der kapitalistischen Periode ein Socialist in ein Bourgeois-Ministerium eintreten darf, oder mit anderen Worten, ob Millerand eine Regierungs-Kooperativgenossenschaft mit Waldeck-Rousseau und dem General Marquis de Galliffet gründen durfte.

Es ist zwecklos, auf die Erörterung zurückzukommen, mit Ausnahme dieses einen Punktes. Mir scheint es nicht möglich, der ersten Frage zuzustimmen, wenn man die zweite verwirft; denn sie hängen im Geiste derer, die sie stellten, eng zusammen. Hat doch Genosse Jaurès offen erklärt, er billige den Eintritt Millerands ins Ministerium. Für ihn war das die unumgängliche, unabweisbare Folge der Intervention eines Teils der Socialisten zu Gunsten von Dreyfus. Man hätte also entweder alles annehmen oder alles ablehnen müssen, und deshalb haben nur die, welche das eine oder das andere gethan haben, in klarer Weise auf die Umfrage geantwortet. Die übrigen haben mehr oder minder geschickt versucht, den Verantwortungen auszuweichen und sich um die Schwierigkeit herum zu drücken.

Es giebt einen ministeriellen Socialismus; und die Verbindung dieser Worte ist nicht ungeheuerlicher, als der „imperialistische Socialismus", der in England vom Redacteur des „Clarion", Genossen Blatchford, erfunden wurde. In der That, wenn man den einen zuläßt, so ist es sinnlos, den anderen nicht anzunehmen; wer eine Einrichtung der Bourgeoisie, wie das parlamentarische Ministerium, annimmt, warum soll der sich weigern, im Schlepptau des Militarismus zu fahren, der eine andere solche Einrichtung ist? Mit anderen Worten, wenn einer das Verhalten Millerands lobt, hat er keinen Grund, Galliffet nicht „Kanonen zu bewilligen". Die Minister haben sich eben solidarisch erklärt, und man kann nicht einen unterstützen ohne die andern.

Das gerade vergessen diejenigen, welche die Anwesenheit und die Thätigkeit Millerands im Ministerium begrüßen und seine Reformen aufzählen, auf die ich gleich zu sprechen komme. Sie vergessen, daß alle Vorwürfe, die man Galliffet macht, sei es wegen des Prozesses in Rennes, sei es wegen Erhebung der Anklage gegen Urbain Gohier auf Beschimpfung der Armee, in voller Schwere auch seinen Kollegen treffen, der gegen diese Maßregeln protestieren könnte, indem er seine Entlassung gäbe, was er aber bis jetzt noch nicht gethan hat.

Alle von den Bewunderern Millerands aufgezählten Reformen sind unbestreitbar; indessen würde, wenn es ihrer auch zweimal so viele wären, ihre Summe noch nicht die der Reformen des letzten liberalen Ministeriums in England erreichen. Ich erinnere an den Achtstundentag für die Arbeiter von Woolwich; und, um ganz von Lord Rosebery zu schweigen, haben wir es nicht erlebt, daß selbst Chamberlain, ein konservativ gewordener Liberaler, im Parlament das Unfallgesetz mit all seinen weitgehenden Schutzbestimmungen durchsetzte und dabei erklärte, daß der Unternehmer immer verantwortlich und haftbar sei. — Aber weder Lord Rosebery noch Mr. Chamberlain haben sich auf das Programm von Saint-Mandé berufen und es bescheiden abgelehnt, Socialisten genannt zu werden.

Untersuchen wir nun einmal die Streiks. Der von Creuzot wurde als ein Triumph des socialistischen Ministeriums gefeiert. Herr Waldeck-Rousseau, der Gründer des Unternehmer-Verbandes unter dem letzten Ministerium Meline, war Schiedsrichter, aber es scheint sehr, als ob der Spruch für den Herrn Schneider nicht gerade hart und bindend war, da dieser seine Arbeiter aufs Pflaster warf, nicht als Mitglieder des Gewerkvereins, sondern als „Lästige" (génants). Es handelte sich darum, den geplanten Marsch der Streikenden nach Paris, der für das Ministerium höchst unbequem werden mußte, zu verhindern, und man muß anerkennen, die ministeriellen Socialisten haben diese Aufgabe mit Erfolg gelöst. Uebrigens lehnt es Waldeck-Rousseau ab, dauernder Schiedsrichter zu sein; die Streikenden in Carmaux und Avignon können also nicht mehr auf ihn rechnen.

Zweifellos hat die Arbeiterpartei von Lille Millerand freundlich bei sich empfangen, weil niemand in der socialistischen Partei auf Millerand persönlich erzürnt ist, der, wie Jaurès schrieb, heute noch ist, was er gestern war: recht radikal für einen Socialisten und recht socialistisch für einen Radikalen. — Devernay und Delory haben den Eintritt eines Socialisten ins Ministerium getadelt, jedoch gesagt, sie würden Reformen annehmen, aus welcher Hand sie auch kämen. Das ist alles. Aber sie wissen, wie alle zielbewußten Socialisten, daß eine Kluft ist zwischen dem Socialismus, der auf dem Boden des Klassenkampfes steht, und dem „Ministerium nach der Mode (à la Mode) von Saint-Mandé", wie Lafargue es nennt.

Sicherlich sind die Bourgeois mit einigen Konzessionen, mit einigen Reformen, die dem Ministerium durch die Gegenwart eines Socialisten entrissen wurden, nicht zufrieden, und russische Zeitungen wie die „Nowoje Wremja" verlangen, daß man sich desselben entledige. Aber, wunderbar, was ihnen als Socialismus erscheint, ist in unsern Augen nur ein „nachgemachter Artikel" — eine „contrefaçon"— das heißt, um mich des englischen Ausdrucks zu bedienen, nicht der „genuine article", nicht die echte Ware — ebenso wenig wie zur Zeit des ersten Ausstandes in Carmaux, wo wir nicht Sieg! gerufen haben, weil Loubet — heute Präsident der Republik, damals Minister — zwischen den Unternehmern und Arbeitern vermittelt hatte.

Uebrigens giebt es Leute, die niemals zufrieden sind; aber es ist charakteristisch, unter den ministeriellen Socialisten fängt man an, die Wahrheit zu erkennen, daß, wenn wir mit der Bourgeoisie einen Vertrag schließen, wir immer die Betrogenen sind. — Der Fall war schon einmal da für die Socialisten, welche vor 10 Jahren Constans gegen Boulanger unterstützt haben; er wird — ohne Zweifel — bald wieder für diejenigen Socialisten, französische und ausländische, eintreten, die den Eintritt Millerands ins Ministerium billigten und begrüßten. Selbst diejenigen, die am hartnäckigsten die Intervention zu Gunsten von Dreyfus, so wie sie geschah, gefeiert haben, können heute nicht umhin, die Frucht bitter zu finden.

Die Erfahrung ist zu teuer erkauft worden, als daß man sie so bald wiederholen sollte.

Oxford, 9. November. Charles Bonnier.

Soziales.

Zur Durchführung der Invalidenversicherung erläßt der Bundesrat neue Bestimmungen über die Einrichtung der Quittungskarten und die Entwertung und Vernichtung der Marken. Danach sind für die Selbstversicherung besondre Quittungskarten von grauer Farbe zu verwenden. Die unbefugte Verwendung andrer Karten hierfür ist strafbar. Die Karten für die Zwangsversicherung sind gelb. Alte Quittungskarten dürfen nach dem 1. Januar 1900 nicht mehr ausgegeben werden. Die in diesem Jahre noch ausgegebenen alten Quittungskarten dürfen noch zwei Jahre lang, vom Tage der Ausstellung an gerechnet, benutzt werden.

Ueber die Markenentwertung sind die folgenden Vorschriften zu nennen:

Arbeitgeber und Versicherte, welche Marken in die Quittungskarten einkleben, sind zur Entwertung dieser Marken, soweit sie nur für eine Woche gelten, befugt, soweit sie aber für mehr als eine Woche gelten, verpflichtet.

Durch die Landes-Centralbehörde kann angeordnet werden, daß bei der freiwilligen Versicherung die Versicherten auch zur Entwertung der Einwochenmarken verpflichtet sind.

Die die Beiträge einziehenden Stellen sind verpflichtet, die den eingezogenen Beiträgen entsprechenden Marken zu entwerten.

Werden Quittungskarten zur Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer vorgelegt, so ist die Verlängerungsstelle verpflichtet, alle noch nicht entwerteten Marken zu entwerten und zugleich auf der Innenseite der Karte handschriftlich oder durch Stempel die Gesamtzahl der in der Karte befindlichen Marken zu vermerken.

Diejenigen Organe der Versicherungsanstalten, Behörden oder Beamten, welche die Kontrolle der Beitragsentrichtung ausüben, sind befugt, alle noch nicht entwerteten Marken zu entwerten.

Die Entwertung darf nur in der Weise erfolgen, daß auf den einzelnen Marken handschriftlich oder durch Stempel der Entwertungstag in Ziffern, z. B. für den 15. März 1900 „15. 3. 00" oder für den 10. Februar 1901 „10. 2. 01", deutlich angegeben wird. Zur Entwertung ist Tinte oder ein ähnlicher festhaltender Farbstoff zu verwenden.

Für das Einzugsverfahren, das Berichtigungsverfahren, die Verlängerung und die Beitragskontrolle kann die Landes-Centralbehörde eine andere Art der Entwertung vorschreiben oder zulassen.

Andere Entwertungszeichen sind unzulässig.

Marken, welche nicht bereits anderweit entwertet worden sind, müssen entwertet werden, sobald die Quittungskarte zum Umtausch eingereicht ist. Diese Entwertung liegt den Vorständen der Versicherungsanstalten oder anderen von der Landes-Centralbehörde bezeichneten Stellen ob; sie ist, sofern sie etwa versäumt sein sollte, von jeder Behörde, an welche die Karte nach dem Umtausche gelangt, nachzuholen.

Bei der Entwertung dürfen die Marken nicht unkenntlich gemacht werden, insbesondere müssen der Geldwert, die Lohnklasse und der Name der Versicherungsanstalt sichtbar bleiben.

Zuwiderhandlungen sind strafbar.

Museum für Unfallverhütung. Der „Berliner Korresp." verursacht die Kritik Mißbehagen, die wir an ihre Mitteilungen über das von ihr so genannte Museum für Arbeiterwohlfahrt geknüpft haben. Sie meint, wir fielen aus der Rolle, wenn wir es bemängeln, daß die Durchführung des Planes mehr dem guten Willen oder dem Geschäftsinteresse der Unternehmer überlassen bleibe. Träten wir doch sonst immer dafür ein, daß die Unternehmer „in erster Linie zu den Wohlfahrtseinrichtungen zu Gunsten der Arbeiter heranzuziehen seien."

Erstens thun wir das gar nicht und zweitens werden im vorliegenden Falle die Unternehmer auch gar nicht herangezogen, sondern es ist ihnen nach den Mitteilungen der „B. K." überlassen, Modelle von Schutzvorrichtungen usw. einzuschicken. Wir wollen die Einrichtung eben nicht vom guten Willen der Unternehmer abhängig sein lassen, sondern verlangen die Aufwendung genügender öffentlicher Mittel, wenn auch keineswegs soviel, wie nur eines der vielen Panzer-Schlachtschiffe kostet, die man dem Reichstag demnächst wieder abfordern wird.

Die „B. K." sieht eine Herabsetzung der geplanten Einrichtung darin, daß wir sagten, es würde nur ein „kleines einfaches" Verwaltungsgebäude errichtet; sie verweist uns da auf den Etat, in dem als erste Baurate 90 000 M. gefordert würden, und meint, das gäbe doch ein genügend großes Gebäude. Die „B. K." vergißt dabei nur, daß wir uns lediglich ihrer eigenen Worte bedienten bei Kennzeichnung des Gebäudes.

Baukontrolle in Bayern. Bayrische Offiziöse melden: Nachdem bei einer unlängst im Ministerium des Innern abgehaltenen Besprechung mit den beteiligten Kreisen Einverständnis darüber erzielt worden ist, daß zur Verminderung der Unfallgefahr bei Bauten die polizeiliche Baukontrolle durch Beiziehung von befähigten Aufsichtsorganen aus dem Arbeiterstande zu verstärken sei, werden über die hiernach zu treffenden Maßnahmen im Ministerium des Innern eingehende Erwägungen gepflogen, die demnächst zum Abschlusse gelangen dürften.

Die bayrische Regierung scheint demnach ernstlich gewillt, auf diesem Gebiete einen Schritt vorwärts zu thun.

Die erste badische Volksheilstätte für Lungenkranke wurde am Sonntag in Badenweiler im südlichen Schwarzwald feierlich eröffnet. Die Anstalt ist von der badischen Invaliditätsversicherungs-Anstalt mit einer Staatshilfe errichtet worden.

Aus der Frauenbewegung.

Als Assistentin für die Fabrikinspektion soll in Württemberg, wie die „Schwäbische Tagwacht" aus zuverlässiger Quelle erfährt, die Frau eines Fabrikdirektors angestellt werden. Ob damit den Wünschen der Arbeiterinnen gedient wäre, muß billig bezweifelt werden. Eine solche Beamtin muß vor allen Dingen vom Unternehmertum unabhängig sein; daß dies die Frau eines Fabrikdirektors nicht ist, der noch dazu, wie die „Schwäb. Tagw." vermutet, bei einem Scharfmacher erster Güte in Stellung ist, liegt auf der Hand. Wenn die württembergische Regierung die neue Einrichtung von vornherein diskreditieren will, dann hat sie hierzu den besten Weg eingeschlagen.

Kommunales.

Auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 16. November, nachmittags 5 Uhr, sind unter anderem folgende Gegenstände gesetzt: Berichterstattung des Ausschusses für Rechnungssachen über 33 Rechnungen, über die Jahresabschlüsse für das Etatsjahr 1898, betreffend die Gaswerke, den Viehmarkt, den Schlachthof, die Fleischschau auf dem Schlachthofe und die Fleischschau für das von außerhalb eingeführte Fleisch, die Markthallen-Verwaltung, die Hauptkasse der städtischen Werke über die Kassenverwaltung und den Gesamtabschluß dieser Kasse, die Verwaltung der städtischen Abladeplätze und den Verwaltungsfonds 2c. der Sparkasse sowie über die Rotaten-Beantwortung zum Jahresabschluß der Stadt-Hauptkasse für das Etatsjahr 1879. — Vorlagen, betreffend die unverzinsliche Abtretung von Riefelland im Administrationsbezirke Blankenfelde für den Bau einer Nebenbahn von Reinickendorf—Rosenthal nach Groß-Schönebeck, die wegen der Beschädigung einzelner Nebenfiguren zu den Denkmälern in der Sieges-Allee erlassene Bekanntmachung sowie die ganznächtliche Beleuchtung der Denkmäler in der Sieges-Allee, den Vorentwurf zum Erweiterungsbau des Friedrich Wilhelm-Hospitals in der Pallisadenstraße 37, den Ankauf von Ländereien auf Tegeler und Dalldorfer Gebiet zum Zwecke der späteren Errichtung einer städtischen Gasanstalt, die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder, den Jahresabschluß der städtischen Wasserwerke für das Etatsjahr 1898 und die Festsetzung von neuen Baufluchtlinien vor dem Grundstück Breitestraße 20 und 20a (Köllnisches Rathaus) sowie den Verkauf der der Stadtgemeinde Berlin gehörigen, zwischen Scharrenstraße, Breitestraße, Gertraudtenstraße und Petriplatz gelegenen Grundstücke.

Lokales.

„Sparsamkeit — ein Laster".

Peter Rosegger ist ein Dichter, der uns allen, seien wir Hand- oder Kopfarbeiter, durch seine herrlichen Erzählungen manche Stunde reinen Genusses verschafft hat. Und so weit wir Socialdemokraten sind, schulden wir ihm auch Dank für den offenen Blick, mit dem er zuweilen die Tüchtigkeit unserer Partei zu würdigen gewußt hat. Vielleicht ist manchem unserer Leser noch Roseggers Brief an den „Arbeiterwillen" in Graz in Erinnerung, worin der Dichter bekennt: „Deine schneidigen Artikel, wenn sie auch manchmal über die Schnur hauen, lese ich mit Vergnügen." Bekannt ist auch ein von Rosegger im diesjährigen Märzheft der „Deutschen Revue" veröffentlichter Aufsatz, worin er die östreichische Socialdemokratie nicht bloß die zielbewußteste, sondern auch die klügste und taktvollste Partei nennt. Dies Urteil ist um so interessanter, als Rosegger, wie aus dem ganzen Inhalt des Artikels hervorgeht, ein Gegner der Socialdemokratie ist und zum mindesten kaum einen Hauch socialistischen Geistes empfangen hat.

Einem solchen Manne kann es von seiten der Arbeiter schon zu gute gehalten werden, wenn er, um uns gut deutsch auszudrücken, einmal recht dumm daherschwätzt.

Und das thut er offenbar in einem in der Monatsschrift „Der Türmer" veröffentlichten Artikel, mit dem jetzt die staatserhaltende Presse hausieren geht. Im „Türmer" schreibt Rosegger:

„Die Socialdemokraten — soweit ich sie kenne — verachten die Sparsamkeit. Ja, es sogar einer ihrer Grundsätze, nicht zu sparen, sich weder Haus noch sonstigen Besitz zu gründen, sondern alles, was der Tag einbringt, auch wieder für den Tag auszugeben. Erstens meinen die Führer, mit dieser Taktik die Arbeiterschaft zu einem vom heutigen Staate unabhängigen lenksamen Heere gegen diesen zu bilden, und zweitens ist ein allerdings nur mehr geringer Teil der Arbeiter noch immer so kindisch, zu glauben, daß ohnehin die allgemeine Gleichteilung aller Reichtümer bevorstehe, wo sie ihr gut gemessenes Stück abbekommen würden. Wozu sich also etwas versagen, wenn man's haben kann: man lebt nur einmal, man ist nur einmal jung, und bis wir alt werden, wird der große Trumpf die Gleichheit ja hergestellt haben."

In dieser Art geht der Artikel zur Freude der mit Begier über ihn hergefallenen Scharfmacherpresse noch eine gute Weile weiter.

Wir mögen einem Dichter ungern etwas zumuten, was ihn von seinem Beruf abbringen könnte. Aber wie die Sachen sich nun einmal bei Rosegger entwickelt haben, müssen wir wirklich das Verlangen an ihn stellen, sich doch die Mühe zu nehmen und einige der auch für ihn gewiß erreichbaren hauptsächlichen Schriften der socialdemokratischen Parteilitteratur zu lesen.

Dann wird er einsehen lernen, daß einerseits zwar schon vor einem guten Menschenalter von Lassalle nachgewiesen worden ist, warum der Arbeiter nicht durch Sparen zu Reichtümern gelangen kann, daß andererseits aber in der Litteratur der Partei sowohl als auch in ihrer Geschichte nichts

zu finden ist, was auf einen „Wirtshauslumpen-Standpunkt" wie der Dichter sich ausdrückt, und auf „Förderung eines Familienlebens, wie es die Wilden führen", schließen ließe — zum mindesten viel weniger, als unter den Verfechtern der alten Ordnung.

Geht Rosegger dann noch etwas weiter den Bestrebungen der socialdemokratischen Arbeiterschaft nach, so wird er sehen, daß sie neben anderm, um nur ein Beispiel zu nennen, in den Gewerkschaften Sparkassen im besten Sinne des Wortes zu errichten beflissen ist, daß sie aber an diesem trotz allen Hindernissen unermüdlich fortgesetzten Streben nicht von ihrer Partei, wohl aber von Staat und Unternehmertum mit allen möglichen Mitteln gehindert wird. Er wird bei genauerer Betrachtung der Dinge finden, daß eine Gewerkschaft, der es dank den von den Mitgliedern aufgebrachten Beiträgen gelingt, die Arbeitszeit im Berufe um eine Stunde täglich herabzusetzen und den Lohn um 50 Pfennig zu erhöhen, für Arbeiter die beste Sparkasse von der Welt ist.

Herr Rosegger wird dann auch die etwas derben Worte von vorhin als im Grunde berechtigt anerkennen und außerdem einsehen, daß er mit seinen ins Gelach hineingeschleuderten Vorwürfen nicht der vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft, wohl aber der Unkultur und ihren im Besitz hausenden Interessenten einen von ihm selber gewiß nicht gewollten Dienst geleistet hat. Er wird vollauf begreifen, daß die „klügste und taktvollste Partei" in ihrem eigenen Interesse alles fördert, was die Arbeiter vom Wirtshauslumpen-Standpunkt fernhält.

Berliner Bummler als Nachtwächter. Von Prof. Gustav Eberlein geht der „N. Allg. Ztg." eine wunderliche Zuschrift zu. Der Herr ist offenbar indigniert darüber, daß das baare und unbaare Bummlertum, deren schönste Exemplare uns der Harmlosen-Prozeß vorgeführt hat, an sich so gar keinen nutzbringenden Zweck erfüllt. Nun will der Herr Professor, von Mitleid über die Nichtsnutzigkeit dieser Menschengattung beseelt, sie als Nachtwächter in der Sieges-Allee anstellen. Seinen Gedanken spinnt er folgendermaßen aus: ... „Alle diejenigen, welche in nächtlichen Spaziergängen Erholung suchen, Theaterbesucher, aus Gesellschaften spät zurückkehrende Bewohner des Westens, Radfahrer, Sportbeflissene u. a., kurz alle, welche ihr Weg durch die Straßen in der Nähe führt, sie sollen den kleinen Umweg nicht scheuen und durch die Siegesallee reiten, fahren, wandern, bummeln, radeln, Auge und Ohr gespannt, mit ihren Gedanken förmlich wie seelische Wächter die Denkmäler umkreisen. Schon das Wissen der Nation, daß Tausende und Abertausende einen engen Verband geschlossen zum Schutz dieser Werke, schützt dieselben. Es soll nunmehr die Aufgabe der Oeffentlichkeit sein, diese Idee weiter auszuspinnen, mit Vorschlägen hervorzutreten, die ihr eine feste Form geben. Beispielsweise könnten die Zeitungen die Namen derjenigen Personen in einer Liste veröffentlichen, die diesem Verbande beitreten wollen."

Eine Empfehlung durch die Zeitungen an maßgebender Stelle mag den Mitgliedern des neuen Treubundes schon behagen. Wenn aber nur nicht den Schutzleuten ob der Konkurrenz bange wird. Es giebt so manche Beispiele von Exempeln, welche zeigen, wie fatal es werden kann, wenn man den Bock zum Gärtner macht.

Zum Ueberfluß sind die Verdächtigungen, daß Arbeiter die Beschädigungen an den Marmorfiguren in der Siegesallee vorgenommen hätten, jetzt auch noch von fachmännischer Seite zurückgewiesen worden. Diejenigen Bildhauer, welche die verstümmelten Büsten in Marmor hergestellt haben, untersuchten nämlich kürzlich unter Begleitung von Kriminalbeamten die Bruchstellen an Ort und Stelle, um der Polizeibehörde ein Gutachten an die Hand geben zu können. Gestern hielten sie eine gemeinsame Besprechung ab. Dabei wurde zunächst nochmals gegen die Unterstellung Einspruch erhoben, als hätten „deutsche Steinmetzen" aus „Konkurrenzneid" die Verstümmelungen verübt. Alle Anzeichen sprächen vielmehr dafür, daß die Verstümmelungen nicht von fachkundiger Hand herrührten, sondern von mutwilligen zerstörungslustigen Burschen ausgeführt worden seien. Das Gutachten stellt ferner den für die weitere Untersuchung nicht unwichtigen Satz auf, daß die Verstümmelungen nicht von einer Person, sondern von mehreren, und zwar mit verschiedenen Instrumenten vollführt worden seien. Dafür spricht die Verschiedenartigkeit der an den Bruchstellen sichtbaren Spuren. Nach Ansicht der Gutachter sind zu dem Bubenstreich höchst wahrscheinlich benutzt worden: ein scharfkantiger Hammer und ein spitzig-runder, eiserner Gegenstand, beim Zerschlagen der feiner ausgeführten Objekte, z. B. der Federpose, wohl auch nur ein einfacher Stock. Des weiteren dürfte die Bemerkung Beachtung verdienen, daß die Schläge nicht alle in der üblichen Schlagrichtung von rechts nach links, sondern einzelne auch von links nach rechts geführt worden sind. Dies ist deutlich nachweisbar an einer der durch Abschlagen der Nase verunstalteten Büste. Hier zeigt der Marmor unterhalb des rechten Nasenbeines den Aufprall eines eisernen Gegenstandes, der die Nase ziemlich rechtwinklich abtrennte, während die Bruchfläche sich nach der linken Gesichtsseite zu abschrägt und erheblich verbreitert; in dieser charakteristischen Weise aber konnte der Marmor sich nur spalten, wenn der Schlag von links nach rechts geführt wurde. Das Gutachten trägt die Unterschriften der Bildhauer Franz Lange, Fr. Ochs, F. Richter, P. Steffens, Fr. Volke, P. Menrath und Fr. Backhaus.

Frömmigkeit. Das Land seiner Väter preist der fromme Christ und Chefredacteur des Organs der Harmlosen in einem von religiöser Verklärung durchleuchteten Leitartikel. Folgende Probe möge zeigen, daß bei einem Konkurrenzlauf um die Palme wahrer Religiosität selbst der „Kreuz-Zeitung" die Puste ausgehen müßte:

„Auf dem Oelberg, auf Golgatha und an der Krippe in Bethlehem weht auch uns moderne Menschen ein heiliges und demütiges Erschauern an, wir werden ergriffen wie nur je unsere Altvordern, und was wir da in einer Stunde der Einkehr und Weihe an Tröstungen, Vorsätzen und Gelübden in unser Herz einschließen, das bleibt uns Stab und Stecken auf dem ganzen Lebenswege. Wenn wir noch nicht vorher dazu begnadet waren, so werden wir gewiß in der heiligen Stadt jene Läuterung des religiösen Empfindens im innersten Herzen erleben, jene Verklärung am unversiegbaren Urquell des einen und unteilbaren Christentums, vor welchem jeder Zwiespalt, jede Eifersucht der Konfessionen verstummt."

Bemerkt sei, daß es das gestern auch von uns kurz erwähnte Dankschreiben der Kaiserin war, welches den im Lande der Gojim selber zum Gojim gewordenen Herrn Dr. Leipziger zu solcher Verzückung animiert hat.

Die Schiedsgerichte der Invalidenversicherung werden laut einer vom Oberpräsidenten soeben zur Kenntnis gebrachten, auf Grund des neuen Invalidenversicherungs-Gesetzes erlassenen Ministerialverfügung vom 1. Januar für den Stadtkreis Berlin sowie den Regierungsbezirk Potsdam ihren Sitz in Berlin und für den Regierungsbezirk Frankfurt in Frankfurt a. O. haben. Dadurch kommen mit Beginn des neuen Jahres die jetzt bestehenden Schiedsgerichte der Invaliditäts- und Altersversicherung, deren für die Provinz noch einige besondere mehr, wie z. B. auch ein solches für die Stadtkreise Charlottenburg und Spandau nebst den Landkreisen Teltow, Nieder-Barnim und Ost-Havelland, gebildet worden waren, in Fortfall, so daß durch die Neuregelung eine Centralisation des Schiedsgerichtswesens der Invalidenversicherung eintritt.

Naturalisations-Gesuche sind bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats im letzten Jahre 108 (gegen 90 des Vorjahres) eingegangen; 12 Gesuche waren aus dem Vorjahre übernommen. Von diesen 120 Gesuchen wurden 95 befürwortet, eins nicht befürwortet, 20 auf das nächste Jahr übernommen und 4 anderweitig erledigt. Ueber die erfolgte Aufnahme in den preußischen Staatsverband sind der Gewerbe-Deputation von dem Polizeipräsidenten in 182 Fällen (darunter 67 Aufnahmen mittels Naturalisations-Urkunde) — gegen 131 Fälle im Vorjahre — Anzeigen zugegangen. Unter den 67 Naturalisierten befinden sich 36 Oestreicher, 9 ehemalige preußische Staatsangehörige, 6 Russen 2c.

Das Kaiserliche Postscheckamt Berlin wird seine Diensträume in der Kommandantenstraße erhalten. Der Reichsfiskus hat dort ein umfangreiches Grundstück vom Verein der Wasserfreunde erworben, um ein großes Postgebäude daselbst zu erbauen. In den unteren Räumen des Neubaues soll das Postamt SW. 19 untergebracht werden, das jetzt sich in Mietsräumen im sogenannten Industriegebäude in der Beuthstraße befindet. Die oberen Stockwerke des Neubaues sind für das künftige Postscheckamt vorgesehen, das in Berlin neben zwölf anderen im Reiche errichtet wird.

Der Fernsprecher Berlin-Kopenhagen ist fertiggestellt und wird dieser Tage dem Verkehr übergeben werden. Bisher war die deutsche und die dänische Hauptstadt durch eine Leitung über Hamburg, Korsör und Roskilde verbunden. Infolge der vielen Zwischenstationen war der Verkehr zwischen den beiden Endpunkten vielfach gehindert. Dies wird jetzt anders, nachdem eine unmittelbare Doppelleitung zwischen Berlin und Kopenhagen hergestellt ist. Ihre Länge beträgt nur 500 Kilometer. Die neue Verbindung ist technisch von besonderem Interesse, als sie die längste unterseeische Fernsprechverbindung darstellt, die bis jetzt zur Ausführung gelangt ist.

Die Trichinenschau auf dem Berliner Schlachthofe muß, wenn die folgende Zeitungsmeldung richtig ist, oft mit sträflicher Leichtfertigkeit vorgenommen werden. In einem hiesigen Blatte lesen wir: „Für trichinös befunden wurde gestern auf dem städtischen Schlachthof in Spandau die Hälfte eines auf dem Berliner Schlachthof geschlachteten Schweines, das für völlig gesund erklärt und deshalb in den Verkehr gebracht worden war; wo die andere Hälfte des trichinösen Schweines hingekommen ist, weiß man nicht. In Berlin hatte der Schlächtermeister Sander in Spandau, Schönwalderstr. 94, die Hälfte gekauft. Es ist dies der fünfte Fall seit dem Bestehen des Spandauer Schlachthofes, daß Trichinen in Schweinen vorgefunden wurden, die in Berlin als gesund freigegeben waren."

Ein Transport außergewöhnlich billiger Zugesel ist gestern wieder in Berlin eingetroffen und im Depot des Deutschen Thierschutzvereins zum Verkauf gestellt worden. Es handelt sich um einen Gelegenheitskauf südungarischer Tiere, die vorwiegend an Kleinhändler, die eines Zugtieres bedürfen, abgegeben werden sollen. Wir glauben nicht, daß nach dem Wunsche des Tierschutzvereins der Esel den Hund als Zugtier ablösen wird. Denn welcher der in Betracht kommenden Kleinhändler ist im stande, die Miete für einen Stall aufzubringen, dessen der Grauchen doch im Gegensatz zum Hunde bedarf?

9 999 251 Mark Reingewinn hat die Allgemeine Elektricitäts-Gesellschaft laut ihrem jetzt herausgegebenen Geschäftsbericht im letzten Geschäftsjahre erzielt. Die Verwaltung ist in der Lage, ohne Einschränkung der bisher üblichen Rückstellungen für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 15 Prozent vorschlagen zu können, trotzdem 47 Mill. Mark gegen durchschnittlich 30 Mill. Mark im Vorjahre an dem Gewinne teilnehmen. Für die Unternehmer bringt die jetzige Zeit ungeheure Gewinne, für die Arbeiter den Zuchthauskurs!

Der Zudrang von studierenden Frauen zur Berliner Universität ist im gegenwärtigen Winterhalbjahr ganz besonders stark. Bis jetzt sind bereits 372 Frauen als Gastzuhörerinnen zugelassen, gegen 241 im vorigen Winter und 186 im letzten Sommer. Nach den vorliegenden Gesuchen ist zu erwarten, daß die Zahl bald auf 400 steigen wird.

Eine Reform bei der Sittenpolizei? Die „National-Ztg." erfährt, daß die Erteilung der ärztlichen Approbation an eine Dame, die ihre medizinischen Studien in Zürich gemacht hat und in der Schweiz schon einige Jahre approbiert sei, bevorstehe. Die Dame soll eine Stelle als Untersuchungsarzt bei der Sittenpolizei erhalten.

Kupplerinnen und reiche Lüstlinge. Eines der verschleppten Mädchen, die durch Kupplerinnen den Ihrigen entführt worden sind, ist am Sonntag zu den Eltern zurückgekehrt. Es ist dies die 16jährige Marie F. die Tochter eines Maschinenarbeiters, die von den Gelegenheitsmacherinnen Fischer und Stein an einen Lüstling ausgeliefert worden ist. Das junge Mädchen hatte sich vor etwa drei Wochen auf Grund eines Zeitungsinserates bei der in der Wilhelmstraße 17 wohnenden Frau Stein gemeldet, um Modell zu stehen. Dort traf sie auch die „Malerin", eine ältere Dame, Fräulein Fischer, die sie als passend erachtete und sie aufforderte, schon am Nachmittag in der Steinschen Wohnung zur Sitzung zu kommen. Es wurde ein Honorar von 8 M. pro Tag ausgemacht, die Eltern des Mädchens hatten auch nichts dagegen, daß ihre Tochter Modell stehe. Um 4 Uhr nachmittags traf die F. wieder in der St.'schen Wohnung ein. Die Malerin war wieder anwesend und forderte das Mädchen auf, sich zu entkleiden. Als dies geschehen, verließ die F. das Zimmer und riegelte die Thür ab. Dann trat durch eine zweite Thür ein Herr ein und vergewaltigte das vor Schreck halb ohnmächtige Kind, das sich vergeblich zu wehren versuchte. Die Gelegenheitsmacherinnen schenkten der F. nun zwanzig Mark, bestellten die Unglückliche für den nächsten Tag wieder und trösteten sie. Der Herr sei ihr von Herzen gut und würde sie gewiß heiraten. Nur dürfe sie zu Hause davon nichts sagen. Sie traf auch mit dem „Maler" noch mehreremals bei der Stein zusammen, bis derselbe des Mädchens überdrüssig wurde und nicht mehr erschien. Jetzt hatten die Kupplerinnen auch kein Interesse mehr an dem verführten Mädchen und erklärten ihm, daß es nicht wiederzukommen brauche. Anstatt nun ihren Eltern alles einzugestehen, zog die Bedauernswerte es vor, aus dem Elternhause flüchtig zu werden. Sie fuhr nach Potsdam, mietete dort eine Schlafstelle und wollte Stellung suchen. Es gelang ihr dies jedoch nicht, da sie keine Papiere aufzuweisen hatte. Am Sonntag wurde sie in der Nähe des Oranienburger Thores von einer Nachbarin getroffen und nach Hause gebracht. Leider ist die Hauptanstifterin dieses Frevels, das Fräulein Fischer, seit etwa 14 Tagen flüchtig. Sie verließ ihre Wohnung in der Hirtenstraße 21 in Begleitung eines hübschen jungen Mädchens, das die Tochter eines höheren Regierungsbeamten aus Hannover sein soll. Die F. ist eine auffallend starke Blondine mit verschwommenen Gesichtszügen. Den Wüstling schildert die Marie F. als einen Mann von ungefähr 35 Jahren mit blondem Schnurr- und Knebelbart. Nach den Angaben der Marie F. sind auch noch mehrere andere Mädchen, so eines aus der Stallschreiberstraße, ein anderes aus der Neuen Hochstraße dorthin verschleppt worden. Wir sind gespannt, ob der reiche Wüstling am Zuchthause vorbeischlüpfen wird.

Ein Mitglied der hier gastierenden Schlierseer ist durch ein Grubenunglück in große Trauer versetzt worden. Aus Hausham meldet nämlich die „Münch. Post": Als Sonntag Nacht der verheiratete Fahrhäuer Herr Gg. Rail in Ausübung seines Dienstes auf der Förderschale durch das Gesenk 9 Ost fahren wollte, riß plötzlich das Seil und Rail sauste samt der Förderschale in die grausige Tiefe. Zu einer formlosen Masse zerschmettert wurde der Verunglückte heute morgen zu Tage gefördert. — Rail war ein Ehrenmann in des Wortes vollster Bedeutung. Pflichttreue, gepaart mit Humanität, zeichnete ihn besonders aus. Als Komponist und Musikdirigent war sein Name über Bayerns Grenzen hinaus bekannt und seine Frau ist eines der befähigtsten Mitglieder des Schlierseer Bauerntheaters. Sie gastiert zur Zeit in Berlin und wurde telegraphisch herbeigerufen. Rail hinterläßt eine zahlreiche Familie.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich in der vergangenen Nacht die 61 Jahre alte Witwe Dorothea Hartung, die bei ihrem Schwiegersohne in der Stralsunderstr. 29 wohnte, das Leben genommen. Die alte Frau war nervenkrank, und ihr Leiden steigerte sich noch durch viele Besuche der Heilsarmee-Versammlungen. In der vergangenen Nacht schrie sie, daß sie vom Teufel besessen sei, und stürzte sich aus dem zweiten Stock auf den Hof hinab. Nach zehn Minuten war sie tot.

Ein sehr bekannter hiesiger Maler hat durch das bisher noch völlig unaufgeklärte Abhandenkommen von vier wertvollen Aquarellen einen empfindlichen Verlust erlitten. Die Bilder, welche seit dem Februar d. J. verschwunden sein dürften, stellen dar 1. Luxortempel (große Säulen, unten Fremde mit einem roten Schirm), 2. Aegyptischer Brunnen (Schöpfrad, links 2 dunkle Ochsen, vorn rechts 2 helle, in der Mitte ein Esel, der das Rad dreht), 3. Schloß Tarasp (Schloß auf einem Berge, vorn mäht eine Frau), 4. Italienische Landschaft (zwischen Mauern fährt ein Ochsengespann). Etwaige Nachrichten werden an die Kriminalpolizei zu den Akten 8154 IV/19. 99 erbeten.

Geisteskranker Dieb und Brandstifter. Am 28. Juli d. J. brach in der Wohnung des Schneiders Podack in der Schützenstr. 4 ein Feuer aus, das durch mehrere Züge der Feuerwehr rasch gelöscht wurde. Da die Wohnungsthür und die Behältnisse mit einem Beil erbrochen, Kleidungsstücke mit Petroleum getränkt, umhergeworfen und ein Sparkassenbuch und ein Zwanzigmarkstück der Witwe Marquardt, die mit Podack die Wohnung teilt, gestohlen waren, so unterlag es keinem Zweifel, daß ein Brandstifter das Feuer angelegt hatte, um einen Diebstahl zu verdecken. Der Verdacht lenkte sich gegen einen Neffen der Frau Marquardt, einen 28 Jahre alten Techniker Karl Oehler. Dieser wurde in der Wohnung seiner Eltern verhaftet und legte schließlich auch ein Geständnis ab. Er hatte gewußt, daß seine Tante auf Arbeit ausgegangen und Podack ebenfalls nicht zu Hause war, und diese Gelegenheit zur Ausführung des doppelten Verbrechens benutzt. Da sich Zweifel an seiner geistigen Gesundheit herausstellten, so wurde der junge Mann am 2. Oktober zur Beobachtung der Charité überwiesen. Von dort wurde er gestern in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht, nachdem festgestellt worden ist, daß er an hochgradiger Kopfnervosität leidet und nicht zurechnungsfähig ist.

Straßensperrung. Die Heinersdorferstraße von der Greifswalderstraße bis zur Winsstraße wird behufs Umpflasterung vom 16. d. M. ab bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

In der Urania findet heute (Mittwoch) der 5. Centenarvortrag statt, und zwar wird Herr Geheimrat Professor Dr. Fritsch sprechen über „Ein halbes Jahrhundert der Lichtbildkunst".

Feuerbericht. Ein größerer Brand kam Dienstagnachmittag 2½ Uhr Elisabetstraße 63 zum Ausbruch. Ein Teil der Dachkonstruktion, sowie der Inhalt einer Dachstube wurden eingeäschert. Die Entstehungsursache ist nicht ermittelt. Zur selben Zeit machte sich Zimmerstraße 55 im Atelier des Photographen Ernst Hering eine starke Rauchentwicklung geltend, deren Ursache, wie die alarmierte Feuerwehr feststellte, in dem schadhaften Schornstein zu suchen war. Früh 9 Uhr ging Andreasstraße 66 Gerümpel im Keller in Flammen auf. Kurz vorher erfolgte aus geringfügiger Veranlassung ein Alarm nach Memelerstraße 45. Montagabend 8 Uhr mußte Brunnenstraße 27 ein Schaufensterbrand abgelöscht werden. Gleichzeitig wurden Markgrafenstraße 15 Kisten und Verpackungsmaterial eingeäschert. Eine Stunde später wurde die Wehr nach Katzbachstraße 5 gerufen, wo ein Zimmerbrand Gardinen und Möbel zerstörte.

Aus den Nachbarorten.

Stadtverordneten-Wahl in Spandau! Parteigenossen! **Heute** abend fällt die Entscheidung darüber, ob „Freisinn" oder Socialdemokratie von den Wählern dazu berufen sein soll, für sechs Jahre in das Stadtparlament einzuziehen; am **heutigen** Tage wird deshalb von dem bürgerlichen Mischmasch gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft der **Hauptkampf** geführt werden! Sorget dafür, daß wir nicht nur standhalten, sondern daß der Sieg unserer Kandidaten ein solch glänzender werde, daß den freisinnig-patriotischen Schwächlingen ein für allemal die Lust vergeht, durch ihre Kandidaten „Arbeiterinteressen" im Stadthause vertreten zu wollen. Wer von unsern Parteigenossen bisher aus taktischen oder andern Gründen gesäumt hat, seine Stimme für die Arbeiter-Kandidaten in die Wagschale zu werfen, der darf nicht länger zögern, wenn er keinen Verrat an den Interessen der Gesamtheit begehen will, heute sein Wahlrecht auszuüben. Unsere bürgerliche Gegnerschaft hat schon längst den Boden unter der Arbeiterschaft Spandaus verloren, niemand glaubt mehr an den „Liberalismus", deshalb buhlen die Herren „Freisinnigen" für ihre Kandidaten um die Unterstützung durch alle großen und kleinen amtlichen Machtmittel. Diese wird ihnen heute in ganz besonders reichlichem Maße zu teil werden!

Parteigenossen! Arbeiter! Laßt Euch durch nichts von der Ausübung Eures Wahlrechts zu Gunsten Eurer Interessen abhalten; je schrankenloser von jener Seite das niedere Beamtentum dazu terrorisiert wird, für die „Gewerkvereinler" zu stimmen, desto unerschrockener und machtvoller wird von unserer Seite der Verteidigungskampf geführt.

Besonders Ihr Arbeiter in den Staatswerkstätten, Euch besonders gilt die Mahnung: Seid eingedenk Eures proletarischen Klassenstandpunktes! — Die Ehre der Arbeiterschaft erfordert es, daß auch Ihr nicht länger säumt, Euer Stimmrecht gemäß Eurer innersten Ueberzeugung auszuüben!

Auf Arbeiter! Zum Kampf für Eure Sache, zum Kampf gegen die Reaktion! Das Wahlkomitee.

Das gestrige Wahlresultat lautet: Schröer, 154 Stimmen; Pieper, 150 Stimmen; Scholz, 153 Stimmen; Rieger, 140 Stimmen; Holleder, 152 Stimmen; Kunkel, 131 Stimmen Gewerkvereinler 152—164, Mischmasch 10—20 Stimmen.

Charlottenburg. Den Mitgliedern des Wahlvereins hiermit zur Kenntnis, daß die Versammlung am Donnerstag der Stadtverordneten-Wahlen wegen ausfällt. Der Vorstand.

Schöneberg. Die Stadtverordneten-Versammlung beschäftigte sich am Montag vorerst mit der „Nachbewilligung von 1400 M. zur Einrichtung einer Sicherheitsschaltung bei der Feuermelde-Anlage". Diese Position wurde genehmigt. Dann wurde nach eingehender Debatte auf Vorschlag des Magistrats beschlossen, der Markt- und Straßendeputation folgende neue Obliegenheiten zu übertragen: Die Ueberwachung der seitens der Stadtgemeinde mit den Kleinbahn-Gesellschaften bereits abgeschlossenen und etwa noch abzuschließenden Verträge hinsichtlich des Verkehrs. Insbesondere: 1. rechtzeitige Eröffnung und Einhaltung der festgesetzten Linien. 2. Fahrpläne und Fahrgeschwindigkeit. 3. Haltestellen und Wartehallen. 4. Personenwagen (Sommerwagen, Personenzahl, Heizung, Beleuchtung). 5. Fahrpreise. — Omnibus, Droschkenwesen. Vorschläge und vorbereitende Schritte zur Herstellung neuer Verkehrslinien. Der Name der Deputation soll fortan Straßen- und Verkehrsdeputation lauten. Ferner stand die Schaffung von 4 Oberlehrer- und einer Vorschullehrer-Stelle an dem städtischen Reformgymnasium auf der Tagesordnung. Von diesen Stellen werden drei durch Entstehung der beiden Untersekunda erforderlich. Es wurde jedoch empfohlen, zur Deckung des dann noch verbleibenden Unterrichtsbedarfs eine weitere Oberlehrer-Stelle zu errichten, da bei dem jetzt herrschenden Mangel an wissenschaftlichen Hilfslehrern die Gewinnung von solchen sehr fraglich ist. Auch diese Vorlage wurde angenommen. Dann nahm die Versammlung eine Resolution des Inhalts an, daß der Magistrat thunlichst eine Vorlage einbringen möge, in welcher die „Wahl einer gemischten Schuldeputation" vollzogen werde. Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, für seine Thätigkeit bei Abwicklung der Staatssteuergeschäfte eine angemessene Entschädigung von der königlichen Regierung zu erlangen, fand seine Erledigung durch die Erklärung des Stadtrats Leonhardt, daß der Magistrat sich mit dieser Sache bereits befasse.

Rixdorf behält seine freiwillige Feuerwehr. In einer Konferenz des Magistrats und der Polizeidirektion, an der auch der Oberführer und acht Mitglieder der Feuerwehr teilnahmen, erkannte der Polizeidirektor v. d. Gröben rückhaltlos an, daß die Einrichtungen der freiwilligen Wehr den Verhältnissen Rixdorfs durchaus ent-

sprächen und daß von der Schaffung einer Berufsfeuerwehr nicht die Rede sein könne. Die Selbstverwaltung der Feuerwehr solle in keiner Weise verkümmert werden. Feuermeldungen werden von jetzt ab auch in den Polizeibureaus entgegengenommen.

Adlershof. Die Sammellisten Nr. 47 und 53 des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow sind verloren worden. Auf Liste Nr. 47 sind angeblich 2,05 M. gezeichnet, während auf Liste Nr. 53 nichts gezeichnet war. Sollten die Listen vorgezeigt werden, so bitten wir, sie anzuhalten und beim Genossen Wadepuhl, Adlershof, Genossenschaftsstr. 20, abzugeben.

Die Carlshorster Spieleraffaire dürfte nach den Ergebnissen der bisherigen Untersuchung ebenfalls einen „harmlosen" Verlauf nehmen, da bisher ein Beweis für ein etwaiges Falschspielen in der Tellschen Spielhölle nicht zu erbringen war. Tell bestreitet entschieden, sich beim Spielen beteiligt zu haben. Es wird infolge dessen gegen ihn nur wegen gewerbsmäßigen Duldens von Glücksspielen vorgegangen werden können, weil er für die Hergabe seiner Wohnung an die Spieler eine Gebühr genommen hat. Uebrigens betrieb Tell sein Geschäft schon seit längerer Zeit und er hat auch schon in Berlin Spielhöllen unterhalten.

Eine Begnadigung. Aus Potsdam schreibt die „Potsd. Korr.": Die Schreiberin der anonymen Schmähbriefe, durch die in Potsdam im vorigen Jahre verschiedene Militärpersonen und Damen beunruhigt wurden, die unverehelichte Margarethe Billert, war, wie seiner Zeit gemeldet, am 22. März d. J. wegen Urkundenfälschung zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden; eine Anzahl beleidigter Personen hatten die Strafanträge zurückgezogen. Diese Strafe ist jetzt, nachdem ein Gnadengesuch an den Kaiser gerichtet worden war, auf 50 M. Geldstrafe oder eine Woche Gefängnis ermäßigt worden.

Gerichts-Zeitung.

Wie Arbeiter bestraft werden. Der Bauunternehmer Pernet hatte auf dem Bau Kurfürstenstraße 146/147 den Maurer Friedrich Bartz zurechtgewiesen, als dieser einer Anordnung des Poliers nicht Folge leistete. Pernet beleidigte den Maurer dann, wie dieser gestern vor der 2. Strafkammer am Landgericht I hervorhob, durch den Ausdruck „Halten Sie den Schnabel", und versetzte dem Arbeiter überdies einen Stoß vor die Brust. Bartz nannte auf diese, dem Zuchthauskurs gemäße Behandlung den Maurermeister einen Lumpen und erhob dann unter der Drohung, daß er ihn vor den Kopf schlagen werde, einen Hammer gegen den Pernet.

Zu einer thätlichen Entgegnung auf die von dem Meister ausgeübte Roheit kam es jedoch nicht, da die Kollegen des angegriffenen Maurers sich ins Mittel legten; einer derselben rief dem Pernet zu: „Meister, Sie haben kein Recht, einen Maurer auf der Rüstung zu stoßen!"

Dem Meister geschah nichts wegen seiner That, wohl aber wurde der Maurer Bartz unter Anklage gestellt. Trotz der entlastenden Zeugenaussagen hielt der Staatsanwalt die Anklage aufrecht und beantragte unter der Motivierung, daß die Ausschreitungen des Maurers strenge bestraft werden müßten, zwei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auch wirklich auf diese harte Strafe!

Kleine Ursachen, große Wirkungen traten wiederum in einer Verhandlung zu Tage, die gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Der Schankwirt Scharlie in der Koppenstraße besitzt einen Hund, auf den die Delikatessen, die der in der Nachbarschaft wohnende Kaufmann Köhler an der Thüre zu seinem Laden ausgestellt hatte, eine besondere Anziehungskraft ausübten. Dem Herrn Köhler waren diese Besuche keineswegs angenehm. Am 6. September v. J. packte der Hund ein Stück Gänsepökelfleisch und wollte damit fortlaufen. Köhler beobachtete dies und warf dem vierfüßigen Dieb einen schweren Gegenstand mit solcher Wucht gegen den Rücken, daß das Tier heulend zusammenbrach. Es schleppte sich dann winselnd nach dem Hause seines Herrn und soll dem Verenden nahe gewesen sein. Köhler erhielt eine Anklage wegen Mißhandlung eines Hundes in ärgernisserregender Weise und wurde dieserhalb vom Schöffengericht zu einer Geldstrafe von 15 M. verurteilt. Er legte Berufung ein. Vor der zweiten Instanz standen sich die Be- und Entlastungszeugen schroff gegenüber. Der Gerichtshof hielt die Sache nicht für genügend aufgeklärt, Köhler wurde freigesprochen. Aber seine als Zeugin vernommene Ehefrau zog sich eine Ordnungsstrafe von 10 M. zu. Als die Zeugin Hagemann eine belastende Aussage machte, unterbrach Frau Köhler sie mit den Worten: „Das ist eine freche Lüge!" Gegen die Verfügung der Strafkammer legte Frau Köhler Beschwerde beim Kammergericht ein. In dem Schriftstück behauptete sie, daß nicht sie, sondern die Zeugin Hagemann die gerügte Aeußerung gethan habe. Zur Bekräftigung ihrer Behauptung fügte sie ihrer Beschwerdeschrift drei eidesstattliche Versicherungen von anderen Zeuginnen, ihrer Verkäuferin Emma Richter, einer Frau Emma Teichert und deren Tochter Emma Teichert bei. Diese eidesstattlichen Versicherungen sollen wissentlich falsche sein. Die drei Abgeberinnen standen deshalb gestern vor Gericht, während die Ehefrau Luise Köhler sich wegen Anstiftung zu verantworten hatte. Es waren nicht nur alle in den früheren Prozessen vernommene Zeugen, sondern auch der gesamte Gerichtshof, Staatsanwalt und Gerichtsschreiber der Berufungsstrafkammer als Zeugen geladen worden, so daß die Verhandlungen in dieser Strafkammer eine Zeitlang ausgesetzt werden mußten. Die Zeugen konnten sich des Vorfalles natürlich nur dunkel entsinnen, sie behaupteten aber, daß die Ordnungsstrafe damals jedenfalls über die richtige Person verhängt worden sei. Der Staatsanwalt hielt alle vier Angeschuldigten im Sinne der Anklage für überführt. Die Anstifterin, Ehefrau Köhler, müsse besonders scharf angesehen werden, gegen diese beantrage er sechs Monate, gegen die Ehefrau Teichert und deren Tochter je sechs Wochen und gegen die Richter, die unter dem Einflusse ihrer Dienstherrin gestanden habe, eine Woche Gefängnis. Der Verteidiger der Frau Köhler stellte nun den Antrag, den Professor Mendel sowie noch zwei andere Aerzte zu laden. Dieselben würden bekunden, daß die Köhler zu der fraglichen Zeit so hochgradig nervös gewesen sei, daß sie die Thatsachen leicht verwechselte und irrigen Auffassungen unterworfen war. Der Gerichtshof konnte diesen Antrag nicht ablehnen. Zum nächsten Termine sollen alle Zeugen wiederum und außerdem die drei Aerzte geladen werden. Und dies alles, weil Scharlies Hund eine Gänsekeule stahl!

Aus Ostpreußen. Ein recht eigentümliches Urteil hat dieser Tage die Strafkammer in Allenstein gefällt. Der Amtsvorsteher Käsewurm in Groß-Bartelsdorf hatte an den Schmiedemeister Braun in demselben Ort ein Schreiben gerichtet, in dem er forderte, daß eine vor der Schmiede auf der Straße stehende Dreschmaschine innerhalb 12 Stunden entfernt werde. Der Schmiedemeister antwortete ebenfalls in einem Schreiben, daß er keine Veranlassung habe, der Aufforderung Folge zu leisten. Da der Amtsvorsteher sein Schreiben „an den Schmiedemeister Braun" gerichtet hatte, schrieb Braun „an den Amtsvorsteher Käsewurm in Groß-Bartelsdorf." Käsewurm fühlte sich gekränkt, weil auf der Adresse das Wort „Herr" fehlte und strengte eine Beleidigungsklage gegen Braun an. Die Allensteiner Strafkammer nahm auch wirklich an, daß Käsewurm beleidigt sei und verurteilte Braun zu 10 M. Geldstrafe. Sein Einwand, daß er doch nur gleiches mit gleichem vergolten habe, blieb unberücksichtigt. — Dem Manne wird wohl nun der nötige Respekt vor der hohen Obrigkeit beigebracht sein. Schade ist, daß die Strafkammer in Allenstein nicht gleich festgestellt hat, wer bei uns in Ostpreußen Anspruch auf die Bezeichnung „Herr" erheben darf. Vom Amtsvorsteher Käsewurm ist das festgestellt; ein Dorfschmiedemeister scheint nach Ansicht des Gerichts auf das Prädikat keinen Anspruch erheben zu dürfen, da er sonst nicht verurteilt worden wäre.

Aus Weimar wird uns vom gestrigen Tage berichtet: Der Raubmörder Hoffmann, welcher die Familie Müller in Oldisleben ermordete, wurde heute vom Schwurgericht zu 15½ Jahren Zuchthaus und zur Todesstrafe verurteilt.

Versammlungen.

Ober-Schöneweide. Am Sonntag, den 12. November, tagte im Lokal von Haferland eine öffentliche Parteiversammlung, in der Genosse Kotzke in trefflicher Weise über die politische Lage referierte. Die rapide Entwicklung unseres Ortes hat es nötig gemacht, daß sich die Versammlung mit der Wahl eines Vertrauensmannes für denselben beschäftigte. Als solcher wurde Sielof gewählt. In die Lokalkommission wurden John, Olzareck, Noack delegiert. Veranlaßt durch das Verhalten des Amtsvorstehers Kottmeier, der den Gastwirten, die ihr Lokal zu Parteiversammlungen hergeben, die Konzession auf 10 Uhr herabsetzt, hatte man an alle Gastwirte zu dieser Versammlung Einladungen ergehen lassen. Mit einer Ausnahme war von den Eingeladenen niemand erschienen. Die Versammlung beschloß trotzdem, in der Lokalfrage entschieden vorzugehen.

Als Vorgeschichte der Versammlung mag folgendes erwähnt werden: Die Versammlung war auf 2 Uhr angemeldet und dem Einberufer dies auch ordnungsmäßig bescheinigt. Jedoch erhielt nun der Gastwirt eine Verfügung, wonach unter Anführung eines Paragraphen bestimmt wurde, das vor 3 Uhr in dem Saale keine Versammlung stattfinden dürfe. Es war nun vorauszusehen, daß wenn etliche Minuten nach 3 Uhr die Versammlung eröffnet würde, diese als eine neue, nicht angemeldete, sofort aufgelöst worden wäre. Dieser Verdacht bestätigte sich auch. Um 2 Uhr erschienen zwei Gendarmen und überzeugten sich, daß der Saal auch fest verschlossen war, und gingen dann auf die Straße. Ein paar Minuten vor 3 Uhr, jedenfalls konnte man die Zeit gar nicht erwarten, trat einer derselben an Genossen John heran und bedeutete ihm, daß es schon 3 Uhr durch wäre. Nun waren die Parteigenossen aber vorsichtig gewesen und hatten die Versammlung um ¼3 Uhr in einem Nebenraum eröffnet und auf eine Stunde vertagt. Es war mithin nichts zu machen.

Landsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Mittwoch, den 15. November 1897, abends 8½ Uhr, Geschäftliche Sitzung in G. Feuersteins Festsälen, Alte Jakobstraße 75. Aufnahme neuer Mitglieder. Geschäftliches. Verschiedenes. Landsleute, auch Damen sind willkommen und werden als Mitglieder aufgenommen.

„Magnetische Gesellschaft" (Naturheilverein) Rixdorf, Vereinsbrauerei, Hermannstr. 214. Mittwoch, den 15. November, abends 8½ Uhr: Großer Projektionslichtbilder-Vortrag von Naturarzt G. Lindenau, nicht approbiert, über: Die Entwicklung des Menschen und die Trennung der Geschlechter". „Was ist es mit der Schenkschen Theorie?" Damen und Herren haben Zutritt.

Verein zur Vorbereitung einer Konsumgenossenschaft im Süden und Südwesten Berlins. Agitationssitzung bei Hellmuth, Mariendorferstr. 5.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist soeben das 7. Heft des 18. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Zarenbesuch in Potsdam. — Der Krieg in Südafrika. Von K. Kautsky. — Die Entstehung der radikalen Partei in Serbien. Von Zivoin Balugdzitsch. — Zur socialen Lage der deutschen Steinarbeiter. Von Hans Marchwald. — Das Verbrechen als socialpathologische Erscheinung. Von Hans Lenk. — Litterarische Rundschau: Dr. Julius Port, Den Kriegsverwundeten ihr Recht! O. Hübner, Geographisch-statistische Tabellen aller Länder der Erde. — Notizen: Berichtigung von Professor Masaryk. — Feuilleton: An der Schwelle des neuen Jahrhunderts. Eine naturwissenschaftliche Umschau von Dr. Friedrich Knauer. (Schluß.)

Vermischtes.

Schiffsunfälle. Der Dreimastschoner „Bohemian Girl" unter Kapitän Gray, mit einer Kohlenladung von Sunderland nach Wick unterwegs, ist bei den Shetland-Inseln gesunken und vollständig verloren. Die Besatzung des Schiffes ist ertrunken. Zwei Leichen sowie ein Schiffsboot wurden auf der Whalsay-Insel angetrieben. Die Leiche des Kapitäns ist bereits identifiziert. — Nach einer Depesche aus London hat ferner der belgische Dampfer „Belgique" auf den Needles Schiffbruch gelitten. Von der Besatzung sich acht Mann mit dem zweiten und dritten Offizier auf der Themse eingetroffen. Als dieselben das Schiff verließen, waren acht Mann der Besatzung ertrunken, während der Kapitän und mehrere Mann noch an Bord verblieben. — Der Bremer Segler „Johanne" wurde, wie aus Kiel gemeldet wird, vom Flensburger Dampfer „Gemma" in den Grund gebohrt. Die Mannschaft rettete mit größter Mühe das nackte Leben.

Ueber eine fast unglaubliche Ausschreitung von Radfahrern wird aus Graz berichtet: Um Mitternacht feuerten Radfahrer auf der Eöstinger Straße in der Nähe von Graz nach einem kurzen Streit, der sich des Ausweichens wegen entsponnen hatte, auf einen Grazer Fiaker Schüsse ab, töteten einen Fahrgast und verwundeten zwei andere und den Kutscher schwer, worauf sie davonfuhren.

Weltuntergangsfurcht in Belgien. Der für Dienstag angesagte Weltuntergang hat in Belgien mehrere Opfer gefordert. Die Furcht vor dem großen Kladderadatsch hat die Damenwelt so aufgeregt, daß einige Vertreterinnen des schönen Geschlechts, besonders aus höheren Semestern, in Irrenhäuser gebracht werden mußten. Solche Fälle werden aus Brüssel, Verviers und Charleroi gemeldet.

Die Freunde des Imports chinesischer Kulis werden von folgendem Fall sehr erbaut sein: Russische Blätter berichten aus dem Transbaikal-Gebiet: Ein blutiges Drama hat sich kürzlich in der Niederlassung Schiwia am Flusse Kureltscha abgespielt. Der wohlhabende Kosak Iwanow war eines Tages mit seinem erwachsenen Sohne und einem seiner Arbeiter in eine benachbarte Ansiedelung gefahren und fand, als er gegen Abend nach Hause zurückkehrte, seine Frau nebst Tochter, einen bei ihm wohnenden Lehrer und zwei bei ihm nächtigende Schüler, ferner zwei Theehändler und eine Nachbarin, die zu Besuch gekommen war, und noch zwei Personen von ruchloser Hand ermordet vor. Am Leben geblieben waren nur sein vierjähriger Sohn, welcher sich in einen Schrank gerettet hatte, und der Säugling in der Wiege. Das grausige Verbrechen ist von Chinesen begangen worden, die bei dem Kosaken in Arbeit standen. Von den Mördern, die nach vollbrachter That die Flucht ergriffen, sind bereits sieben in der Nähe der Ansiedelung Tontoiskoje eingefangen worden.

Das kann man noch Terrorismus nennen.

Rauchplage und Winternebel. Die Bekämpfung der Winternebel in den Großstädten scheint auf das Engste mit der Bekämpfung der Rauchplage zusammen zu hängen. Im nebelberüchtigten London hat man jetzt zum erstenmal die Probe auf diese Theorie machen können. Ende Oktober lag die Stadt wieder einmal im Nebel, aber zum erstenmal zeigte dieser Zustand eine wesentliche Besserung. Der Nebel war nämlich weiß, und führte er wegen seiner Dicke zwar auch diesmal zu einer völligen Lahmlegung des Eisenbahn- und Wagenverkehrs. Er zeigte doch nicht die sprichwörtlich gewordene Erbssuppenfarbe, hüllte London nicht in eine solche ägyptische Finsternis wie sonst, so daß man nicht einmal künstliche Beleuchtung zu verwenden brauchte. Diese Besserung wird ausschließlich den Erfolgen zugeschrieben, die das Vorgehen gegen die Rauchplage gezeitigt hat, wozu die heutige Technik die Mittel an die Hand giebt. Es hatte sich in London eine besondere Gesellschaft gebildet, die alle Fabriken unter Aufsicht hielt und eine übermäßige Rauchentwickelung in jedem Falle zur Anzeige brachte. Die Londoner Luft soll seitdem wirklich schon reiner geworden sein. Allen industriellen Städten ist Londons Beispiel zur Nachahmung zu empfehlen. Auch in Berlin sind schon ähnliche Vorkehrungen getroffen worden, aber man merkt noch nicht viel davon.

Gegen das Fahrrad. Die Einführung einer Fahrradsteuer ist in Rostock beschlossen. Für jedes Vergnügungsfahrrad ist eine jährliche Steuer von 6 M. zu zahlen. Arbeiter und selbständige Gewerbetreibende bis zur sechsten Einkommensteuerstufe sollen 2 M. zahlen. Für mehrsitzige Räder ist die Steuer auf 10 und für ein Motorrad auf 18 M. festgesetzt. Die Dienträder von Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten bleiben steuerfrei. Auch für Warnemünde soll dieses Gesetz mit dem 1. Januar 1900 in Kraft treten. Von den einkommenden Steuerbeträgen soll ein Teil zur Anlage von Radfahrerwegen verwandt werden.

Die Reise mit der sibirischen Bahn ist infolge häufiger Raubüberfälle für die Passagiere mit beständiger Lebensgefahr verbunden. Die Verwaltung der sibirischen Bahn hat nun sich veranlaßt gesehen, zum Schutz der gefährdeten Reise ganz außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. So werden sämtliche Zugführer, Maschinisten und Schaffner mit Revolvern bewaffnet und das Zugpersonal auf den meisten Strecken der Bahn wird verdoppelt werden. Die Warenwagen werden ferner mit großen Blendlaternen versehen, die das Licht nach allen Seiten hin verbreiten, und schließlich werden auf allen Stationen Polizeiposten stationiert.

Marktpreise von Berlin am 13. November 1899

nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*) Weizen	D.-Ctr.	15,00	13,80	Schweinefleisch	1 kg	1,60	1,10
*) Roggen	„	14,40	13,60	Kalbfleisch	„	1,80	1,—
Futter-Gerste	„	14,10	13,—	Hammelfleisch	„	1,60	0,90
Hafer gut	„	15,20	14,60	Butter	„	2,80	2,—
„ mittel	„	14,50	13,90	Eier	60 Stück	4,80	2,40
„ gering	„	13,80	13,20	Karpfen	1 kg	2,20	1,20
Richtstroh	„	4,16	3,50	Aale	„	2,80	1,20
Heu	„	7,20	4,—	Zander	„	2,40	1,10
†) Erbsen	„	40,—	25,—	Hechte	„	1,80	1,—
†) Speisebohnen	„	50,—	25,—	Barsche	„	1,80	0,80
†) Linsen	„	70,—	30,—	Schleie	„	2,80	1,20
Kartoffeln, neue	„	7,—	5,—	Bleie	„	1,40	0,80
Rindfleisch, Keule	1 kg	1,60	1,20	Krebse	per Schock	12,—	3,—
do. Bauch	„	1,20	1,—				

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuß. Landwirtschaftskammern — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner. †) Kleinhandelspreise.

Produktenmarkt vom 14. November. Die schon seit längerer Zeit währende Stille am Getreidemarkt führte, da jegliche Kauflust fehlte und von außerhalb nicht die geringste Anregung gegeben war, zu einer förmlichen Stagnation der geschäftlichen Thätigkeit. Die starke Zunahme der New Yorker Weizenbestände um mehr als 1½ Millionen Bushels schreckte die Käufer in so hohem Grade ab, daß am Frühmarkte thatsächlich nicht ein einziger Abschluß zu stande kam. Mittags wurden einige geringfügige Umsätze in Weizen und Roggen zu etwas billigeren Preisen als gestern vollzogen. Hafer lag ziemlich fest. Rüböl weichend.

Spiritus lag still aber fest auf niedrigerer Produktionsziffer der Statistik. Loco 70er 47,50 M. (+ 0,10 M.)

Kartoffelfabrikate. Feuchte Kartoffelstärke 10,60 M. Ia reine Kartoffelstärke disponibel und Dezember-Januar 20,00—20,25 M. Ia Stärke und Mehl, Mittel-Qualität 19,00—19,50 M. per 100 Kilogramm.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

N. O. Tabes heißt Schwindsucht.

A. K. 983. Fragen Sie doch in einer Vogelhandlung an.

A. E. H. Darf nicht älter als dreißig Jahre sein. Der Kursus dauert sechs Monate, kostet 300 M. Kostenfreie Ausbildung giebt es auch; wenden Sie sich an die Direktion der Charité.

Eine Million. Vielleicht kann Ihnen das der verflossene Seehandlungs-Präsident, Herr v. Zedlitz, Vertrauensmann der „Post", verraten. Uns fehlen nicht nur der Metermahlstab, sondern leider auch die betreffenden bunten Papierchen.

Ostreicher. Sie sind hart, aber gerecht dafür bestraft worden, daß Sie sich haben verleiten lassen, den Thorheiten der Heilsarmeeler beizuwohnen.

Zwei Wettende fragen an, ob der Mond größer sei wie die Erde. Wer weiß es?

N. O. S. Handlungsgehilfen und Lehrlinge unterliegen der Krankenversicherungspflicht nur, wenn durch Vertrag vereinbart ist, daß der Anspruch auf Gehalt und Unterhalt ihnen für die Dauer einer Krankheit ganz oder teilweise verloren geht. Dem versicherten Handlungsgehilfen steht neben seinem Gehalt das volle Krankengeld zu. Es liegt demnach für Sie kein Grund zum Austritt vor. — **B. D. 39.** Ihre Tochter kann zur Rückkehr in die Stelle nicht gezwungen werden, weil erstens kein Gesindeverhältnis vorliegt und ferner Ihre Erlaubnis fehlt. — **M. M.** War Ihr Junge am 4. November noch nicht 7 Jahre alt, so müssen Sie die Fensterscheibe vollständig, sonst garnicht ersetzen. — **K. P. Z.** Nein. — **K. Dbg.** Die Anmeldung ist nicht erforderlich, aber zweckmäßig. Gewerbesteuer ist nach dem Gewerbesteuer-Gesetz in Ihrem Falle nicht zu zahlen. Nicht Sie, sondern ihr Auftraggeber betreibt das „Gewerbe". Ein Gewerbe liegt auch auf seiner Seite nicht vor, da von ihm keine Erwerbsthätigkeit ausgeübt wird, falls nicht etwa für die Einzelfälle Zahlung genommen wird. — **H. S. Z.** 1. War für das Kind, nicht für die Mutter das Geld gezahlt, so ist es von der Mutter und dem Großvater im Klagewege zurück zu verlangen. 2. Nur private Erkundigung ist zweckdienlich. Institute haben keinen Wert. — **M. M. 96.** Ihr Einverständnis kann nur durch einen Rechtsanwalt erklärt werden. Ist die Klage auf andere Ehescheidungsgründe als die gegenseitiger Einwilligung gestützt und nicht ohne weiteres hinfällig, so ist Ihre Anwesenheit nicht erforderlich. Es wird dann neuer Termin anberaumt und von Amts wegen Beweis erhoben. — **Charlottenburg.** Ja. — **H. Z., Mainz.** Das Bürgerliche Gesetzbuch ist ohne Einfluß auf Ihren Kassenverein. Sie können den Auflösungsbeschluß und die Auflösungsmodalitäten treffen, wann Sie wollen. Ihr Statut hat im übrigen zwei sehr erhebliche Fehler. Zunächst fehlt eine klare Bestimmung darüber, was aus dem Vermögen im Falle einer Auflösung stattfinden soll. Ferner fehlt die Bestimmung, daß keinem Mitglied ein klagbarer Anspruch auf Krankengeldzuschuß zustehen soll und der Ersatz eines Rechtsanspruchs durch demokratische Organisation. Die von Ihnen gewählte Instruktion giebt habgierigen fiskalischen Gemütern gar zu leichte Handhabe, aus dem Verein eine nicht genehmigte und verbotswidrige Vereinbarung zu konstruieren und das Vermögen aufzuschlucken. Aendern Sie die Statuten. — **100. F. L.** Die Civilliste des Königs von Preußen beträgt 15 719 216 Mark. — **E. E. Volta.** Sie können auf Beseitigung der Röhren, soweit dieselben die freie Aussicht verkümmern, und eventuellen Schadenersatz gegen den Wirt klagen. Mit einem Anspruch auf Aufhebung des Vertrags würden Sie nicht durchdringen. — **Neuhaus.** Da das Arbeitsverhältnis nicht gelöst war, so war Krankengeld zu zahlen. — **August Seidel.** Erkner gehört zum Bezirk des Landgerichts Berlin II, Hallesches Ufer 29/31. — **P. L. 25.** Eine gleichlautende Frage ist bereits vor einer Woche in bejahendem Sinne beantwortet. — **Kinck.** Briefliche Antwort zu erteilen lehnen wir ab. Wollen Sie Ihren Zweck erreichen, so müßten Sie 7b der Bedingungen ausfüllen oder schriftlich bei Lebzeiten Ihre Forderung mit Genehmigung der Gesellschaft der Betreffenden übertragen. — **W. W., Rixdorf.** Nein. — **T. T. F. 39.** 1. Ein solches Bureau giebt es nicht. Sie werden die Anmeldestube des Amtsgerichts I, Neue Friedrichstraße 13, meinen; dort können Klagen usw. zu Protokoll erklärt werden. 2. Das ist kein Scheidungsgrund, vielmehr nur ein Grund auf Herstellung des ehelichen Lebens zu klagen. 3. Nein. — **Sch. 87.** Der Anspruch ist einklagbar, falls eine solche Vermittelung des Grundstückskaufs thatsächlich stattgefunden hat. — **B. W., 2 Wettende.** Das Kind kann nur Ihren Namen tragen. Sie haben aber das Recht, auf Unehelichkeitserklärung gegen das Kind zu klagen. Eine solche Klage hat aber wenig Aussicht auf Erfolg. Denn es genügt zum Erfolg der Klage nicht, daß nachweislich Ehebruch getrieben ist. Vielmehr müßte nachgewiesen werden, daß das Kind unmöglich von Ihnen gezeugt sein kann. **E. 1.** Erst veranlassen Sie den Sühnetermin, ist dieser fruchtlos verlaufen, dann wenden Sie sich an den Armenvorsteher mit dem Antrag, Ihnen zu bescheinigen, daß Sie zur Tragung der Kosten unvermögend sind. Diese Bescheinigung reichen Sie unter Darlegung der Klagethatsachen an das Landgericht ein und beantragen, Ihnen das Armenrecht zu bewilligen. — **M. W., Charlottenburg.** Sie sind im Unrecht.

Witterungsübersicht vom 14. November 1899, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemünde	769	W	2	Dunst	8	Haparanda	766	SW	2	bedeckt	−2
Hamburg	771	WSW	2	bedeckt	8	Petersburg	766	NNW	1	bedeckt	−2
Berlin	770	Still	—	Regen	8	Cork	769	SW	5	wolkig	9
Wiesbaden	773	W	2	Nebel	4	Aberdeen	761	SSW	3	bld. bed	10
München	773	SO	1	heiter	1	Paris	771	SO	1	bedeckt	3
Wien	771	WNW	3	bedeckt	6						

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 15. November 1899.

Mild und zeitweise heiter, vielfach nebelig bei schwachen südöstlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redacteur: **Paul John** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Zum Boerenkrieg.

Zum „Kreuz-Zeitungs"-Artikel über Boerenmiliz und socialdemokratische Milizforderung, den wir bereits in einer Notiz abfertigten, sendet uns Herr Karl Bleibtreu folgende Bemerkungen:

„Jetzt werde natürlich für die Miliz Reklame gemacht, in diesen Kreisen herrsche ja die Phrase", lesen wir soeben. Dem dringenden Bedürfnis, für stehende Heere Reklame zu machen, wird ja genugsam entsprochen; auf wessen Seite aber die hohle, unwissende Phrase ertönt, verdient kurze Erörterung.

Gegen unsere Ausführungen hilft sich die „Kreuz-Zeitung" in ihrer tödlichen Verlegenheit durch Schimpferei auf das deutsche Volk, das mindestens dreijährigen Kasernendrills bedürfe und tief unter den Boeren stehe. Bei diesen Patrioten besteht eben die Vaterlandsliebe in Anbetung der Regierenden, während man die misera plebs contribuens des eigenen Volkes nach Herzenslust verächtlich machen darf. Sie neckt: Die „Feldherren" der Socialdemokratie würden, weil ihnen sicher die Pferde durchgingen, sich wohl des Automobils bedienen". Beiläufig kein unebener Vorschlag, da so in Zukunft die traurigen Irrungen vermieden werden könnten, die 1870 das greise deutsche Hauptquartier infolge mangelnder Bewegungsfähigkeit vom 15. bis 19. August lähmten. Natürlich geht im übrigen solch hinterhältiger Schuß des Kreuzritters in leere Luft; denn von den Reitkünsten einer gemeinten Person, die in ihrer Jugend tagelang zu Pferde saß und sogar einen Fluß durchritt, weiß er ungefähr ebensoviel wie von strategischer Wissenschaft, nämlich nichts. Aber seine dummen Leser lachen, das genügt. Besagte Feldherrn hätten noch nie „Gelände taxiert", hätten überhaupt nichts „als ihr so vielfach gepriesenes Genie". Um sich von diesem geschmackvollen Scherz zu erholen, wird als einziger ernsthafter Einwand betont, daß Milizen doch nie ohne langen Dienst aus Kanonen schießen könnten und die Boeren ihre zahlreiche Artillerie lange Zeit fleißig exerciert hätten. Schade, daß man die Kreuzritter auch aus diesem Wahne reißen muß. Die „Staatsartillerie" der Boeren besteht nur aus 16 Geschützen und 300 Mann, welche aber leider nicht fleißig exercieren konnten, da das Material erst spät aus Creuzot eintraf. Außerdem berichtet eine Johannesburger Korrespondenz der „Köln. Ztg.", daß die richtigen Boeren von Artillerie nichts wissen wollten. Alle übrigen Geschütze wurden von absolut unerfahrenen Neulingen bedient. Und das soll etwas Neues sein? Wie oft betonte man schon, daß die Pariser und Gambettasche Artillerie unvergleichlich besser schoß, als die weiland kaiserliche Berufsartillerie; General Trochu selbst aber nennt in seinen Memoiren diese plötzliche Volksartillerie „noch improvisierter als unsere Infanterie". Danach mag man sich das übrige denken. Bei St. Quentin hielt eine Bürgerwehr-Batterie, die noch keinen Schuß nach der Scheibe that, heldenmütig gegen drei deutsche Batterien stand und die Leistung der Pariser Geschützimprovisierung in der zweitägigen Schlacht von Champigny übertrifft an Opferfähigkeit und Ausdauer jede berühmte artilleristische That der Kriegsgeschichte. Wäre übrigens der Kreuzritter mit der ballistischen Technik fortgeschritten, so würde er wissen, daß heut das Einschießen mit Gewehr und Geschütz viel leichter fällt als früher, aus einer Reihe mechanischer Gründe. Außerdem bedingt das heutige Fern- und Schnellfeuer ein sofortiges Lockern jeder Feuerdisziplin, lediglich die Massenhaftigkeit des Geschoßregens als solche schlägt durch. Mehr denn je entscheidet also nur die strategische Anlage, die ermöglicht, größtmögliche Ueberzahl an Gewehr und Geschütz am passenden Punkte einzusetzen. Die Mechanik des Feuerkampfes verbürgt dann schon die taktische Entscheidung für den Stärkeren. Aber das denkt wie ein Seifensieder und enthält die ganze lächerliche Unreife berufsmilitärischer Anschauung, d. h. das Wertlegen auf Nebensachen. „Das Gelände taxieren?!" Eine schöne Aufgabe für den Feldherrn! So sieht sich der Krieg an . . . vom Standpunkt eines Compagnieführers!! Und derlei albernes Gewäsch wird dann natürlich noch von der unwissenden Menge als tiefsinnige Weisheit eines „Fachmannes" nachgebetet! Wie der berühmte preußische Theoretiker, General Willisen, es zugab: Strategischer Fachmann ist der Gelehrte, der mit prüfender Denkkraft die Erfolgsbedingungen untersucht — nicht der kommandierende General, der „praktisch" seine Nichtkunst bethätigt. Hätten uns etwa die französischen Generale und die meisten deutschen 1870 über den Krieg belehren dürfen, weil ihre erprobte Kriegserfahrung sie zu den unglaublichsten Schnitzern gegen das ABC gesunder Führung begeisterte? Freilich, das Feldherrntum selber gewinnt man noch nicht mit der Theorie, worunter wir nicht blasse Dogmatik, noch bloße zersetzende Kritik, sondern festgefügten Gedankenschatz eines positiven Systems verstehen, das durch Erkenntnis der Dinge die Lösung für alle nur möglichen Fälle bereit hält. In der Krisis selber entscheidet der Charakter des Feldherrn und sein natürliches „Genie". Nicht „das Gelände überschauen" soll der Feldherr, sondern die Operationskarte, und „taxieren" die lebendig wirkenden Kräfte. Und das thun die Boeren-Führer reichlich mit Vorbedacht.

Versammlungen.

Eine Mitgliederversammlung der Stockarbeiter tagte am 7. November bei Stechert. Genosse Rein referierte über „Die Gewerkschaften und die Arbeiterschutz-Gesetzgebung". Auf eine Diskussion wurde verzichtet. Zum dritten Punkt führte Liebe aus: Es machen sich seit einiger Zeit Anzeichen bemerkbar, daß von seiten der Celluloid-Fabrikanten Bestrebungen dahin gerichtet werden, die Verhältnisse in der Celluloidbranche zu verschlechtern, daß es deshalb Pflicht der Kollegen wäre, durch desto festeres Zusammenschließen diesem Druck einen starken Gegendruck entgegen zu setzen. Im weiteren kamen die Verhältnisse in der Fabrik von Remmert zur Sprache, es sollen dort geradezu traurige Zustände herrschen. Nach eingehender Diskussion, in der das Verhalten der Remmertschen Kollegen aufs schärfste verurteilt wurde, gab man dem Vertrauensmann mit auf den Weg, in Zukunft mehr in der Werkstatt zu agitieren und für nächste Zeit eine Werkstattversammlung zur Orientierung der Agitationskommission einzuberufen. Hierauf beschäftigten sich die Anwesenden mit der Firma Noa und wird der Vorstand ersucht, in nächster Zeit dort weitere Schritte zu thun, um dort wieder geregelte Zustände zu schaffen. Ebenfalls wurden die Zustände in der Ludwigschen Werkstatt näher beleuchtet. Der Fabrikant wollte dort einen Hausdiener, 30 Jahre alt, den er mit 10 M. Wochenlohn eingestellt hatte, an der Polierbank zum Polieren benutzen. Dies ließen sich jedoch die Kollegen nicht gefallen, und durch ihr einmütiges Zusammenstehen mußte Herr Ludwig denselben wieder entfernen. Unter Verschiedenem wurde darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Wiener Kollegen zur Erringung der neunstündigen Arbeitszeit im Streik befinden und werden die Kollegen ersucht, nach Wien keine Stellung anzunehmen. Im weiteren wurde der Kollege Felix Schmidt wegen seines Verhaltens in dem Kontraktbruch-Prozeß gegen die Firma Noa aus dem Verband ausgeschlossen.

Der Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmachergehilfen, Zweigverein Berlin, hielt am 9. d. M. seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Wermke gab eine kurze Schilderung der Vorgänge, die zur Trennung des bisher mit der „Freien Vereinigung selbständiger Barbiere" gemeinschaftlich geführten Arbeitsnachweises führten. Wie schon bekannt, wurde von den organisierten Gehilfen jener Vereinigung ein Vertrag vorgelegt, der die sogenannte Streikklausel enthielt. Dieser Vertrag wurde abgelehnt und auch Verhandlungen darüber ausgeschlagen. Die „Freie Vereinigung" sah sich bald nach einem Lokale um und als in einer gemeinsamen Sitzung der Arbeitsnachweis-Kommissionen von unserer Seite Bericht gegeben werden sollte, war schon alles für einen eigenen Nachweis der Selbständigen fertig. In der Reklame für ihr Unternehmen gingen die Herren so weit, von einer Verlegung ihres Nachweises aus der Rosenthalerstr. 57 zu sprechen. Die dadurch hervorgerufenen Unklarheiten sind wohl durch die Notiz im „Vorwärts" vom 8. d. M., daß sich der Nachweis nach wie vor Rosenthalerstr. 57 befindet, richtig gestellt. Nach lebhafter Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung tadelt das rigorose Vorgehen der „Freien Vereinigung" bei der Trennung des Arbeitsnachweises, ganz besonders das Verhalten einzelner Personen. Die Gewerkschaftsdelegierten werden beauftragt, sich dieser Sache weiter anzunehmen."

Für die selbständigen Herren- und Knaben-Konfektionsschneider fand am Mittwoch eine öffentliche Versammlung in Haberechts Lokal in der Frankfurterstraße statt. Kiesel, der das einleitende Referat hielt, führte den Anwesenden unter Bezugnahme auf die elende Lage der Konfektionsschneider den Wert einer guten Organisation vor Augen. In der regen Diskussion wurden von verschiedenen Seiten die Mißstände geschildert, unter denen die Konfektionsschneider zu leiden haben. Man gedachte der unwürdigen Behandlung, welche die Konfektionäre den Schneidern und deren Frauen bei der Ablieferung der Arbeit zu teil werden lassen, ferner wurde hervorgehoben, daß die infolge des 1896er Streiks getroffenen Vereinbarungen schon lange nicht mehr beachtet werden und daß die Löhne heute geringer seien wie vor dem Streik. Es sei dringend notwendig, daß sich die Herren- und Knabenkonfektions-Schneider der Organisation anschließen, damit sie etwas für die Verbesserung ihrer Lage thun können. Man müsse die Forderung stellen, die jetzigen Löhne um 25 Proz. zu erhöhen. So lange in der Konfektion die Hausindustrie herrsche, sei an eine erfolgreiche Bekämpfung der Mißstände nicht zu denken. Deshalb müsse auch die Einführung von Betriebswerkstätten durch die Konfektionäre gefordert werden, und wenn die letzteren sich weigern, bis zu einer festzusetzenden Zeit Werkstätten einzurichten, müsse man sie zur Durchführung dieser Forderung veranlassen, indem man für die Hausindustrie 25 Proz. mehr Lohn fordere wie in den Betriebswerkstätten. Im Laufe der Debatte kam auch die Organisationsfrage zur Sprache. Ritter, der Vertrauensmann der Schneider, vertrat die Ansicht, die selbständigen Konfektionsschneider würden ihre Forderungen nicht durchsetzen können, wenn sie nicht mit den Arbeitern und Arbeiterinnen der Branche Hand in Hand gehen, auch halte er die Sonderorganisation der selbständigen Herren- und Knaben-Konfektionsschneider nicht für ein geeignetes Mittel zur Förderung der gewerkschaftlichen Interessen. Da bei einer Lohnbewegung in der Konfektions-Industrie mit den billigen Arbeitskräften in der Pfalz, Aschaffenburg usw. zu rechnen sei, so könne nur im Anschluß an die Centralorganisation eine Lohnbewegung mit Aussicht auf Erfolg durchgeführt werden. Diese Ausführungen Ritters wurden von einem Teil der Versammlung mit Beifall aufgenommen, ein Redner trat auch rückhaltlos für den Anschluß an den Centralverband der Schneider ein, andere waren dagegen der Meinung, die Interessen der Herren- und Knaben-Konfektionsschneider könnten besser durch eine besondere Organisation derselben vertreten werden, und aus diesem Grunde sei auch seiner Zeit der Verein selbständiger Herren- und Knaben-Konfektionsschneider gegründet worden.

Eine Versammlung der Kistenmacher beschäftigte sich am 9. d. M. in den „Arminhallen" mit dem Ausstand bei Drechsel. Der Inhaber der genannten Firma war eingeladen, hatte es aber schriftlich abgelehnt, in der Versammlung zu erscheinen. Noack erstattete hierüber Bericht. Aus demselben ging hervor, mit welchen Manipulationen der Unternehmer sucht, die organisierten Arbeiter nach und nach aus seiner Fabrik zu bannen, um die in diesem Jahr errungenen höheren Löhne wieder reduzieren zu können. Ferner wird bekannt gegeben, daß sich auch hier wieder Arbeitswillige finden, um den im Ausstand befindlichen Kollegen in den Rücken zu fallen. Hierauf wurden noch Vereinsangelegenheiten geregelt und bekannt gemacht, daß am 27. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung bei Stechert, Andreasstr. 21, stattfindet, mit der Tagesordnung: „Statuten-Aenderung".

Mit polizeilicher Auflösung endete eine von anarchistischer Seite einberufene Volksversammlung im Luisenstädtischen Konzerthause, die sich mit der Gedächtnisfeier des 11. November beschäftigte. Da der angemeldete Referent nicht erschienen war, ließ der Einberufer die Versammlung sofort in die Diskussion eintreten. Einige Anwesende hielten Reden über die Chikagoer Märthyrer, auch wurde die Frage der Propaganda der That erörtert. Als der Vorsitzende noch einmal das Wirken der für die Revolution Gestorbenen pries, und die Anwesenden sich, um das Andenken derselben zu ehren, von den Plätzen erhoben, löste der überwachende Polizeileutenant nach etwa einstündiger Dauer die Versammlung auf.

Donnerstag, 16. November, abends 8½ Uhr, bei Köhler, Teltowerstr. 38: 211/9

Kommunalwähler-Versammlung für den 6. und 7. Bezirk.

Tages-Ordnung:
1. Die Stichwahlen. Referent Stadtverordneter Dr. Curt Freudenberg. 2. Ansprachen der Kandidaten. 3. Diskussion.

Das Wahlkomitee.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Achtung! Parteigenossen! Achtung!

45. Kommunal-Wahlbezirk.

Donnerstag, den 16. November, abends 8¼ Uhr, bei Maul, Perlebergerstr. 13:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
Die bevorstehende Stichwahl. Referent Th. Glocke.
248/8 Der Vorstand.

Parteigenossen, um den Sieg in unserem Wahlkreis zu einem vollständigen zu machen, ist es notwendig, daß die Genossen bis zum Tage der Stichwahl unablässig agitieren, damit der Genosse Glocke am Tage der Wahl als Sieger hervorgeht. D. O.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute, Mittwochabend, 8½ Uhr bei Cohn, Beuthstr. 20–21:

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:
1. Lohn- und Accordarbeit. 2. Einsetzer-Tariffrage. 3. Werkstattstreiks und Differenzen. 278/10
Jede Werkstatt muß vertreten sein.
Die Ortsverwaltung.

Westen und Südwesten: Bezirks-Versammlung.
Mittwoch, den 15. November, abends 8½ Uhr, im Lokale der Brauerei von Habel, Bergmannstraße 5/7 (nicht wie in der Sonntagsnummer irrtümlich angegeben bei Gosse, Kreuzbergstr.)

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen A. C. Täterow über: „Die Bedeutung der Arbeiterbewegung für die sociale und politische Entwicklung. 2. Verschiedenes.
Neue Mitglieder werden aufgenommen. Frauen haben Zutritt.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Versammlungen stets in Habels Brauerei stattfinden; es wird ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Berichtigung.
In dem Inserat „Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verw. Gewerbe" muß es im Absatz 2 der dritten Zeile der Tagesordnung statt: „Schelnig", Rendanten „Scheling" heißen.

Natur-Heilverfahren.
Haut-, Harn- und Blasenleiden, ebensolche Frauen-Krankheiten, ohne Berufsstörung. [30590*
R. Wagner, Wallstr. 23.
Sprechst.: 9–2, 5–9; Sonnt. 9–2.

Achtung! **Metallarbeiter.** Achtung!

Mittwoch, den 15. Nov., abends 6 Uhr, im Friedrichstädt. Kasino, Friedrichstr. 236:

Oeffentliche Versammlung

aller bei der Firma Siemens & Halske (Stadtgeschäft) beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Die 10–50 Proz. Abzüge bei der Firma Siemens u. Halske und wie verhalten sich die Kollegen hierzu.
2. Diskussion.
Die Direktion sowie Herr Obermeister Rehfeld sind besonders eingeladen. 8385
Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen aller dort Beschäftigten unbedingt notwendig.
Der Einberufer.

Genossinnen und Genossen!
Mittwoch, den 15. November, abends 8½ Uhr:

Volks-Versammlung

in Stecherts Festsälen, Andreasstr. 21.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Vertrauensperson und Neuwahl derselben.
2. Vortrag der Genossin Emma Ihrer über: Die Frau in der Socialdemokratie. 1/17
3. Diskussion.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen besonders der Frauen ersucht
Die Vertrauensperson.

Achtung! Achtung!
Arbeiter der städtischen Gaswerke.
Donnerstag, 16. November, abends 8 Uhr, in Buskes Salon, Grenadierstraße 33:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission betreffs unserer Lohnerhöhung. 2. Wie stellen sich die Accordarbeiter zur Beseitigung des Accords resp. Erhöhung der Preise. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 270/9
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, eifrig für den Besuch der Versammlung zu agitieren.
Die Lohnkommission.

Achtung! **Putzer.** Achtung!
Am Mittwoch, den 15. November, abends 6 Uhr, bei Keller, Koppenstraße 29:

Oeffentliche Versammlung der Putzer Berlins und der Vororte.

Tagesordnung: 1. Das Verhalten der Kollegen nach dem Streik. 2. Wahl der Delegierten zur Konferenz der Maurer der Provinz Brandenburg. 3. Wahl der Revisoren zur Streikabrechnung. 192/1

Buchenholz und Eichen-Abfallholz 1965
ist als Ofenheizung besser wie Kohlen. Zu den billigsten Preisen liefert
W. Jonentz, Bärwaldstr. 64.

Dr. Simmel Moritzplatz, i. Haus d. Aschinger 2 Treppen rechts
Specialarzt f. Haut- u. Harnleiden.
10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.*

Achtung! Kösliner Hof.
Köslinerstr. 8.
Sonnabend, den 10. Februar, zum Maskenball frei. [30552*

Saal empfehle den Parteigenossen für Versammlungen, Gesellschaften und Vereine.
A. Buscekow, Krautstr. 6.
8065 Telephon VII, 3555.

Achtung! Vereine.
Sonnabend 13., 27. Januar.
Saal frei!
30109*] Alexanderstr. 27c.
Englischer Garten.

Teilzahlung monatlich 10 M. liefert elegante Herrengarderobe n. Maß, Tomporowski, Schneidermstr., Neanderstr. 16, II, an der Annenstr. (Auch bar Kassa billigste Preise.) *

Zu dem heutigen Wiegenfeste des „Kupper-Budikers" Carl Clemens ein dreifach donnerndes Hoch. [8465
W. B. sen., W. B. jun., R. H. A. T.

Wir geben hiermit zur gefl. Kenntnis, daß sich unsere
Buchdruckerei
jetzt Prenzlauer Allee 23 (nahe Heinersdorferstraße) befindet. [7065
Golm & Taubmann.

Vom Schwein
ein großer Posten fr. Blut- u. Leberwurst, auch Eisbeine, Wellfleisch rc. sollen am Busstag im Lokal Paradiesgarten, Birkenwerder, verspeist werden. Vereine und Herrenpartien bitte ich hieran zahlreich teilzunehmen. 8295
A. Burgemeister.

Knabenanzüge u. Paletots, Mädchenkleider u. -Mäntel preisw.
29162*] O. Hoffmann, Veteranenstr. 14.

29759*
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

Achtung! **Maler.** Achtung!
Mittwoch, 15. November, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Kombinierte Versammlung sämtl. Filial. Berlins u. Rixdorfs

Tages-Ordnung:
1. Paritätischer Nachweis oder Gewerkschaftsnachweis. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 124/19
Wegen der Wichtigkeit des ersten Punktes werden die Kollegen zum Erscheinen dringend aufgefordert.
Der Obmann: W. Berndt.

Töpfer Charlottenburgs!
Mittwoch, den 15. Nov., abends 6 Uhr, in der Gambrinus-Brauerei, Wallstraße 94:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Was lehrt uns der letzte Streik?
Den Kollegen ist Gelegenheit geboten, in dieser Versammlung dem Verband beizutreten. 194/6
Der Einberufer: Kundl.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 15. November.

Opernhaus. Der Apotheker und der Doktor. Vorher: Vergißmeinnicht. Anfang 7½ Uhr.
Schauspielhaus. Der Herr im Hause. Anfang 7½ Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Gustav Adolf-Festspiel. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Das Friedensfest. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Als ich wiederkam... Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Zaza. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die Jungfrau von Orleans. Anfang 8 Uhr.
Neues. Ein unbeschriebenes Blatt. Anfang 7½ Uhr.
Westen. Carmen. Anfang 7½ Uhr.
Thalia. Der Platzmajor. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7½ Uhr.
Luisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7½ Uhr.
Carl Weiß. Der Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Ein gesunder Junge. Anfang 8 Uhr.
Victoria. Die Chansonnette. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Gastspiel des Schlierseer Bauern-Theaters. Liserl vom Schliersee. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Specialitäten-Vorstellung. Rund um Berlin. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Frau Luna. Specialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Palast. Susanne im Bade. Specialitäten-Vorstellung. Anf. 8 Uhr.
Passage-Panoptikum. Specialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/62. Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Mittwoch, abends 8 Uhr: **Die Jungfrau von Orleans.** Romantische Tragödie in 1 Vorspiel und 5 Akten von Friedrich Schiller.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Der Richter von Zalamea.**
Freitag, abends 8 Uhr: **Die Grossstadtluft.**

Apollo-Theater.

Um ¾8 Uhr abends:
Frau Luna
mit dem Luftballett „Grigolatis" und Frl. Willi Walden a. G. Ferner: **Dressierte Füchse** von Prof. Bonetty vorgeführt.
Robert Steidl. - Barras. Mlle. Rosalba. Eva Haller. The Gothams. Franklins, der Kosmograf.
Anfang 7½ Uhr.
Vorverkauf täglich im Theater, beim „Künstlerdank", Unter den Linden 69, und beim „Invalidendank", Unter den Linden 24 I.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Geisha.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittag 3 Uhr zu halben Preisen: **Die Fledermaus** von Johann Strauß.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 6440. Dresdenerstr. 72/73.
Der Platzmajor.
Thomas, Thielscher, Helmerding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Mutoskop-Terzett.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstraße 132.
Beste Novität der Saison. Täglich fast ausverkauft. Täglich:
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang in 3 Akten (15 Bildern) von Dir. Carl Weiß und Jos. Dill. Musik von M. Fall. Anfang 8 Uhr.
Sonnabendnachmittag 3½ Uhr: 1. Kinder-Vorstellung. **Dornröschen.** Weihnachts-Feerie mit Gesang. Neue Dekorationen. Kleine Preise.

Palast-Theater
früher **Feen-Palast,** Burgstr. 22.
Berlin amüsiert sich
Berlin lacht Thränen
von 8½ bis 9½ Uhr zum 49. Male
Susanne im Bade.
Berlin staunt um 10 Uhr über die Meister-Hochturner
Drei Vasilescu.
Anf. 7½ Uhr. Kassenöffnung 6½ Uhr. Billet-Vorverkauf von 11—1 Uhr.
Sonnabends nach der Vorstellung: **Gesellschaftsabend und Tanz.** Besucher der Vorstellung: Frei-Tanz.
Vorzugskarten sind gültig und in allen Cigarr.-Gesch. zu haben.

Metropol-Theater.
Mlle. Miette.
Carmen Rocas.
Georg Kaiser.
Familie Klein.
Tarlakoff. Zalva Trio.
Cabaret. Mary Wolf.
Die Piccolos.
Um 9 Uhr 30 Minuten der Schlager der Saison:
!! Rund um Berlin. !!
Anfang: Wochentags 8 Uhr, an Sonn- und Festtagen 7½ Uhr. Ende 11 Uhr. Telephon Amt I 2126.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.

Täglich außer Sonnabends
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Donnerstag und Sonntag nach der Soiree: **Tanz.**
Hoffmann mit'n Leierkasten.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
5. Centennar-Vortrag.
Geheimrat Professor Dr. Fritsch:
„Ein halbes Jahrhundert der Lichtbildkunst."
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. **Sternwarte.**
Nachmittags 5—10 Uhr.

Passage-Theater.

Neu!
Anatomisch. Museum.
Dienstags für Damen.
Passage-Theater:
Vorst. v. 7—10½.
15 erstklassige Debuts.

CASTANS PANOPTICUM
Präsident von Transvaal
„Ohm" Krüger
und
General Joubert
mit kriegsgerüsteten
Boeren.
Eine Gruppe von aktuellstem Interesse!

Circus Alb. Schumann
Grösster equestrischer Circus der Welt.
[illegible]
Circus Renz

Heute, Mittwoch, abds. präc. 7½ Uhr: **Gala-Vorstellung.** Ganz exquisit. Programm. U. a.: **Gavotte viennoise,** das fliegende Ballett, in Prachtkostümen getanzt von der Solotänzerin Fräul. Bertha Happé und 80 Damen des Corps de Ballet. **Das fin de siècle der Dressur. Die dress. Rapphengste im Kindergarten. Pferde als Akrobaten. „Good Night",** das Original-Bettpferd. Sämtl. Orig.-Dress. des Dir. Alb. Schumann. Parforce-Hirschjagd mit 2 extra dazu dress. Edelhirschen. The 7 Eugens, Elite-Port.-Akrob. Mstr. Joe Hodgini, Gentlemen-Jockey. Mons. Sascha, Saltomortalreiter. **„Master",** nach der bek. Melodie: Tarara — boom — die — die, in d. h. Schule dress. u. ger. v. Dir. Alb. Schumann. Miß Ella, Taubenkönigin. Mlle. Etienne, Lady-Jockey. Burlesque-Clowns Rappo u. Reade. Mlle. Helène Gérard, franz. Schulreiterin, ꝛc. ꝛc.

American-Theater.
Dresdenerstr. 96. Dir.: Emil Schnabl.
„Berlin ulkt!"
Und das sensation. Specialitäten-Programm. 12 erstklassige Debuts. Konzertanfang 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

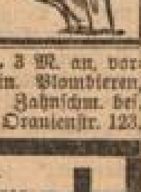
Cirkus Busch.
Heute, Mittwoch, abds. 7½ Uhr: **Grosser Elite-Abend. Die Camorra.** Original-Pantomime des Cirkus Busch. **Das elektr. durchleuchtete Wasserbassin.** Der Einbruch der italien. Diligence mit der 30' hohen Brücke. Der Sturz ins Wasser von der 100' hohen Felsenklippe. Außerdem: **Die Seelöwen,** Wunderdressur. Die Ritter-Tourniere in voller Rüstung. Madame Maria Doré-Footit als Schulreiterin. Clown Daniels als Champion-Boxer. Morg. abend 7½ Uhr: Gala-Abend.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Grüne Jungs.
Gesangsposse in 1 Akt von Ely.
Eugen Rossée, Mimiker. Elsa Messer (prolongiert). Franziska Held. Gertrud Bürgel.
Freitags: **Familienabend.**
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorzugskarten an Wochentagen gültig.
Freitag, den 17. November 1899: **Benefiz für Willi Harnisch. „Unser Helgoland."** Liederspiel von O. Wagner.

W. Noacks Theater,
Brunnenstraße 16.
Wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.
Donnerstag:
Der Trompeter von Säkkingen
Romantisches Schauspiel mit Gesang in 3 Akten (7 Bildern) von Hildebrandt und Keller.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.

Heute zum Schluß:
Cavalleria schufticana.
Romantische Oper von Meysel.
Anf. präc. 8 Uhr.



Künstliche Zähne, 3 M. an, vorzüglich, sitzt schmerzl. ein. Plombieren, schmerzl. Zahnziehen, Zahnschm. bei. Rep. sof. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Naturheilverfahren.
Ich heile
ohne Berufsstörung alle Männer- und Frauenleiden, ebenso Nieren- und Blasenleiden. Naturgemäße Behandlung. 3045L*
Fr. C. Henke,
Rathenowerstr. 49, I. Ecke Perlebergerstrasse.
Sprechstunden 9—2, 5—9, Sonntags 9—2. Bei Vorzeigung der Verbandskarten 10 Proz.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Specialarzt für
Haut- u. Harnleiden
Frauen-Krankheiten.
Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7—8: Friedrichstrasse 114, I.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.
Unser Mitglied
H. Krumbügel
ist am 13. d. Mts. verstorben.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags um 3½ Uhr, auf dem Dankeskirchhof, Müllerstraße, statt.
167/17 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Bertha Kienbaum
geb. Hilker am Montag von ihren Leiden erlöst worden ist. Die Beerdigung findet am Donnerstagnachmittag um 4 Uhr von der Halle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. 8356
E. Kienbaum nebst Sohn.

Todes-Anzeige.
Verein d. Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Am Sonnabend, den 11. d. M. verstarb unser Kollege 138/19
Oskar Kroll
im Alter von 46 Jahren. — Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Moabit aus nach dem Neuen Johanniskirchhof am Plötzensee statt. Um rege Beteiligung bittet
Der Vorstand.
J. A.: **Hermann Holz.**

Todes-Anzeige.
Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler
u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Ortsverwaltung Berlin H.
Am 11. d. M. verschied nach schwerem Leiden das Mitglied unserer Kasse, der Tischler
August Wilke
im Alter von 55 Jahren. — Die Beerdigung findet heute nachmittag 3½ Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.
184/19 **Die Ortsverwaltung.**

Danksagung.
Für die herzliche Teilnahme und die reichlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schlossers und Bau-Anschlägers **Albert Graf** sage ich allen Beteiligten, Freunden, Bekannten und Genossen meinen herzlichsten Dank.
Wwe. **Marie Graf** geb. Franzkat.

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines geliebt. Mannes
Rudolf v. Flemming,
sowie für die reiche Kranzspende spreche ich allen Freunden und Genossen, besonders dem Personal der Zitherfabrik **Menzenhauer & Schmidt** und dem Gesangverein **Carthaus** meinen innigsten Dank aus. 8745
Die trauernde Gattin.

Pichelswerder. Mittwoch, 22. November (Busstag):
Extrafeine fr. Blut- und Leberwurst, wozu Freunde und Bekannte ergebenst einladet
3054L*
Der alte Freund.

Grünau! Achtung! Grünau!
Busstag: Wurstessen! 3053L*
wozu einladet **G. Lindenhayn.**

Grünau! [3052L] **Grünau!**
Der **Gesangverein „Eintracht"** (M. d. A.-S.-B.) feiert am 18. November 1899 im Lokal von **Lindenhayn** sein **4. Stiftungsfest** und ladet Freunde und Bekannte dazu ein. **Das Komitee.**

Den Hausfrauen zur gefl. Beachtung!
Kakao-Frühstück
Gemüse- und Kraftsuppen
Bouillon-Kapseln
Suppen-Würze
MAGGI
empfiehlt zur bequemen Herstellung einer guten, sparsamen Küche
Otto Drogies, NW., Rostockerstr. 56, Ecke Huttenstrasse.

Sind Sie Feinschmecker?
Dann trinken Sie nur **Carola-Kaffee.**
1 Theelöffel genügt vollständig, um sich 2 Tassen vorzüglichen gesundheitlich zuträglichen Kaffees herzustellen. Halb Bohnen- und halb Carola-Kaffee liefert in Stärke und Geschmack ein **ausgezeichnetes Getränk,** trotz dieser Vorzüge kostet ¼ Pfund Carola-Kaffee nur **30 Pfg.** Ueberall zu haben. [2634L*

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Beuthstr. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †58*

Zurückgesetzte Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9—12 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7506

Vorjährige elegante Winterpaletots und Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 25—40 Mark. Verkauf nur Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21 II. 7496

Winterpaletots, Anzüge, Regulatoren, Remontoiruhren, spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. [119/20*

Damenmäntel, Jacketts, wirklich billig, verkauft Strang, Alexanderstraße 15. 2018*

Bettsackrohr, Stuhlrohr, Bambus. C. H. Kramer, jetzt Wallstraße 16.

Betten, Teppiche, Steppdecken, Gardinen spottbillig Pfandleihe Neanderstraße 6. 119/20*

Fahrräder. Teilzahlung, mäßige Anzahlung, direkt aus Fabrik. Lager von 400 Maschinen, gebrauchte Fahrräder stets vorrätig. Imperial-Fahrradwerke, Dieffenbachstraße 33.

Fahrradhändler kaufen sämtliche Zubehör- und Rohteile, sowie Gestelle, gespannte Räder sehr vorteilhaft. Fahrradartikel en gros, jetzt Uckerstraße 3, Offenberg. 135/19*

Alpenstieglitze, die schönsten, ungarische Weinbergs-Hänflinge, reelle Männchen, empfiehlt Weinast, Wienerstraße 6. †101†

Kanarienroller-Verkauf Schramek, Boeckhstraße 50. †95*

Möbelsuchende kaufen Mahagoni sowie Nußbaummöbel, darunter Säulenspinden, Trumeau, geschliffenes Glas 50, hochelegante Paneel-Etageren-Taschen-Stoffsofas, hochfeine Muschelbetten, Küchenmöbel sowie vollständige Wohnungseinrichtungen zu billigsten Preisen. Hirschowitz, Mariannenstraße 7a. 268K*

Bettstellen, Matratzen, Stand Betten, Verschiedenes, spottbillig Adalbertstr. 28, Quergebäude, Thiele.

Teppich, prachtvoller, Mauerhoff, Große Frankfurterstraße 9. †58*

Möbel, bar und Teilzahlung, billigst. Frankfurter Allee 110, I. Ecke Königsbergerstraße. 137L*

Vermischte Anzeigen.

Elektrotechnik. Ausbildung zum Elektropraktiker in fünfmonatlichem Abendkursus. Beginn 14. November. Keine Vorkenntnisse. Jackson, Alte Jakobstraße 24. 6165

Elektro, Prinzenstraße 55. Neuer Abendkursus und Praktikum für Elektromonteure 15. November. [218L*

Elektrotechnik. Gründlichste Ausbildung zum praktischen Elektromonteur. 1. Dezember. Volta-Elektrotechnikum, Fischerstraße 10. 287K*

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 20 Jahren für tausende Kassen und Vereine Jean Holze, Hamburg, Große Drehbahn 45. Illustrierte Preislisten gratis. [134/1

Polstermöbel werden zu billigsten Preisen gearbeitet sowie neu aufgepolstert. Tapeziermeister Lazarus, Ankamerstraße 20. 237L*

Meyerlexikons, Brockhaus, Brehm und andere wissenschaftliche Bücher kauft und beleiht Antiquariat Kochstraße 56 I. 257L*

Verloren. Ein Trauring am 11. November 1899, gezeichnet E. S. 15. 10. 1883. Finder gute Belohnung. H. Posemann, Kastanien-Allee 96.

Vereinszimmer, 25—30 Personen, auch geeignet zur Zahlstelle, Reichenbergerstraße 177. †102

Atelier für Damenschneiderei zu soliden Preisen, Erlernen unentgeltlich. Frau Timmermann, Badstraße 34, 1 Treppe. †82*

Unfallsachen, Klagen, Eingaben. Putzger, Steglitzerstraße 65. 571b*

Privat-Mittagstisch von 12—3 Portion 35 Pf. Oranienstraße 178, I. Damen separate Zimmer. [234L*

Vermietungen.

Zimmer.

Möbliertes Zimmer, 1—2 Herrn, sofort zu vermieten. Porembs, Reichenbergerstraße 145/46, linker Aufgang vorn IV. †102*

Schlafstellen.

Freundliche Schlafstelle für Herrn, Frau Sagawe, Bergmannstraße 26.

Freundliche Schlafstelle Waldemarstraße 65a, 2. Hof links parterre.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Welcher Abonnent kann mir eine gute Lehrstelle als Werkzeugmacher nachweisen? Baumgärtel, Oberbergerstraße 27. †120

Stellenangebote.

Tüchtige Farbigmacher verlangt Engelufer 9. 815b

Tüchtigen Ausschneider auf Goldleisten gesucht Liegnitzerstr. 15. †102*

Rahmenmacher, Kreissägenschneider und Leimer sucht Emil Sonnet, Neue Königstraße 4. 823b

Maurer gesucht. Polier Mahl, Bleibtreustraße 43. 827b

Farbigmacher verlangt Goldleistenfabrik Kottbuser Ufer 32. [836b

Junger Tischler, der sich im Montieren von Clichés ausbilden will, baldigst gesucht. Adressen mit Altersangabe unter J. 5 an die Expedition dieser Zeitung, Beuthstraße 2, erbeten.

Stockarbeiter gesucht zum Biegen, Polieren und Zusammenpassen. Hermann Jacoby jun., Blumenstraße 8.

Korbmacher, 3 tüchtige Möbelarbeiter, hoher Lohn, sofort, dauernd Steinicke, Fürstenstraße 3. 844b

Tüchtigen Packer für Goldleisten, 24 Mark Lohn, verlangt Barthels, Große Frankfurterstraße 84. 843b

Goldleisten. Farbigmacher sofort verlangt Kottbuser Damm 100. [839b

Schleifer verlangt Hübner, Markusstraße 5. 840b

Bilderrahmenmacher verlangt Thöne, Kirchstraße 21, Moabit. [†135

Plätterinnen auf geschweifte Umlegekragen in und außer dem Hause verlangt Max Treppe, Schönhauser Allee 167a. †120*

Maschinen-Näherin, auch eine Frau nachmittags, gesucht, Urbanstraße 83, vorn 4 Treppen rechts.

Wasch-Hemdblusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf Wasch-Hemdblusen, die bei sauberster Ausführung Posten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler u. Fidelmann, Kurstraße 47/48 III. 833b

Hemdblusen. Tüchtige Arbeiterinnen auf wollene und seidene Hemdblusen, die bei sauberster Ausführung Posten liefern können, finden dauernde Beschäftigung zu guten Arbeitspreisen. Meldungen unter Vorlage von Probearbeit bei Orgler u. Fidelmann, Kurstraße 47/48 III. 830b

Carton-Arbeiterinnen bei dauernder, lohnender Beschäftigung gesucht, sowie zwei Arbeiterinnen bei 16 Mk. Wochenlohn. Burgheim u. Jungmann, Joachimstraße 11. 834b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Perfekter Zuschneider
auf **Damen- u. Kinderwäsche** findet dauerndes Engagement bei gutem Lohn. 8285*
Albersheim & Gottschalk,
Königstraße 50.

Achtung, Holzarbeiter!
Der Streik bei den Firmen **Karl Müller,** Schönhauser Allee, und **Abels & Co.** dauert fort.
Zuzug fernhalten!
Die Ortsverwaltung.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Robert Wengels, Fruchtstr. 30, H.
L. Vogel Wwe., Koppenstr. 83.
Chr. Schulz, Blumenstr. 14.
Nordosten:
J. Neul, Barnimstr. 42.
Norden:
W. Gaßmann, Grünthalerstr. 65.
Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96.
Emil Stolzenburg, Wiesenstr. 14.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Demminerstr. 32.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
Südwesten:
F. Ohnesorge, Bergmannstr. 23, H. II.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8
Südosten:
Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35.
W. Gesche, Wrangelstr. 58.
Martin Wiescha, Adalbertstr. 24.
Centrum:
P. Horsch, Gipsstr. 27.
A. Tietz, Breitestr. 23.
Charlottenburg:
Gust. Scharnberg, Schillerstr. 94 I
Friedenau:
H. Bernsee, Kirchstr. 15.
Friedrichsberg:
Anton Kopp, Friedrich Karlstr. 4.
Pankow:
Kummert, Florastr. 48.
Rixdorf:
G. Ostermann, Erkstr. 6.
E. Neheran, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Apostel Paulusstr. 13.
Weissensee:
Heinrich Bachmann, Lehderstr. 1.
Julius Schillert, Königchaussee 1.
Rob. Liebschwager, Gustav-Adolfstraße 10.

Verantwortlicher Redacteur: Paul John in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.